

Stenographisches Protokoll

443. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 1. März 1984

Tagesordnung

1. Änderung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes
2. 13. Zolltarifgesetznovelle
3. Vierzehnte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen
4. Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes und des Bundesgesetzes über die Studienrichtung Medizin
5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse über die Zulassung zu den Universitäten
6. Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
7. Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Inhalt

Bundesrat

Unterbrechung der Sitzung (S. 17410)

Personalien

Ordnungsruf (S. 17433)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 17365)

Nationalrat

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse (S. 17365)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 17365)

Wahlen in Institutionen

Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates (S. 17409)

Dringliche Anfrage

der Bundesräte Dr. Schambeck, Dkfm. Dr. Pisec, Rosemarie Bauer, Dr. Schwaiger, Köstler, Kaplan und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Fortsetzung der Belastungspolitik (485/J) (S. 17410)

Begründung: Dr. Schambeck (S. 17411)

Beantwortung: Bundesminister Dr. Salcher (S. 17417)

Debatte:

Dkfm. Dr. Pisec (S. 17418),
Ceeh (S. 17423),
Rosemarie Bauer (S. 17426),
Staatssekretär Dkfm. Bauer (S. 17429 u. S. 17447),
Schachner (S. 17434),
Köstler (S. 17436),
Suttner (S. 17439),
Kaplan (S. 17442),
Schipani (S. 17446) und
Weiss (S. 17447 — tatsächliche Berichterstattung)

Entschließungsantrag der Bundesräte Kaplan und Genossen betreffend Beibehaltung der Steuerbegünstigungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, bei den Abfertigungen und den Überstunden (S. 17444) — Annahme (S. 17449) (E 100)

Verhandlungen

- (1) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984: Änderung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes (2805 d. B.)

Berichterstatter: Tmej (S. 17366)

Redner:

Dkfm. Dr. Frauscher (S. 17366),
Strutzenberger (S. 17369),
Staatssekretär Dkfm. Bauer (S. 17373 u. S. 17381),
Ing. Nigl (S. 17375),
Sommer (S. 17377),
Dr. Müller (S. 17379) und
Dkfm. Dr. Pisec (S. 17380)

kein Einspruch (S. 17382)

- (2) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984: 13. Zolltarifgesetznovelle (2806 d. B.)

Berichterstatter: Suttner (S. 17382)

Redner:

Dr. Strimitzer (S. 17382),
Stepancik (S. 17386),
Bundesminister Lausecker (S. 17389),
Dr. Schwaiger (S. 17390 u. S. 17394 — tatsächliche Berichterstattung) und
Dr. Müller (S. 17394)

kein Einspruch (S. 17394)

Entschließungsantrag der Bundesräte Dr. Schwaiger und Genossen betreffend unhaltbare Zustände bei der Zollabfertigung von Lastkraftwagen an der italienischen Grenze (S. 17391) — Annahme (S. 17395) (E 99)

- (3) Beschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984: Vierzehnte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (2807 d. B.)

1384

17364

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Berichterstatter: **Margaretha Obenaus**
(S. 17395)

kein Einspruch (S. 17395)

- (4) Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984: Änderung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes und des Bundesgesetzes über die Studienrichtung Medizin (2804 u. 2808 d. B.)

Berichterstatter: **H a a s** (S. 17395)

Redner:

DDr. **Stepantschitz** (S. 17396),
Dr. **Bösch** (S. 17397),
R a a b (S. 17399) und

Dipl.-Ing. Dr. **Ogris** (S. 17401)

kein Einspruch (S. 17403)

- (5) Beschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten (2809 d. B.)

Berichterstatter: **Emmy Göber** (S. 17403)

Redner:

Dr. **Ambrozy** (S. 17404)

kein Einspruch (S. 17406)

- (8) Beschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984: Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen

Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (2810 d. B.)

Berichterstatter: **Emmy Göber** (S. 17406)

Redner:

Dipl.-Ing. Dr. **Ogris** (S. 17406) und
Dr. **Schambeck** (S. 17407)

kein Einspruch (S. 17409)

Eingebracht wurden

Anfrage

der Bundesräte **Dr. Schambeck**, **Dkfm. Dr. Pisek**, **Rosemarie Bauer**, **Dr. Schwaiger**, **Köstler**, **Kaplan** und **Genossen** an den Bundesminister für Finanzen betreffend Fortsetzung der Belastungspolitik (485/J-BR/84)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Bundesräte **Weiss** und **Genossen** (442/AB-BR/84 zu 483/J-BR/83)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Bundesräte **Dr. Schwaiger** und **Genossen** (443/AB-BR/84 zu 484/J-BR/83)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 05 Minuten

Vorsitzender **Knoll**: Ich eröffne die 443. Sitzung des Bundesrates.

Das amtliche Protokoll der 442. Sitzung des Bundesrates vom 2. Feber 1984 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ich begrüße den im Haus erschienenen Herrn Dkfm. Holger Bauer, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Einlauf

Vorsitzender: Eingelangt sind drei Schreiben des Bundeskanzleramtes betreffend Ministervertretungen.

Ich ersuche die Schriftführung um Verlesung dieser Schreiben.

Schriftführer **Mayer**: „Republik Österreich, Bundeskanzleramt

An das Präsidium des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 21. Feber 1984, Zl. 1003-03/15, folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Erwin Lanc innerhalb des Zeitraumes vom 26. Feber bis 6. März 1984 den Bundesminister für Inneres Karl Blecha mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Neumayer
Sektionschef

An das Präsidium des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 21. Feber 1984, Zl. 1003-13/10, folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Unterricht und Kunst Dr. Helmut Zilk innerhalb des Zeitraumes vom 26. Feber bis 1. März 1984 den Bundesmi-

nister für Verkehr Karl Lausecker mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Neumayer
Sektionschef

An das Präsidium des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 21. Feber 1984, Zl. 1003-15/6, folgende EntschlieÙung gefaÙt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung Dr. Heinz Fischer innerhalb des Zeitraumes vom 26. Feber bis 5. März 1984 den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Kurt Steyrer mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Neumayer
Sektionschef“

Vorsitzender: Dient zur Kenntnis.

Eingelangt sind weiters zwei Anfragebeantwortungen, die den Fragestellern übermittelt wurden.

Die Anfragebeantwortungen wurden vielfältig und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Eingelangt sind ferner jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Ich habe diese Vorlagen den in Betracht kommenden Ausschüssen zur Vorberatung zugewiesen. Die Ausschüsse haben diese Beschlüsse des Nationalrates einer Vorberatung unterzogen. Die diesbezüglichen schriftlichen Ausschlußberichte liegen vor.

Mit Rücksicht darauf habe ich diese Beschlüsse des Nationalrates sowie die Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentari-

17366

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Vorsitzender

sche Versammlung des Europarates auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Erhebt sich gegen die Tagesordnung ein Einwand? — Es ist dies nicht der Fall.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Vorsitzender: Es wurde beantragt, daß die in der heutigen Sitzung eingebrachte Anfrage der Bundesräte Dr. Schambeck und Genossen 485/J-BR/84 an den Herrn Bundesminister für Finanzen betreffend Fortsetzung der Belastungspolitik vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Das bedeutet, daß diese Anfrage als dringlich behandelt werden soll.

Da dieser Antrag von zehn Mitgliedern des Bundesrates unterstützt wird, ist ihm ohne weiteres stattzugeben.

Ich werde die Verhandlung über diese dringliche Anfrage an den Schluß der Sitzung, jedoch nicht über 17 Uhr hinaus, verlegen.

1. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz geändert wird (2805 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Änderung des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Tmej. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Tmej:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates sollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß in Wien anstelle des bisherigen Finanzamtes für den 2., 20., 21. und 22. Bezirk ein Finanzamt für den 2. und 20. Bezirk sowie ein Finanzamt für die jenseits der Donau gelegenen beiden anderen Wiener Gemeindebezirke — 21. und 22. Bezirk — errichtet werden.

Weiters sieht der gegenständliche Gesetzesbeschluß die Berücksichtigung von inzwischen eingetretenen Änderungen von topographischen Bezeichnungen vor.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 28. Feber 1984 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dkfm. Dr. Frauscher. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dkfm. Dr. **Frauscher** (ÖVP, Salzburg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Wie der Herr Berichterstatter soeben ausgeführt hat, handelt es sich bei dieser Gesetzesnovelle darum, daß in Wien ein Finanzamt, das bisher für vier Bezirke zuständig war, in zwei Ämter geteilt wird, die in Zukunft für jeweils zwei Bezirke zuständig sind.

Es soll damit, wie es im Bericht heißt, im Interesse der Bürgernähe eine sowohl dem Abgabepflichtigen wie auch dem Bediensteten zumutbare Unterbringung gewährleistet werden. Außerdem erwartet man sich durch die Verbesserung der Überschaubarkeit eine wirksamere Aufgabenerfüllung. Die Betroffenen werden sicherlich mit dieser Neuregelung einverstanden sein.

In Salzburg soll es demnächst zu einem umgekehrten Vorgang kommen. Dort sollen zwei Finanzämter, wenn schon nicht organisatorisch, so doch räumlich zusammengelegt werden. Damit sind in Salzburg viele nicht einverstanden, denn es entsteht dadurch ein überdimensioniertes Verwaltungszentrum in Aigen, einer der schönsten Stadtlandschaften Salzburgs, einer Gegend, die bisher reines Wohngebiet gewesen ist und die nun durch dieses Verwaltungszentrum mit riesigen Verkehrsproblemen belastet werden wird.

Nach Meinung vieler Salzburger ist das eine schwere, nicht mehr gut zu machende städtebauliche Sünde, und man sollte meiner Meinung nach heute noch überlegen, ob man nicht eine andere Lösung finden könnte. Zumindest sollte man das Finanzamt Land in der Alpenstraße belassen und auf diese Weise das Volumen des Neubaues in Aigen und

Dkfm. Dr. Frauscher

damit die Verkehrsprobleme in Aigen verringern. Das ist der wohlüberlegte Wunsch der Salzburger.

Deshalb war auch vor kurzem eine Delegation aus Salzburg beim Herrn Minister. Dieser Delegation gehörten immerhin an der Herr Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg Reschen, der Herr Landesrat Radlegger — beide bekanntlich von der SPÖ —, der Herr Gemeinderat Bucek von der ÖVP, sogar der Herr Stadtrat Voggenhuber von der Bürgerliste war dabei und eine engagierte Anrainerin, Frau Feldbacher. Diese hat im übrigen an den Herrn Minister auch einen Brief geschrieben, der bisher unbeantwortet geblieben ist. Ich bitte Sie, Herr Staatssekretär, zu urgieren, daß dieser Brief beantwortet wird.

Schon die Zusammensetzung dieser Delegation zeigt doch, daß es sich um einen überparteilichen Wunsch gewissermaßen aller Salzburger handelt. Leider war aber der Herr Minister nicht bereit, den Salzburgern entgegenzukommen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle noch einmal appellieren, zu überprüfen, ob sich der Wunsch der Salzburger nicht realisieren läßt.

Leider muß ich mich nun auch noch mit einer anderen Angelegenheit beschäftigen, nämlich mit den Praktiken der Steuerfahndung, die nach dem tragischen Vorfall in Altlengbach zurzeit im Mittelpunkt des Interesses stehen. Dabei möchte ich gleich vorausschicken, daß ich mich mit den Vorkommnissen in Altlengbach im Detail nicht befassen werde; darüber wurde im Nationalrat schon ausführlich gesprochen. Außerdem wird das Vorgehen der Beamten auf Grund der erstatteten Anzeigen vom Gericht untersucht.

Es erscheint mir aber notwendig, folgende Fragen zu untersuchen: Wie konnte es überhaupt zu einem derartigen Vorfall kommen? Handelt es sich um einen Einzelfall, oder hat es früher schon ähnliche Dinge gegeben? Wurden aus früheren Vorkommnissen die entsprechenden Konsequenzen gezogen, um eine Wiederholung zu verhindern? Reichen die gesetzlichen Bestimmungen aus, um die Achtung der Menschenwürde der verdächtigen Steuerpflichtigen sicherzustellen?

Das sind Fragen, mit denen man sich im Interesse aller Betroffenen auseinandersetzen muß. Zu den Betroffenen gehören jetzt auch die Beamten, die vielen anständigen Finanzbeamten, die ihren Dienst korrekt erfüllen — das ist die überwältigende Mehr-

heit —, die aber nun auch unter der gespannten Atmosphäre zu leiden haben. Es soll ja Zeitungsmeldungen zufolge sogar zu anonymen Mord- und Bombendrohungen gekommen sein, was schärfstens zu verurteilen ist.

Der Herr Minister hat in seinem Debattenbeitrag im Nationalrat gesagt — ich zitiere den Herrn Minister —: „Auch für Beamte der Steuerfahndung muß der Grundsatz gelten, daß niemand verurteilt werden darf, dessen Schuld nicht erwiesen ist. Wenn das für alle gilt, dann gehen wir gut vor.“ — Ende des Zitats.

Ich stimme dem Herrn Minister voll und ganz zu, besonders beim zweiten Satz: „Wenn das für alle gilt, dann gehen wir gut vor.“ Die Unschuldsvermutung muß nämlich auch für die Steuerpflichtigen gelten, und das hat auch bei ihrer Behandlung zum Ausdruck zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei uns muß man aber leider den Eindruck gewinnen, die Unschuldsvermutung gelte für Steuerpflichtige von vornherein nicht. Deshalb möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen: So wie die überwältigende Mehrheit der Beamten korrekt, ja meist sogar freundlich und hilfsbereit ihren Dienst versieht, genauso zahlt auch die überwältigende Mehrheit der Steuerpflichtigen pünktlich und korrekt ihre Steuern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das soll auch einmal klar und deutlich gesagt werden, verbunden mit einem aufrichtigen Dank an die ehrlichen Steuerzahler, denn ohne deren Leistungen könnte dieser Staat gar nicht existieren. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Bei uns hat sich aber eingebürgert, daß man alle Steuerpflichtigen von vornherein verdächtigt, Steuerhinterzieher zu sein und ihre Abgabenschuldigkeit nicht korrekt zu erfüllen.

Darf ich an die Einführung der Mehrwertsteuer erinnern: Da kam es nicht gleich zu den erwarteten Steuereingängen. Die gewaltigen Vorziehkäufe wurden viel zuwenig ins Kalkül gezogen, und sofort verdächtigte der Herr Finanzminister Androsch damals die Unternehmer, nicht richtig abzurechnen. Er ordnete eine strenge Überprüfung durch Hunderte Beamte an, die waren dann auch lange Zeit unterwegs. Die ganze Aktion brachte bescheidene Ergebnisse, die meist auf Unklarheiten in der Auslegung des Gesetzes zurückgingen, weil ja die Behörde selbst anfänglich auf Grund der mangelhaften Vor-

17368

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dkfm. Dr. Frauscher

bereitungen oft keine exakten Auskünfte in komplizierten Fragen geben konnte.

Als dann schon in der Amtszeit des Herrn Ministers Salcher die Belegerteilungspflicht eingeführt wurde, ordnete der Herr Minister selbst eine „Aktion scharf“ an. Er darf sich heute nicht wundern, wenn manche übereifrige junge Beamte das zu wörtlich nehmen.

Schließlich hat er bei der Ankündigung der Steueramnestie die Erwartungen so hoch angesetzt, daß dadurch das ganze Volk gewissermaßen als Volk von Steuerhinterziehern hingestellt wurde. Herausgekommen ist auch bei dieser Sache herzlich wenig, und das ist auch kein Wunder, denn es sind sowieso ständig Tausende Betriebsprüfer unterwegs, um die Steuerpflichtigen zu kontrollieren.

In der Sendung „Politik am Freitag“ am 24. Februar, am vergangenen Freitag, hat wiederum der Herr Minister durch seine Bemerkung, daß im Jahr 5 Milliarden Schilling durch Betriebsprüfungen hereinkommen, den Eindruck erweckt, die Unternehmer würden die Steuern erst auf Grund von Betriebsprüfungen zahlen. In Wahrheit sind es ein paar Hundert Millionen Schilling im Jahr, die echt zusätzlich hereingebracht werden, wenn etwa Aktivierungen verlangt werden und dann in späteren Jahren natürlich durch die Abschreibungen geringere Steuern hereinkommen. Das sind reine Verschiebungen. Das weiß aber nur der Fachmann (*Bundesrat Köpf: Das sind Sie aber auch nicht!*), und deshalb ist es so verwerflich, wenn man in der Öffentlichkeit bedenkenlos mit Zahlen jongliert, die offensichtlich einen gewünschten falschen Eindruck erwecken. (*Bundesrat Schipani: Uns berührt das nicht! — Bundesrat Köpf: Wir zahlen unsere Lohnsteuer!*)

Meine Herren, ich sehe, daß die Probleme der Steuerhinterziehung Sie unendlich berühren. Ich würde Sie bitten: Unterhalten Sie sich einmal mit dem Bürgermeister aus Niederösterreich, der gleichzeitig Landtagsabgeordneter ist, der jahrelang die Formulare der Steuererklärung zurückgeschickt hat, weil er nicht wußte, daß er einkommensteuerpflichtig ist, und überlegen Sie sich, wie man eine solche Vorgangsweise qualifizieren muß. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Kein einziger Unselbständiger kann Steuer hinterziehen, er sieht sie gar nicht!*)

— Sie können sich auch überlegen, was die Finanzbehörde mit einem Unternehmer macht, der so vorgeht, und welche Unterschiede hier bestehen zwischen Unterneh-

mern und Beamten; der gehört nämlich Ihrer Fraktion an. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich habe einleitend gesagt, daß es mir um die Klärung der Frage geht, wieso es überhaupt zu einem solchen Vorfall wie in Altlenzbach kommen konnte, wieso es zu einem derart schlechten Klima gekommen ist, daß so etwas möglich war. Ich muß diese Frage leider dahin gehend beantworten, daß der Herr Minister höchst persönlich die Hauptverantwortung durch sein geschildertes Verhalten dafür trägt.

Auch bei der Klärung der zweiten Frage, ob es schon früher ähnliche Vorkommnisse gegeben hat und ob die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen wurden, muß ich sagen, daß der Herr Minister seiner Verantwortung nicht gerecht geworden ist.

Durch Zeitungsberichte und Fernsehberichte wurden in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Vorfällen bekannt, wo es zu eklatanten Rechtsverletzungen gekommen ist, wo sich die Fahnder, schlicht und einfach gesagt, skandalös verhalten haben. Ich nehme an, daß auch Sie diese Pressemeldungen gelesen haben, anderenfalls stelle ich Ihnen gerne das letzte „profil“ zur Verfügung, daraus können Sie sich eingehend informieren.

Aus Angst — das ist erschütternd! — vor weiteren Schikanen drang bisher viel zu wenig davon an die Öffentlichkeit. Dem Herrn Minister mußte das alles aber doch bekannt sein, und er hätte dafür zu sorgen gehabt, daß sich solche Fälle nicht wiederholen.

In Kreisen von Wirtschaftstreuhandern und Steuerberatern war ebenfalls bekannt, was alles vorkommt. Deshalb wurde auch vom Präsidenten der Wirtschaftstreuhandler Burkert seit Jahren die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle gegen Steuerfahnder verlangt, was leider bisher verweigert wurde.

Man muß sich einmal vor Augen halten, wie eine solche Aktion abrollt. Da erscheint, meist zu ungewöhnlicher Stunde, ein Trupp von Steuerfahndern in einer Stärke, die sowieso von vornherein geeignet ist, jeden normalen Bürger einzuschüchtern. Dann wird seitens der Fahnder stundenlang verhört, natürlich abwechselnd. Außerdem sind die Fahnder gut ausgeruht, die machen so etwas ja nicht jeden Tag. Zwischendurch spielt womöglich einer der Fahnder demonstrativ mit seiner Waffe, oder es wird zumindest der Eindruck erweckt,

Dkfm. Dr. Frauscher

es handle sich um eine Waffe — angeblich sind es nur Sprechfunkgeräte. Womöglich gibt es nicht einmal die Möglichkeit, eine Stärkung zu erhalten. Und nach zehn Stunden Verhör wird dann gesagt: Jetzt haben wir ihn bald soweit!

Als Krönung läßt man dann noch ein Formular unterschreiben, in dem gleich vorgedruckt steht, daß die Untersuchung korrekt abgelaufen ist. Dazu meinte sogar der verantwortliche Abteilungsleiter im Finanzministerium in einem Interview mit der „Wochenpresse“, daß er dies aus der Sicht der letzten Ereignisse nicht für besonders klug halte und daß er die Drucksorte in diesem Punkt abändern wolle.

Das ist aber nicht der einzige Punkt, der geändert werden muß. Es wird darüber hinaus noch manches zu ändern sein. Bisher wurden nämlich die notwendigen Konsequenzen nicht gezogen.

Vor allem muß sichergestellt werden, daß die Steuerpflichtigen über ihre Rechte belehrt werden und daß die Beiziehung eines Beistandes oder zweier Zeugen nicht verweigert werden kann, wie es derzeit der Fall ist, wenn es den Fahndern untunlich erscheint. Das hat im übrigen auch der Herr Minister bereits zugesagt.

Es ist auch aner kennenswert, daß der Herr Minister die einschlägigen Rechtsnormen eingehend prüfen will, wie er im Nationalrat gesagt hat. Es kommt mir aber wie eine Flucht aus der Verantwortung vor, wenn der Herr Minister immer wieder betont, daß das Gesetz ja einstimmig beschlossen wurde, und wenn er damit den Eindruck erwecken will, das Gesetz sei eben nicht ausreichend. Deshalb möchte ich die einschlägige Stelle zitieren — es ist der § 94 Abs. 1 Finanzstrafgesetz —, die lautet: „Hausdurchsuchungen sind mit möglichster Schonung unter Vermeidung unnötigen Aufsehens und jeder nicht unumgänglichen Belästigung oder Störung der Betroffenen vorzunehmen.“

Ich frage: Ist das die Vermeidung unnötigen Aufsehens, wenn eine Fahndergruppe von acht Mann erscheint und das Haus besetzt? Ist das die Schonung der Betroffenen und die Vermeidung unumgänglicher Belästigung und Störung, wenn stundenlang unter psychischem Druck verhört wird?

Diese Bestimmung ist doch ganz klar und eindeutig, und es ist unverständlich, daß man daraus nicht die Konsequenzen gezogen und

nicht sichergestellt hat, daß sie auch angewandt wird.

Daß darüber hinaus im Verwaltungsverfahren der Grundsatz der Angemessenheit der Amtshandlung zu beachten ist, darauf hat mein Kollege Schüssel im Nationalrat bereits hingewiesen. Von einer Angemessenheit der Amtshandlung kann bei der geschilderten Vorgangsweise wohl überhaupt keine Rede sein. (*Bundesrat Schipani: Eigentlich sollten Sie ja zur Vorlage reden! Abschweifungen kann man gerade noch zur Kenntnis nehmen, aber Sie reden ja überhaupt nicht dazu!*)

Außerdem möchte ich festhalten, daß auch bei einer Abänderung gesetzlicher Bestimmungen in keiner Weise sichergestellt ist, daß es zu keinen Übergriffen mehr kommt.

Ich darf auch darauf verweisen, daß einer der Beamten — ein Herr Dr. Koller — in der Sendung „10 vor 10“ am 21. Februar die Frage des Reporters, ob der Fall in Altlenzbach nun zum Anlaß genommen werden soll, daß man neue, schärfere, präzisere gesetzliche Bestimmungen einführt, verneint hat. Ich zitiere seine Antwort, er hat gesagt: „Ich glaube, die Gesetze sind präzise genug. Wenn Fehler passiert sind und wenn Fehler passieren, dann liegen sie in der Durchführung von Steuerfahndungen, das heißt, letztlich im menschlichen Bereich.“

Es kommt eben immer auf die Vollziehung der Gesetze an, dafür ist der Herr Minister als Ressortführer verantwortlich, und diese Verantwortung kann ihm auch niemand abnehmen.

Man kann daher nur hoffen, daß der Herr Minister die angekündigten Untersuchungen mit aller Konsequenz durchführt und so rasch wie möglich jene Maßnahmen trifft, die sicherstellen, daß in Zukunft eine Wiederholung von Rechtsverletzungen und Übergriffen, wie sie in der Vergangenheit vorgekommen und jetzt bekannt geworden sind, nicht mehr möglich ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Weiters zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Strutzenberger. Ich erteile dieses.

Bundesrat Strutzenberger (SPÖ, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Das heute zur Beratung vorliegende Gesetz stellt meiner Meinung nach eine wesentliche Verbesserung zumindest im Wiener Bereich in Richtung einer bürgernahen Verwaltung

17370

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Strutzenberger

dar. Unter anderem ist ja in diesem Gesetz statuiert, daß das bisherige Finanzamt für den 2., 20., 21. und 22. Bezirk geteilt wird in eines für den 2. und 20. Bezirk und in ein anderes für den 21. und 22. Bezirk.

Ich möchte dazu feststellen: Wer die Verhältnisse in diesem Großfinanzamt kennt, wird mit mir einer Meinung sein, daß nicht nur in Richtung Serviceleistung, bürgernähere Verwaltung damit eine sicherlich wesentliche Verbesserung erreicht werden wird, sondern daß vor allem auch den Bürgern aus dem insbesondere betroffenen 20. und 21. Bezirk Zeitersparnisse gebracht werden, da die Wegzeiten zu ihrem Finanzamt sicherlich kürzer sein werden.

Ich glaube, daß damit so manche Nervosität und Emotionen, die durch lange Wartezeiten in Finanzämtern entstehen, die dadurch entstehen, daß Finanzämter noch nicht in zweckmäßigen Räumlichkeiten untergebracht sind, abgebaut werden, sodaß das Verhältnis zwischen den Beamten und den Parteien sicherlich etwas beruhigt werden kann. Das heißt, daß die Aggressivitäten, die ja leider bei manchem schon entstehen, wenn er mit der Finanz zu tun hat, nicht zum Ausbruch kommen.

Ich meine aber auch, daß die Beamten, die in diesen Ämtern ihre Aufgaben erfüllen, wenn sie in ordentlichen Arbeitsräumen ihre Pflicht erfüllen können, vielleicht auch etwas ruhiger sein werden und daher dem Bürger vielleicht doch etwas anders entgegenkommen. Das heißt, daß durch die Umgebung, in der sie ihre Arbeit verrichten, in der sie den Parteienverkehr abzuwickeln haben, das Klima auf beiden Seiten besser wird und daß dieses Klima dann zu einer sachlichen Auseinandersetzung führt, damit der Eindruck weggebracht werden kann, der da und dort besteht, diese Beamten seien nur dazu da, um uns das Geld abzunehmen.

Ich vertrete die Meinung, daß die Beamten im Interesse des Staates ihre Pflicht erfüllen. Ich möchte daher sagen, daß mit diesem Gesetz und der Teilung dieser Ämter, aber auch durch die anderen Bestimmungen, die enthalten sind, die zum Beispiel den Zoll in einzelnen Bereichen betreffen, doch Verbesserungen gegeben sind.

Wir bemühen uns also, das Klima zwischen den Steuerpflichtigen und den Beamten zu verbessern, ein Klima vorzubereiten, sodaß wir tatsächlich von einer bürgernahen Verwaltung sprechen können. Dazu kommt nun

gerade in den letzten Tagen — es wurde hier von meinem Vorredner angesprochen — das tragische Ereignis, der tragische Vorfall von Altlenzbach.

Ich möchte hier gleich vorwegnehmen, daß ich genauso wie Sie alle diesen Vorfall bedaure. Vor allem bedaure ich aber auch, daß durch dieses tragische Ereignis wieder, sehr vorsichtig ausgedrückt, eine Beamtenhatz entfacht worden ist. Denn ich möchte eines feststellen: Wir haben in Österreich ein rechtsstaatliches Prinzip. Wir haben das Prinzip und den obersten Grundsatz, daß jemand, solange er nicht durch einen zuständigen Richter, durch eine Justizbehörde oder eine Verwaltungsbehörde verurteilt ist, als unschuldig zu gelten hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir kennen daher in unserer Rechtsordnung auch einzelne Stadien, die jemand, der verdächtigt wird, durchzumachen hat. In der Strafprozeßordnung, aber auch im Steuerstrafrecht finden wir Bestimmungen, daß jemand zuerst einmal der Angezeigte ist, daß er der Verdächtige ist, daß er dann zum Beschuldigten wird, wenn sich die Verdachtsmomente ergeben, bis schließlich zum Angeklagten. Und in letzter Konsequenz — ich betone nochmals: Gott sei Dank in einem Rechtsstaat — kann er erst dann auch als Verurteilter bezeichnet werden, wenn er tatsächlich vom zuständigen Richter verurteilt worden ist. *(Bundesrat Ing. Nigl: Schön wär's!)* Aber eines möchte ich auch feststellen: Diese Rechtsgrundsätze, lieber Herr Kollege, müssen für Beamte genauso gelten, wie sie für jeden anderen Staatsbürger Geltung haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gerade der bedauerliche Fall des Herrn Bösvarth in Altlenzbach, der sich das Leben genommen hat, hat eine Dimension angenommen, der ich beim besten Willen nicht mehr beipflichten kann. Denn halten wir doch eines fest: Dieser Gastwirt wurde verdächtigt — verdächtigt, bitte —, Abgaben hinterzogen zu haben. Nun ist doch die Behörde auf Grund der Gesetze verpflichtet, gegen Personen, die sich einer strafbaren Handlung, sei es im Verwaltungsstrafrecht, seien es gerichtlich strafbare Handlungen, verdächtig gemacht haben, einzuschreiten.

Dazu bedient sich die Behörde ihrer Organe. Im gegenständlichen Fall waren es eben die Beamten der Steuerfahndung, Finanzbeamte, die einzuschreiten haben. *(Bundesrat Dr. Schwaiger: Wie viele waren es?)* Es waren sieben Männer und eine

Strutzenberger

Frau, also acht Beamte, die eingeschritten sind. (*Bundesrat Dr. Schwaiger: 8 zu 1 — wozu das?*)

Auch dazu eine Feststellung. Wenn man immer wieder fragt: Wieso kommen denn dort acht Personen hin, dann glaube ich, daß diejenigen, die Amtshandlungen kritisieren, wie sie sowohl nach dem Steuerstrafrecht als auch nach der Strafprozeßordnung durchgeführt werden müssen, nicht wissen, was eine angeordnete Hausdurchsuchung ist. Denn derjenige, der für die Durchführung dieser Hausdurchsuchung verantwortlich ist, muß auch beachten, welche Räumlichkeiten, wie viele Räumlichkeiten, welches Objekt zu durchsuchen ist. Ich würde Ihnen raten, sich einmal das Objekt in Altlenzbach anzusehen. Vielleicht kommen Sie dann doch zur Ansicht, daß man sicherlich nicht mit zwei Leuten bei einer Hausdurchsuchung das Auslangen finden kann.

Was soll überhaupt die Kritik an der Anzahl dieser Beamten? Das ist ja eine Notwendigkeit. Die Kritik richtet sich aber auch gegen das Verhalten dieser Beamten, und darauf werde ich noch zurückkommen.

Ich möchte feststellen, daß die Beamten entsprechend ihren Dienstanweisungen einzuschreiten haben. Sie sind verpflichtet einzuschreiten. Und man soll nicht Verurteilungen aussprechen — ich wiederhole das —, bevor man nicht eine tatsächliche Schuld festgestellt hat.

Herr Bundesrat Dr. Frauscher! Es hat sich bei den einschreitenden acht Beamten durchwegs um erfahrende Beamte, um ältere Beamte, gehandelt, die nicht etwa jugendlichen Emotionen erlegen sind. (*Bundesrat Dr. Schwaiger: Umso trauriger! — Bundesrat Dr. Frauscher: Ich habe eingangs gesagt, daß ich nicht von Altlenzbach spreche, sondern allgemein über die Vorfälle im Zusammenhang mit Steuerfahndungen!*)

Ich sage nochmals, ich spreche auch über den Fall Altlenzbach, denn zur Verallgemeinerung der Kritik an Amtshandlungen, zur Verallgemeinerung des Einschreitens der Steuerfahndung gibt es auch noch einiges zu sagen.

Im konkreten Fall Altlenzbach waren es erfahrene Beamte, nicht jugendliche oder neu aufgenommene Beamte, sondern Beamte, die solche Amtshandlungen schon durch viele, viele Jahre durchgeführt haben (*Bundesrat Dr. Frauscher: Dazu kann man nur sagen:*

umso trauriger! — Bundesrat Schipani: Es werden auch nicht überall Unterlagen verbrannt!), die dort eingeschritten sind, um die ihnen auferlegte Pflicht für den Rechtsstaat Österreich zu erfüllen.

Was ist aber dann nach diesem tragischen Tod des Herrn Böswarth geschehen, der, ich wiederhole es, einer strafbaren Handlung verdächtig war und der dem Vernehmen nach auch ein Geständnis abgelegt hat? Was ist nachher geschehen?

Sofort wurden die Beamten, die ihre Pflicht erfüllten, nicht nur verdächtig, meine Damen und Herren, sondern schon zu Verbrechern und Rowdies gestempelt. Denn angeblich, wie es zuerst geheißen hat, gab es Tritte gegen den Herrn Böswarth, man habe ihn hungern lassen, ihm nichts zu essen gegeben. (*Bundesrat Dr. Pisek: Alles durch Zeugenaussagen im Fernsehen und im Rundfunk belegt!*) Ich sage nochmals: angeblich. (*Zwischenrufe des Bundesrates Schipani.*)

Das ist es eben, Herr Kollege Pisek: Im Rundfunk und in den Medien wurde es wiedergegeben, aber nichts überprüft. Die Überprüfung — ich rate Ihnen, lassen Sie sich das dann zeigen — hat schon etwas anderes ergeben. Plötzlich spricht man nicht mehr von Tritten, sondern irgend jemand hätte beim Durchgehen durch eine Flügeltür nachgeschoben. Irgend jemand — da ist nicht einmal noch erwiesen, ob es ein Finanzbeamter war.

Nun möchte ich nochmals feststellen: Ich bin überzeugt, und die Zwischenrufe zeigen es mir ja, daß Sie bestens informiert sind. Die Darstellungen, die in den verschiedenen Medien, seien es elektronische Medien oder Printmedien, gegeben wurden, gleichen aber einer Kriminalstory. Darin wird alles ausgepackt, was nur in irgendeiner Form negativ für diejenigen ist, die das Gesetz beachtet und den Vollzug durchgeführt haben.

Es wurde von niemandem — hier wiederhole ich: von niemandem! — geprüft, ob die angeblichen Zeugenaussagen auch wirklich stimmen. Es wurde nicht überprüft, ob diese Zeugenaussagen tatsächlich eigenen Wahrnehmungen entsprechen. Ich meine: in einer ordentlichen Überprüfung, nicht durch Massenmedien, sondern in einer Untersuchung gegen die Beamten, für die ich eintrete. Man soll Verdächtige und Verdächtigungen untersuchen. Und wenn festgestellt wird, daß ein Beamter eine Pflichtverletzung begangen hat, dann soll dieser Beamte auch zur Verantwort-

17372

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Strutzenberger

tung gezogen werden. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber man hat die Beamten ohne Untersuchung verdächtigt. Man hat sie, ohne daß man nur eine Ahnung davon hat, was dort geschehen ist, schon verurteilt, man hat gesagt, sie haben das Gesetz verletzt.

Zu diesem Wort stehe ich vollinhaltlich: Ich trete dafür ein und werde mich vor jeden Beamten stellen, der noch nicht verurteilt ist, dessen Schuld nicht nachgewiesen ist und der jetzt in der Öffentlichkeit verdächtigt wird.

Es geht hier, und das ist tragisch daran, ja nicht mehr darum, daß man nur die dort betroffenen Beamten verdächtigt. Sie selbst haben ja gesagt, Herr Dr. Frauscher, daß Sie nicht von dem Fall Altlenzbach sprechen, sondern man kommt jetzt daher und sagt: Bei dieser Amtshandlung, bei jener Amtshandlung vor fünf Jahren, vor sechs Jahren, vor zwei Jahren, vor drei Jahren sei schon das und das passiert.

Auch hier wieder die Frage: Wurde es angezeigt, wurden Beschwerden eingebracht?

Sie haben den „Club 2“ zitiert. Ich habe dort nichts gehört von Beschuldigungen gegen die Beamten; vielleicht nebulose Beschuldigungen, aber konkrete Beschuldigungen nicht. *(Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.)*

Das Ganze bestätigt ja nur das, was ich hier feststellen möchte: daß die Beamten durch Angriffe von Leuten Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der ÖVP, gegen den sozialistischen Finanzminister zu Schaden kommen.

Herr Bundesrat Dr. Frauscher, Sie haben auch wieder das Wort „bewaffnet“ in den Mund genommen. Ich stelle hier nochmals fest, daß die Beamten der Fahndung keine dienstliche Bewaffnung tragen, daß sie nicht bewaffnet sind, daß aber — und das zeigt Ihre Haltung — niemand ihnen verbieten kann, daß sie so wie Sie und wie jeder andere Staatsbürger, der dazu berechtigt ist, durch die zuständige Behörde ermächtigt werden, eine Waffe zu tragen. Das kann heute jeder Privatmann. Wir alle wissen, wie viele tausend Waffenträger es in Österreich gibt, die sich privat eine Waffe anschaffen. Das gilt auch für den Steuerfahnder.

Es wurde kein einziger Fall bekannt, daß einem Steuerfahnder nachgesagt wurde, daß er seine Privatwaffe, wenn er sie überhaupt

trägt — das ist eine Geschmackssache, ob ich eine Pistole trage oder nicht... *(Bundesrat Rosa Gföller: Das wäre noch schöner, daß er jemanden erschossen hat!)* Einen Moment, lassen Sie mich ausreden: nicht jemand erschossen hat, sondern daß er diese Waffe zur Einschüchterung verwendet hätte. Das möchte ich feststellen.

Sie sind sich anscheinend nicht bewußt, was Sie mit Ihrer Kampagne gegen die Beamten, gegen diese Steuerfahndungsbeamten anrichten. *(Bundesrat Ing. Nigl: Hätten Sie geschwiegen, wären Sie ein Weiser geblieben! — Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Ich möchte also hier feststellen, daß Sie sich nicht bewußt sind, was Sie damit anrichtet haben. Es wird Ihnen ja bekannt sein, daß der Ball der Finanzbeamten abgesagt wurde. Wenn man sie jetzt in einem Flugblatt als Mörder bezeichnet, wenn man sagt, es ist ein Mörderball, eure Methoden sind die von Bürgerjägern, sind Methoden der SS, des KGB und so weiter, dann bitte denken Sie einmal nach, was man mit solchen Aussagen gegen diese Beamten anrichtet. *(Lebhafte Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)*

In den „Niederösterreichischen Nachrichten“ wird folgendes verlautbart, ich zitiere wörtlich: „1 000 S zahle ich gerne dazu, wenn einer von diesen Hunden erschlagen wird!“ — Ich zitiere weiter: „Ein prominenter Altlenzbacher drückt überspitzt das aus, was die Volksseele des ganzen Bezirkes zum Kochen bringt: Nach dem tragischen Tod des Hoteliers Bösvarth fordert man Aufklärung.“ — Zitatende.

Gott sei Dank, das, glaube ich, ist nicht wirklich die Meinung der Bevölkerung dieses Bezirkes, und ich weiß auch nicht, ob dieser als prominent bezeichnete Bürger wirklich ein prominenter Bürger von Altlenzbach ist. Eines wird er jedenfalls mit diesen Aussagen bald sein: ein sehr berühmter Bürger. *(Bundesrat Dr. Pisec: Ein sozialistischer Bürgermeister wurde zitiert! Lesen Sie doch die Aussagen Ihrer eigenen Parteifreunde! Er hat gesagt: Für uns in Altlenzbach ist dieses Unternehmen ein Auftrieb gewesen. — Das Ereignis ist doch traurig genug, wie kann man denn da noch polemisieren? Das ist doch ungeheuerlich!)*

Herr Bundesrat Pisec! Ich habe Sie schon einmal von diesem Pult aus gebeten: Reden Sie dann später. Zugleich können wir nicht reden, und schreien können wir auch nicht beide, das ist nicht gut.

Strutzenberger

Ich möchte also noch einmal sagen, meine Damen und Herren: Mir liegt es fern, und ich unterstreiche das, jemand konkret zu verdächtigen. (*Bundesrat Ing. Nigl: Warum spielen Sie es dann hoch?*) Ich habe hier ausdrücklich festgestellt, daß Ihre Aussagen, auch die des Herrn Dr. Schüssel zum Beispiel — lesen Sie doch nach, was im Nationalrat zu dem konkreten Vorfall Altlenzbach gesagt wurde —, und die Aussagen in den Massenmedien dazu angetan sind, die Bevölkerung gegen die Beamten, Kollege Sommer, aufzuputschen, denn ansonsten wären diese Reaktionen nicht möglich. (*Vorsitzender-Stellvertreter Schipani übernimmt die Leitung der Verhandlungen.*)

Mir liegt es fern, einen Steuerpflichtigen, der wegen der Vermutung eines Abgabendeliktes zu beamtshandeln ist oder beamtshandelt wird, von Haus aus zu verurteilen. Genauso stelle ich aber nochmals fest, daß ich mich dagegen wehre, daß man Beamte verurteilt, solange nicht Untersuchungen geführt werden, solange nicht konkretes Fehlverhalten nachgewiesen wird, sondern die Dinge nur in den Medien hochgespielt werden, und daß ich mich solange vor diese Beamten stellen werde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich wehre mich dagegen, daß Pauschalverdächtigungen dazu führen, daß das Verhältnis zwischen der Bevölkerung, im konkreten Fall den Steuerpflichtigen, und den Beamten, die die Gesetze zu vollziehen haben, vergiftet wird.

Ich möchte Sie um eines bitten: daß wir doch gemeinsam versuchen, hier Beruhigung hereinzubringen und nicht durch verschiedene Äußerungen dieses ganze Klima, das sich sicherlich nicht sehr günstig auswirken wird, noch hochzuspielen. (*Bundesrat Ing. Nigl: Wer spielt denn hoch?*) Ich bin der Meinung, wir sollten bemüht sein, auf dem Weg zu einer bürgernahen Verwaltung voranzuschreiten, wir sollten bemüht sein, ein Klima zwischen Bürgern und Beamten zu schaffen, das es dem Beamten ermöglicht, korrekt seine Arbeit zu tun, das aber dem Bürger den Beamten, der gegen ihn Erhebungen führen muß, nicht schon als seinen Feind oder als Feindbild hinstellt.

Ich bin mit jedem, der sich dieser Meinung anschließen kann, ich stimme mit jedem überein, der diese Meinung mit mir teilt. Man soll und muß sogar von Zeit zu Zeit Gesetze und Dienstvorschriften überprüfen. Das sollte geschehen, man sollte das aus Anlaßfällen machen. Aber ich verwahre mich nochmals

dagegen, daß in den Massenmedien Aussagen getroffen werden, die das Gegenteil von dem bewirken, was wir wahrscheinlich, so hoffe ich zumindest, alle miteinander wollen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Staatssekretär Holger Bauer. Ich erteile dieses.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. **Bauer:** Hoher Bundesrat! Ich glaube, ich brauche nicht mit vielen Worten zum Ausdruck zu bringen, daß auch mich der Tod des Herrn Böswarth, genauso wie Sie, hoffe ich, Herr Bundesrat Pisek, betroffen hat.

Ich bin aber gleichermaßen bestürzt, wie dann gewisse Kreise aus diesem Umstand heraus ihr politisches Süppchen zu kochen versuchen. Ich bin betroffen, welche Emotionen bewußt anhand dieses tragischen Vorfalles zu schüren versucht werden und auch mit Erfolg geschürt werden, wenn ich etwa von Flugblättern dieser Art, wie sie Herr Bundesrat Strutzenberger uns vorgelegt hat, höre, wenn ich davon höre, daß es Leute gibt, die sagen: Die Hunde gehören alle erschlagen, und wenn man sie erschlägt, dann zahle ich noch 1 000 S dazu! Wenn ich höre, das sind SS- und KGB-Methoden, wenn ich Karikaturen sehe, in denen der Finanzminister als Zielscheibe dargestellt wird, wenn ich Karikaturen sehe, in denen der Herr Finanzminister als Mafioso-Boß denjenigen Beamten, Herr Kollege Sommer, die angeblich in seinem Auftrag, so wird in dieser Karikatur unterstellt, als Mafiosi einen Geldsack bringen und vor dem Finanzminister auftürmen, grinsend sagt: Brav gearbeitet, Leute, da habt ihr 1 000 S von den Millionen, die ihr mir gebracht habt, kauft dem Herrn einen Kranz, dann darf es einen nicht wundern, wenn es Morddrohungen und Bombendrohungen gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es Ihnen jetzt unangenehm ist und wenn Sie sich von all diesen Dingen zu distanzieren versuchen, dann verstehe ich das schon, dann muß ich Ihnen aber eines sagen: Sie setzen sich auf diese Welle der Emotion ganz bewußt drauf. Das beweisen Ihre Wortmeldungen im Parlament und heute hier im Bundesrat. Das muß man Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich sage Ihnen das als einer, meine sehr geehrten Damen und Herren, der nicht zu jenen gehört, obwohl nunmehr Mitglied der öffentlichen Verwaltung, der von vornherein alles verteidigt, was dort geschieht. Meine

17374

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Staatssekretär Dkfm. Bauer

Reaktion war, wie ich das gehört und gelesen habe: Hier muß es Konsequenzen geben. Ich habe allerdings eines dazugesagt: Wir werden untersuchen müssen, in aller Ruhe untersuchen müssen, was dort wirklich los war.

Ich habe daher auch die erste Reaktion aus dem Finanzministerium, als es geheißen hat, alles korrekt, für nicht sehr geschickt gehalten, denn zuerst muß ich das untersuchen, und dann muß ich feststellen, ob es korrekt ist. Das dauert sehr lange bei einem so komplizierten Fall.

Ich gehöre also nicht zu jenen, die alles von vornherein verteidigen. Ich habe gesagt, es muß Konsequenzen geben. Wenn es stimmt, was hier behauptet wird, dann auf seiten der Beamten, bei den Gesetzen, bei den Verordnungen. Wenn es aber nicht stimmt oder nur zur Hälfte stimmt, was immer noch traurig genug wäre, oder gar nicht stimmt, dann muß es Konsequenzen bei jenen geben, die für die Verbreitung derartiger Falschmeldungen, Verdächtigungen und Lügen entweder durch falsche Zeugenaussagen oder durch unseriöse Berichterstattung verantwortlich sind. Also entweder — oder. Ich behaupte zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder das eine noch das andere.

Ich meine daher: Bevor man urteilt, muß man in Ruhe und überlegt prüfen. Das tun wir zurzeit. Das dauert eine gewisse Zeitlang, weil ja hier nach dem Grundsatz vorgegangen werden muß, et audiatur altera pars, also auch der andere Teil muß gehört werden.

Wir haben natürlich die Aussagen und die Protokolle unserer Beamten. Aber jetzt müssen wir in einem sehr mühsamen Prozeß ... *(Zwischenruf des Bundesrates Molterer.)*

Wissen Sie, warum ich Ihnen das sage? Weil ja Sie das Urteil bereits vorwegnehmen. Der Herr Bundesrat Frauscher hat es vorweggenommen, selbstverständlich. Ich zitiere Ihnen, was der Herr Bundesrat Frauscher hier alles von sich gegeben hat: Er hat gesagt: Ich frage Sie *(Bundesrat Molterer: Darf er denn nicht fragen?)*: Wie kann es denn zu derartigen Vorfällen kommen? Wie gibt es denn das, daß so etwas möglich war? — Und er hat dann gesagt: Stundenlang wurde verhört, Waffen wurden getragen, es hat keine Stärkung für den Verhörten gegeben. Die Steuerberater wurden nicht zugezogen und anderes mehr. Wieso weiß denn das alles der Herr Kollege Frauscher? *(Bundesrat Molterer: Er fragt doch Sie!)*

Nein, nein, er hat gesagt: Wie kann es so etwas geben? Er hat das Urteil heute bereits gesprochen, ohne abzuwarten, was die Untersuchungen, die Prüfung auf beiden Seiten ergeben wird. Genau das ist Ihre Methode, meine sehr geehrten Damen und Herren: Sie wollen Ihr politisches Süppchen an diesem tragischen Fall wärmen, sonst gar nichts. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben nur die eine Seite ausgebreitet, ungeprüft ausgebreitet. Ich werde mich hüten, jetzt die andere Seite ungeprüft vor Ihnen auszubreiten, obwohl ich das könnte, auch angesichts der Bestimmungen des Finanzstrafgesetzes, weil es auch hier eine Interessenabwägung gibt und auch hier ausdrücklich davon gesprochen wird: Wenn öffentliches Interesse im Spiel ist, dann kann die Bestimmung, die Norm, daß die Geheimhaltung des Finanzstrafverfahrens Priorität hat, hintangestellt werden.

Ich könnte das tun. Ich könnte Ihnen sagen, daß hier nicht zu Unrecht untersucht worden ist. Ich könnte Ihnen sagen, daß während der Amtshandlungen Beweismittel verbrannt worden sind. Ich könnte Ihnen sagen, daß man in der Privatsphäre prüfen könnte, ob eine gewisse Disposition für die tragischen Ereignisse vorgelegen ist. Ich tue das nicht, weil ich nicht so vorgehen möchte wie Sie und mich nicht selber Lügen strafen möchte, sondern ich sage, man muß in Ruhe untersuchen und beide Seiten hören.

Aber Sie haben natürlich nur die eine Seite hier ausgebreitet und damit den Beweis erbracht, daß es Ihnen weniger um die Sache als um politische Interessen geht, die Sie dazu benützen wollen, um sich in der Öffentlichkeit ins rechte Licht zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Ich glaube, dieser tragische Fall ist nicht dazu angetan, in der von der Volkspartei im Nationalrat und im Bundesrat gewählten Art und Weise über die Dinge zu diskutieren. Ich glaube, das sollte man in Ruhe machen und nicht vor aller Öffentlichkeit, weil damit wieder die Emotionen geschürt werden, weil hier wieder, ohne daß es zurzeit noch entsprechende Beweise gibt, die eine oder die andere Seite schuldig gesprochen wird.

Dann allerdings, wenn die Untersuchungen vorliegen, wenn beide Seiten ausreichend gehört sein werden, dann natürlich werden wir an die Öffentlichkeit gehen, das ist doch

Staatssekretär Dkfm. Bauer

wohl auch unsere Verpflichtung, und die Dinge so darstellen, wie sie waren.

Ich mache Sie nur darauf aufmerksam: Der Rechtsstaat ist keine Einbahn. Das wird es nicht geben, wenn sich das als nicht richtig herausstellt, daß man sagt, dann war nichts. Dann wird man meiner bescheidenen Meinung nach, ohne daß ich das mit dem Herrn Minister abgesprochen habe, auch die Konsequenzen in der anderen Richtung ziehen müssen. Und da hoffen wir dann sehr auf die Unterstützung des Herrn Bundesrates Sommer, daß er sich schützend vor seine Beamten stellt, so wie er das in anderen Fällen so gekonnt und mit großem Engagement tut. Herr Bundesrat Sommer, ich bin sehr gespannt, was man dann von Ihnen hören wird.

Und dann werden wir, wenn diese Prüfung ergeben hat, daß es notwendig ist, Gesetze, Verordnungen, Normen zu ändern, auch das in Ruhe und überlegt tun. Darüber gibt es gar keine Diskussion, das ist für uns keine Frage. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Ing. Nigl. Ich erteile dieses.

Bundesrat Ing. Nigl (ÖVP, Steiermark): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Ich habe in einem Zwischenruf dem Kollegen Strutzenberger bereits zugerufen, hätte er geschwiegen, wäre er ein Weiser geblieben.

Schon anlässlich der Ausführungen unseres Kollegen Frauscher haben Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, durch Zwischenrufe die Angelegenheit emotionalisiert. *(Bundesrat Ceeh: Na freilich! Einer heizt ein, und der andere ist schuld!)* Herr Kollege aus Kärnten! Die Serbokroaten haben ein Sprichwort, und das lautet: Vučes me za jezik. — Ich nehme an, Sie wissen, was das heißt. Sie meinen damit: Hättest du mich nicht an der Zunge gezogen, dann hätte ich dir das nicht sagen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich werde Ihnen jetzt sagen, warum ich mich auch zu Wort gemeldet habe. Es ist meinem Dafürhalten nach unmöglich, wenn ein Kollege aus Ihren Kreisen in einem Zwischenruf feststellt: Der betreffende Hotelier aus Neulengbach war ohnedies schon sehr schwer krank oder jedenfalls krank, so daß man herauslesen könnte, es hat ohnehin nichts gemacht, daß er sich erschossen hat, er war sowieso schon krank. Das ist doch kein

Argument und keine Argumentation. *(Bundesrat Suttner: Der Kollege Gargitter hat es vorhin schon gesagt: Die Krankheit war die Ursache des Selbstmordes, denn ein gesunder Mensch hängt sich wegen so etwas nicht auf!)*

Herr Kollege Suttner! Das wird nicht der Kollege Gargitter zu beurteilen haben, ob die Krankheit die Ursache des Selbstmordes war. Er soll sich solcher Zwischenrufe oder solcher Feststellungen enthalten, denn ich glaube, das gehört nicht hierher. Das ist Numero eins. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Numero zwei, ein zweites: Ich glaube, man muß der Sache überhaupt auf den Grund gehen. Wo liegen denn die Ursachen dafür, daß es immer wieder auch zu Steuerhinterziehungen oder zu Versuchen kommt, die Behörde zu überlöffeln oder sich Vorteile zu verschaffen? Wo liegen denn die Ursachen? Sagen wir das doch einmal. Doch in der Tatsache, mein verehrter Herr Kollege, daß die Bevölkerung dann, wenn sie einen derart massiven Steuer- und Abgabendruck verspürt, nach Auswegen sucht, um aus irgendeinem Dilemma herauszukommen. *(Bundesrat Edith Paischer: Es sind immer dieselben: die Selbständigen!)*

Frau Kollegin! Was heißt: die Selbständigen? Sie wissen so gut wie ich, wie viele schwarzarbeiten. Das tun nicht die Selbständigen, das tun die Unselbständigen. Bitte, bleiben wir bei der Wahrheit.

Seit dem 1. Jänner dieses Jahres — ich habe das gelesen, ich habe es nicht ausgerechnet; ich nehme an, daß diejenigen, die das geschrieben haben, Experten auf diesem Gebiet sind — beträgt der durchschnittliche Abgabenprozentsatz für Steuern und sonstige Abgaben, also auch Sozialversicherungsbeiträge, 45 Prozent. Es ist jetzt ganz gleichgültig, ob es 43, 44 oder 45 Prozent sind. *(Bundesrat Ceeh: Ganz gleichgültig ist es nicht!)* Es ist jedenfalls ein sehr hoher Prozentsatz. Und alle sind davon belastet, direkt oder indirekt. Denn ich nehme an, Sie pflichten mir bei, daß die Prozentsätze, die zwar ein anderer in einem anderen höheren Ausmaß bezahlen muß, nehmen wir an, ein Unternehmen oder, wenn Sie wollen, ein Unternehmer, auf die Sie immer losgehen... *(Bundesrat Gargitter: Warum sind die Unternehmergewinne so gestiegen?)*

Auf die Gewinne, die der Herr Generaldirektor Tautner — oder was er war — erwirtschaftet hat, auf die können wir verzichten, denn die bringen uns sicher nicht weiter.

17376

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Ing. Nigl

(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Und auf die vom Herrn Renner auch, nehme ich an!) Herr Staatssekretär, zu Ihnen komme ich noch; gedulden Sie sich. (Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Dr. Müller: Sie haben sich viel vorgenommen!)

Wenn Sie mir beipflichten, daß jene höheren Prozentsätze, die Unternehmungen der Finanz oder an sonstigen Abgaben zahlen müssen, auch durch alle anderen, die dort als Arbeitnehmer tätig sind, mit erwirtschaftet werden müssen, bevor sie von dem anderen bezahlt werden können, dann können wir mit Fug und Recht annehmen, daß die durchschnittliche Belastung mit 45 oder 44 Prozent stimmt.

Das heißt also: Wenn ich als Arbeitnehmer auch mit 45 Prozent belastet bin, dann bekomme ich nur mehr 55 Prozent heraus. Und es wird der Tag nicht fern sein, wo die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung so weit kommen wird, daß sich die einzelnen Arbeitnehmer selbst die Frage stellen: Ja ist es nicht gescheiter, wenn mir mein Unternehmen die Abzüge auszahlt und wenn sich die anderen das Netto behalten? Denn die Abzüge werden bald die 50-Prozent-Marke überschreiten. *(Bundesrat Strutzenberger: Wobei der Lohnsteueranteil der niedrigste ist im OECD-Bereich! Das nur zur Richtigtstellung!)*

Es ist zwar der Lohnsteueranteil niedriger, aber dafür haben wir eine weitaus höhere Mehrwertsteuerbelastung. Sie haben vergessen, daß die Leute das, was sie netto in die Hand kriegen, ja noch einmal versteuern müssen durch die Mehrwertsteuer mit 32 Prozent, mit 20 Prozent, mit 10 Prozent. Sie müssen das ja noch einmal hergeben von ihrem Nettobezug. Der Druck ist also derart enorm geworden, daß es einfach nicht mehr auszuhalten ist, und daher ist es verständlich, wenn die Leute versuchen, sich auf irgendeine Weise zur Wehr zu setzen.

Und jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Staatssekretär.

In der vergangenen Woche war der Präsident des Österreichischen Arbeiterkammertages Czettel in Graz. Dort hat er verkündet, wie unschuldig und wie arm die Sozialisten in der Regierung jetzt sind, denn der böse Holger Bauer von den Freiheitlichen ist eigentlich der, der jetzt auch eine höhere Besteuerung der Abfertigungen verlangt. Wissen Sie, wie das bei uns der Landeshauptmann-Stellvertreter Wegart klassifiziert hat? Es war ihm

bisher neu, daß jetzt neuerdings der Schweif mit dem Hund wackelt und nicht umgekehrt. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Die große, starke SPÖ beklagt sich darüber, vor dem Kleinen — Pardon, ich meine, vor dem Angehörigen der kleinen Partei, die ja ohnedies nur mehr 3,5 Prozent der Stimmen hat und allgemein schon, ich habe es einmal irgendwo gelesen, als Sekte bezeichnet wird *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP — Staatssekretär Dkfm. Bauer: Nur kein Wunschdenken, Herr Bundesrat!)* — beginnt sich jetzt plötzlich diese große Partei zu fürchten, vor dem Holger Bauer. *(Bundesrat Nürnberger: Wunschdenken in der Faschingszeit!)* Oder sie redet sich nur darauf aus und denkt insgeheim ohnedies auch an eine höhere Besteuerung der Abfertigung. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Es denkt niemand daran!)*

Es gibt ein russisches Sprichwort, das lautet: Kein Wind weht umsonst! *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: In Ihren Medien jederzeit! Das ist das beliebte Spiel: Die erfinden etwas, und ihr setzt euch drauf!)*

Herr Staatssekretär Bauer! Der Herr Sozialminister Dallinger hat vor nicht allzu langer Zeit gesagt, was die Höhe der Pensionsversicherungsbeiträge anlangt: Wir sind an einem Limit angekommen. Eine höhere Beitragszahlung für die Sozialversicherung, für die Pensionsversicherung ist den Beitragszahlern nicht mehr zumutbar.

Richtig, das hat er gesagt, das hat er gestern bestätigt in Graz, nebstbei bemerkt. Was glauben Sie, wie lange es dauern wird, bis wir die nächste Erhöhung bei den Pensionsversicherungsbeiträgen haben werden? Längstens nach der Arbeiterkammerwahl am 8./9. April in diesem Jahr werden wir die Vorschläge erfahren, auch Ihre, Herr Staatssekretär.

Und jetzt darf ich Sie zitieren, weil Sie früher in Ihren Darlegungen gar so laut waren. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Aber Zitate, nicht Zeitungsmeldungen!)* Ja, Zitate. *(Bundesrat Köstler: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank, Herr Staatssekretär!)*

Sie haben 1981, als Sie noch Angehöriger einer Oppositionspartei waren *(Bundesrat Nürnberger: Der Sie noch immer sind! — Bundesrat Dr. Bösch: Und noch lange sein werden!)*, im Nationalrat gesagt — da war Finanzminister schon der Herr Dr. Herbert Salcher —: „Die Methoden der Steuerfahndung bezeichnete Bauer als eine ‚Verletzung

Ing. Nigl

verfassungsrechtlich gewährleisteter Rechte', und die überfallsartigen Einfälle der Fahnder nannte er eine Mißachtung rechtsstaatlicher Grundsätze."

Das haben Sie früher gesagt. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Na und? Prüfen muß man es zuerst!*)

Sie haben früher gesagt, Sie wollen das zuerst prüfen, damit Sie sich nicht Lügen strafen lassen müssen. Wenn ich Ihnen das entgegenhalte, dann muß ich Sie fragen: Was ist die Wahrheit? War das die Wahrheit, was Sie damals gesagt haben, oder das, was Sie heute gesagt haben? Also bitte schön, meine Herrschaften, so kann man nicht vorgehen. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: 1981 kann es doch nicht der Fall Bösvarth gewesen sein!*)

Ich möchte noch etwas sagen. Wenn Sie sich da herstellen, Herr Kollege Strutzenberger, und darauf pochen, daß sich bei uns alles in einer Rechtsstaatlichkeit abspielt und daß einer, der beschuldigt wird, nicht gleich verurteilt wird, bevor alles geprüft ist, dann frage ich Sie, ob Sie diese Grundsätze auch seinerzeit beim Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter aus dem Burgenland und beim Landeshauptmann aus Niederösterreich angewendet haben, um wenigstens zwei Prominente aus der Vielzahl derer zu nennen, die Sie alle miteinander beschuldigt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bleiben Sie also bei der Rechtsstaatlichkeit und verdächtigen oder schimpfen Sie erst dann, wenn jemand verurteilt ist, und nachher nicht mehr. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Aber damit ich abschließend noch einmal zurückkomme auf die Belastungen ... (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Sie können sich ja zu Wort melden. Aber vielleicht haben Sie nur etwas zu sagen und nichts zu reden, das weiß ich nicht.

Um zurückzukommen auf die Belastung, sage ich Ihnen noch etwas. Das ist offensichtlich vom Staatssekretär auch schon zumindest toleriert, weil es eine Entlastung für das Finanzministerium bringen soll, was die Zuzahlung zu den ASVG-Pensionen anlangt.

Man spekuliert jetzt damit, künftighin die ASVG-Pensionen nicht mehr nach einer Bemessungsgrundlage zu berechnen, die sich aus den letzten fünf Jahren her ableitet, sondern aus den letzten zehn Jahren. Ich habe eine Reihe von Fällen ausgerechnet. Ich gebe gerne zu, vielleicht sind sie noch nicht reprä-

sentativ genug. (*Bundesrat Dr. Ambrozy: Worüber reden Sie denn eigentlich? — Bundesrat Ceeh: Über Kraut und Rüben!*) Zu den Belastungen rede ich, und das ist der Grund, warum es zu diesen Dingen kommt. (*Bundesrat Dr. Ambrozy: Haben Sie sich die Tagesordnung angesehen?*) Freilich, selbstverständlich habe ich das.

Das ist ein Teil der „Serviceleistungen“, indem man dann weniger zahlt, das dann abschiebt und den anderen zahlen läßt. Wissen Sie, was dabei herauskommt? Es werden künftighin die Pensionen um ein Ausmaß geringer sein, das den Wegfall einer Pension nach sich zieht. (*Bundesrat Heller: Aber das stimmt doch nicht!*)

Herr Bundesrat Heller, rechnen Sie sich das bitte aus. Das ist der Unterschied, der sich durch die Berechnung der Bemessungsgrundlage bei zehn Jahren oder bei fünf Jahren ergibt, wenn es so kommt. Ich schränke ein: Wenn es so kommt. Dann bedeutet das monatlich soviel weniger, daß in der Summe eine Pension weniger pro Jahr herauskommt. Oder Sie könnten auch sagen: Die 14. Pension streichen wir, wir zahlen künftighin nur 13. Das käme auf das gleiche heraus.

Aber ich sage noch einmal: Vielleicht ist es noch nicht repräsentativ genug. Ich habe erst 20 Beispiele berechnet. Vielleicht muß man mehr ausrechnen. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Da werden Sie dann bald einmal einen Vorschlag haben, wie Sie es machen wollen!*) Sie sind ja Staatssekretär im Finanzministerium und nicht ich. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Daß Sie darauf angewiesen sind, von mir Ezzes zu bekommen, wie Sie Geld sparen sollen, das ist traurig. Ich muß Ihnen sagen, auf das kann ich verzichten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani:** Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Sommer. Ich erteile dieses.

Bundesrat **Sommer** (ÖVP, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß ich nicht deswegen gerade abwesend war, als Bundesrat Strutzenberger seine Rede zur Beamtenverteidigung gehalten hat, damit man vielleicht vergessen soll, daß die Schuldigen der Finanzminister und sein Adlatus, der Herr Staatssekretär, sind. Denn durch die Belastungspolitik kommt es ja überhaupt zu Situationen der Steuerverweigerung und dann der Steuerfahndung. Man sollte auch nicht ver-

17378

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Sommer

gessen, daß die „Aktion scharf“ nicht von Beamten ausgegangen ist, sondern von den Finanzministern der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei mir war eine Delegation unter Führung des Präsidenten der Ärztekammer, die wegen der Ruhensbestimmungen protestiert hat. Das war der Grund, daß ich nicht im Saal war. Ich bitte das auch so zu verstehen, damit nicht der Eindruck entsteht, ich hätte kein Interesse oder vielleicht gar Angst vor dem Herrn Staatssekretär gehabt, wenn er den Gewerkschaftsvorsitzenden des öffentlichen Dienstes zitiert, weil ihm vielleicht die Vertretung der Beamten zu schwach wäre. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Nein, die ist stark genug!)*

Herr Staatssekretär! Als es noch einen Vizekanzler der SPÖ gegeben hat, den Herrn Vizekanzler Pittermann zum Beispiel, war der bei jeder Gehaltsverhandlung dabei und hat sich für die Beamten interessiert. Seitdem es die SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung gibt, habe ich bei keiner einzigen Beamtenverhandlung jemand von Ihrer Partei als Regierungsmitglied gesehen, weder den Vizekanzler noch Sie. Ihr Desinteresse an den Anliegen der Beamtenschaft wird offensichtlich dadurch deutlich gemacht. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Die kleine Koalition funktioniert besser als die große! Darum brauchen wir das nicht!)*

Entweder haben Sie nichts zu reden, dann sagten Sie bitte hier auch nicht viel, oder Sie stellen sich dort, wo es um wesentliche Anliegen einer riesigen Berufsgruppe geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie stellen das jetzt so hin, als ob die ÖVP Beamte angegriffen hätte. Niemand hat das getan! Auch der Herr Finanzminister soll nicht so empfindlich sein, wenn er in einer politischen Karikatur angegriffen wird, denn das hat ja nicht die ÖVP getan. *(Widerspruch bei der SPÖ.)* Hat das die Österreichische Volkspartei gemacht, oder waren es die Vertreter der Massenmedien, die, wie Sie ja auch immer behaupten, die Stimmung der Bevölkerung wiedergeben, aber doch nicht einer politischen Partei. *(Bundesrat Nürnberger: Die „Niederösterreichischen Nachrichten“ sind aber sicher parteiorientiert — oder nicht?)* Das ist keine Parteiaussage, sondern ein Nachrichtenblatt. Auch die „AZ“ hat ähnliche Dinge, die am Rande sind. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Sie sind verwöhnt durch die Hofberichter-

stattung, zum Teil im ORF *(Beifall bei der ÖVP)*, und können es gar nicht mehr akzeptieren, wenn Ihnen jetzt ein Massenblatt etwas sagt, wenn Ihnen der Spiegel vorgehalten wird.

Also seien Sie bescheidener, demokratischer, stellen Sie sich der Kritik und bessern Sie sich, statt hier ein Ausweichmanöver auf Beamte zu machen, um Ihre Politiker zu entlasten. Um das geht es Ihnen ja. Sie reden ja dann meistens von ganz anderen Dingen. *(Bundesrat Strutzenberger: Da sind wir einer Meinung, daß sich der Gewerkschaftsvorsitzende vor die Beamten zu stellen hat! Soweit es mich betrifft, tue ich das!)* Dazu komme ich schon. Nur Geduld, lieber Kollege Strutzenberger. Ich würde mich freuen, wenn du dich mit gleicher Begeisterung vor die Beamten stellen würdest, wenn es um die Verschlechterung des Pensionsrechtes geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der letzten Aussendung hat der Kollege Strutzenberger nämlich sogar kritisiert, daß ich schuld wäre, daß der Termin über die Verhandlungen über die Einführung der Ruhensbestimmungen verzögert würde. Auch eine gewerkschaftliche Haltung! Aber wir sind ja hier in einem politischen Gremium. *(Bundesrat Strutzenberger: Wer hat den 12. verlangt bei der Verhandlung? Wer war das?)*

Ich, bitte. *(Bundesrat Strutzenberger: Danke!)* Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte ich gesagt, ich brauche überhaupt keinen Termin mehr. Aber euch kann er ja nicht bald genug sein zur Einführung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist die richtige Beamtenvertretung: möglichst geschwind eine Verschlechterung haben wollen! *(Bundesrat Nürnberger: Solidarität mit den anderen Gewerkschaften ist für Sie ein Fremdwort!)*

Jetzt kommen wir aber wieder zu unserem Problem, damit das ganz deutlich wird: Niemand von der Österreichischen Volkspartei greift einen Beamten an, noch dazu, bevor ein Untersuchungsergebnis vorliegt. Das war immer unser Prinzip. Nur Sie haben ja — das hat der Kollege Nigl gesagt... *(Bundesrat Berger: Ihr habt sie ja schon verurteilt!)*

Sie verurteilen alles, wenn es nicht von Ihnen ist. Das wissen wir sowieso. Wer heute eine Politik macht, auch im Gewerkschafts- oder Interessenbereich, die der Regierung gefällt, der arbeitet objektiv. Wer aber etwas sagt, was der Regierung mißfällt, der ist unobjektiv, unsolidarisch, ohne daß der sachliche

Sommer

Hintergrund überhaupt zu prüfen ist. So ist das heute bei Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn die Beamten gezwungen werden, einen gefährlichen und unangenehmen Dienstauftrag zu erfüllen, dann kann man ihnen das nicht vorhalten. Vorhalten muß man es denen, die die Ursachen dazu schaffen und die letzten Endes mit einem Erlaß des Finanzministers — weil die Beamten ja verpflichtet sind, so zu handeln — dafür verantwortlich sind. Und einer der Verantwortlichen sitzt hier und tut jetzt so, als wären alle anderen schuld. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ändern Sie die Rechtsvorschriften für die Beamten, dann brauchen Sie sich nicht hierher zu stellen und mich zu beschuldigen, ich tue nichts für die Beamten. *(Bundesrat Nürnberger: Möchten Sie den Steuerhinterziehern einen Freibrief geben mit Ihrer Aussage?) Was hat denn das damit zu tun? (Bundesrat Nürnberger: Sind Sie für Steuerhinterziehung?)*

Verdrehen Sie doch nicht schon wieder alles. Was hat der Einsatz von Beamten mit Steuerhinterziehung zu tun? *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Aber ein gewisser Zusammenhang ist schon gegeben!)*

Zunächst einmal muß man fragen, ob es nicht vielleicht doch ein gemeinsames Anliegen sein sollte, anstelle dieser Auseinandersetzungen um einen sehr traurigen und tief beeindruckenden Vorfall auch rechtliche Überlegungen anzustellen. Vielleicht ist es wirklich nicht sinnvoll, daß richterliche Gewalt durch einen Finanzbeamten ersetzt werden kann. Vielleicht wäre es besser, wenn die Anordnung einer Hausdurchsuchung nur von einem Untersuchungsrichter und nicht von einem Kollegen aus dem Finanzamt unterschrieben werden könnte. Vielleicht wäre es auch besser, Fahndungsbeamte nicht von der Finanzverwaltung einzusetzen, sondern ein ordnungsgemäßes Verfahren mit Vorladung und Befragung einzuleiten. Denn heute ist es doch so, wenn ich ein Strafdelikt gegen Leib und Leben oder gegen Vermögen begehe, daß ich besser behandelt werde, als wenn ich eines Finanzdeliktes verdächtigt werde. Darum geht es ja. Aber jetzt drehen Sie die Dinge um und gehen auf die Beamten los. Packen wir den Stier bei den Hörnern. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn im Bundesrat ein Vorfall diskutiert wird, dann ist es doch Recht und Pflicht eines Mitgliedes des Bundesrates, zu fragen, noch dazu in Anwesenheit eines Vertreters der

Regierung: Wie ist es dazu gekommen, was stimmt? — Aber anstelle sachlicher Antworten hören wir eine polemische Politdebatte, zu der eigentlich ein Staatssekretär hier nicht berechtigt ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Berger: Wer hat denn mit der Politdebatte angefangen?)*

Jetzt noch zur Belastungspolitik. Bundesminister Dallinger, den ja immer sehr viele Einfälle in der Öffentlichkeit auszeichnen, hat unter anderem auch gesagt: Die Belastungsgrenze ist erreicht, auch in der Sozialversicherung. — Die Frage, Kollege Nigl, war: Wann kommt die nächste Erhöhung? Am 1. Jänner 1985: 10,25 Prozent — Minister Dallinger, Bundesvorstand des ÖGB, 16. Februar 1984. *(Bundesrat Ing. Nigl: Na bitte!)* So ist das nämlich.

Geben Sie diese Versuche auf, immer einen Schuldigen zu suchen, der es nicht ist. Meine Damen und Herren von der SPÖ, denken Sie doch einmal darüber nach, was Sie aufführen an Belastungspolitik, an Verschlechterungspolitik. Sie reden immer von Reformen. Das ist aber immer eine Verschlechterung des Bestehenden.

Wenn Sie die Wende vornehmen würden, dann könnten solche Vorfälle erst gar nicht eintreten. Denn Sie mit Ihrer Regierungspolitik sind die Schuldigen, nicht Beamte und letzten Endes auch nicht die Steuerzahler, wobei eine Hinterziehung immer noch ein Verbrechen ist und bleibt. Nur sollte die Behandlung nicht schlechter sein als bei einem Verbrecher nach dem Strafgesetzbuch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Müller. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dr. Müller (SPÖ, Tirol): Meine Damen und Herren! Wenn man diese Diskussion mitverfolgt hat, dann, glaube ich, muß man feststellen, daß nicht nur der Anlaß ein sehr trauriger war, sondern daß auch manche Inhalte dieser Diskussion für uns erschütternd sein müssen.

Ich muß dazu sagen, daß es natürlich sehr populär aussieht, wenn man aus diesem sehr tragischen Vorfall politisches Kapital schlagen will, wenn man à la Glistrup Politik machen will. Aber man sollte sich folgendes überlegen:

Wir gehen mit dieser Diskussion auf einem sehr schmalen Weg der Destabilisierung

17380

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Müller

staatlicher Organisationen. Wir alle haben hier einen Schwur auf die Republik zu Beginn unserer Tätigkeit abgelegt, und jetzt sollen wir aus populistischen Gründen Destabilisierung staatlicher Institutionen betreiben. Ich muß sagen, das haben wir alle, wie wir hier herinnen sitzen, abzulehnen. Das ist nicht einzusehen, das geht nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das zweite, was mich sehr stört: Sie haben mit unschuldiger Miene moniert, daß sich ein paar Beamte privat eine Waffe beschafft haben, wie dies jeder machen kann, der ein Leumundszeugnis erhält beziehungsweise sind Sie dagegen aufgestanden, so als müßten wir, wenn wir jetzt als Politiker beim Finanzamt hineingehen, uns schon fürchten, weil der Beamte dort vielleicht eine „Krachn“, eine Pistole oder einen Revolver hat. Wenn es nach einigen Herren von Ihnen ginge — ich nenne jetzt den Herrn Nationalratsabgeordneten Lichal —, bin ich überzeugt davon, daß wahrscheinlich jeder zweite Beamte im Besitz einer Panzerfaust zu sein hätte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und das letzte, was ich sagen möchte, was mich berührt hat, ist die Sache mit dem Rechtsstaat und mit der sicher nicht nur von der ÖVP oder — ich möchte da sehr vorsichtig sein — von Kreisen in der ÖVP, sondern weit mehr von Massenmedien betriebenen Vorverurteilung, der Hinweis auf die Lynchjustiz. Der Rechtsstaat wird ja durch ruhiges, überlegtes Vorgehen charakterisiert, durch das vom Herrn Staatssekretär angezogene *audiar et altera pars*. Ich glaube, das sollten wir 50 Jahre nach 1934 sehr gut überlegen.

Wir lehnen alles ab, das muß ich auch dazu sagen, was diese rechtsstaatlichen Prinzipien auch nur im geringsten in Frage stellt.

Denn fragen wir uns, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt diese Beamten vorverurteilen, fragen wir uns, wo das Ende ist. Fragen wir uns, wann die Hochschullehrer drankommen, Herr Professor Schambeck, wann die Justizbeamten drankommen, liebe Rosa Gföller, wann die Zollbeamten drankommen, Herr Kollege Strimitzer, wann die Lehrer, Herr Kollege Raab, und wann die Beamten im Landesinvalidenamt — soviel ich weiß, sind Sie von dort — destabilisiert, in Frage gestellt, vorverurteilt werden.

Und weil der Herr Kollege Nigl dauernd mit seinen Fremdwörtern gekommen ist, möchte ich auch französisch enden und sagen: Rien

ne va plus — da geht nichts mehr! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Pisec. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dkfm. Dr. Pisec (ÖVP, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Ich bin von den letzten Worten des Bundesrates Müller nur teilweise angetan, teilweise aber nicht. Die Ausführungen des Staatssekretärs zwingen mich jedoch, etwas dazu zu sagen.

Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion! Wir haben uns sehr bemüht — Sie sehen, daß ich als letzter von unserer Seite dazu etwas sage, weil ich Selbständiger bin —, objektiv zu argumentieren. Es geht aber nicht, daß ein Regierungsmitglied dem Bundesrat Frauscher etwas unterstellt, was er nicht gesagt hat, denn damit beginnt dann die Klimavergiftung. Er hat nicht gesagt, die bedrohen dort mit Waffen, und womöglich geschieht es dann.

Frauscher hat wörtlich gesagt: Ich möchte die Altlengbacher Vorfälle gar nicht diskutieren, weil das Gericht damit beschäftigt wird. Wir wollen über das Prinzip reden, über die zugrundeliegenden Voraussetzungen, die zu diesen Vorfällen, die so bedauerlich für alle von uns sind, geführt haben.

Herr Staatssekretär! Das, was Sie hier geantwortet haben, bei dem können wir es nicht belassen, das nehmen wir nicht in Kauf. Denn als freiheitlicher Abgeordneter hatten Sie seinerzeit genausowenig wie wir die Möglichkeit, interne Dienstanweisungen einzusehen. Ein Abgeordneter der Opposition hat nur die Möglichkeit, aus den Publikationen der noch freien Presse das zu schöpfen, was die Bevölkerung berührt.

Wenn die freie Presse angreift, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, und es paßt Ihnen nicht, dann haben Sie die Möglichkeit, gerichtlich dagegen vorzugehen. Aber angerührt dürfen Sie deswegen nicht sein, wenn Sie kritisiert werden, denn wir werden ja auch kritisiert.

Und wenn aktuelle Zeitungen, Publikationen seriöser Zeitungen mit einer Schlagzeile kommen, die lautet „Höchstgericht gegen Steuerfahnder, Serie von Gesetzlosigkeiten“, dann kann man nicht darüber zur Tagesordnung übergehen, Herr Staatssekretär, wie Sie es vorhin gemacht haben. Denn 1981, als die

Dkfm. Dr. Pisec

Übergriffe der Steuerfahndung in Niederösterreich stattfanden, und gerade immer wieder in Niederösterreich (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Ja, komisch!*), da haben Sie anders in der Öffentlichkeit argumentiert als heute.

Um auf den Grundsatz zurückzukommen, den Sommer angesprochen hat: Warum müssen diese Fahndungsmaßnahmen eigentlich von Finanzbeamten angeordnet werden? Ich kann mir schon vorstellen, warum: Weil Sie sie jetzt auf Grund Ihrer Wirtschaftspolitik unterbringen müssen. Warum läßt man das nicht Organe der Gerichte machen? Warum muß der kleine Vorstand eines ländlichen Finanzamtes, bei dem plötzlich eine ganze Kolonne von sehr forschenden und selbstbewußten Beamten aufmarschiert, die sagen: Gib uns einen Hausdurchsuchungsbefehl, warum muß ein solcher Mann in einen Gewissenskonflikt gebracht werden? Denn er kennt ja den Steuerpflichtigen seiner Ortschaft oder seiner Umgebung, zum Unterschied von der von Androsch geschaffenen Zentralbehörde in Wien, die nun einer Beschäftigung nachgeht.

Als freiheitlicher Abgeordneter hätten Sie das nicht gesagt, was Sie vorhin als Staatssekretär hier ausgeführt haben. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

Sie sind in der Regierungsverantwortung, Sie tragen die Verantwortung für alle diese Vorfälle. Aber Sie haben heute den Mut, sie zu verteidigen, ich würde schon fast sagen, in einer Politikameraderie. Das geht nämlich sehr viel weiter: Eine Koalition könnt Ihr schon machen, das liegt in einer Demokratie. Selbst ein Salcher beginnt sich aber zu distanzieren von seiner ersten Bemerkung, die er im Überschwang des Einstehens für seine Beamten gemacht hat, daß die Untersuchung ergeben hat, es liegt gar nichts Straffälliges vor — bitte, das war seine Äußerung —, von der dann mit Bedacht darauf Bezug genommen wird, das war die erste solche Untersuchung. Und Sie sagen heute zum Eingang: Ich als Staatssekretär bin sehr froh, daß er diese Äußerung gemacht hat. Bitte, wörtlich zitiert: Ich habe die erste Äußerung des Ministers Salcher für sehr geschickt gehalten.

Dazu möchte ich nur sagen: Als Staatssekretär sind Sie ersetzbar, geschickt waren Sie bei dieser Äußerung nicht! Der ganze Nationalrat ist dieser Überlegung nicht gefolgt in der sehr ernstesten Diskussion, die geführt wurde.

Wir haben heute noch eine dringliche Anfrage, es wird eine Angelegenheit der Dringlichen sein, auf all das noch ernst einzugehen. Ich habe mich bewußt jetzt dazu gemeldet, um das, was man an Rufmord an Frauscher zu begehen versucht hat, zu entkräften und aus der Welt zu schaffen.

Wir werden über die Notwendigkeit einer Änderung des Gesetzes und der Steuerordnung hier reden müssen. Es muß damit aufgehört werden, daß ein braver Steuerzahler verdächtigt, verurteilt wird, von dem alle diese Institutionen des Staates letztlich leben und finanziert werden. Es muß damit aufgehört werden ein für allemal! Das werden wir heute noch diskutieren.

Wir verlangen eine Änderung der Rechtsnorm, damit die Unsicherheit — und ich sage es betont —, die Angst beendet wird. Das ist in einer Demokratie ein unwürdiger Zustand. Es gehört beendet! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Ein zweitesmal zu Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Holger Bauer. Ich erteile ihm dieses.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen **Dkfm. Bauer**: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Ich möchte nur versuchen, Ihnen in Erinnerung zu rufen, was ich tatsächlich gesagt habe, Herr Bundesrat Pisec. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*) Entschuldigen Sie, wir können es ja im Streitfall im Protokoll nachlesen. In aller Bescheidenheit glaube ich mich aber doch daran erinnern zu können, was ich vor einer halben Stunde gesagt habe.

Ich habe genau das Gegenteil dessen gesagt, was Sie mir jetzt unterstellen. Ich habe nicht gesagt, daß ich die erste Reaktion des Finanzministers für sehr geschickt gehalten habe, sondern ich habe folgendes gesagt: Ich habe die erste Reaktion des Finanzministeriums für nicht sehr geschickt gehalten. Ich habe also genau das Gegenteil dessen gesagt, was Sie mir unterstellen haben.

Wenn man von einer derartigen Basis bei seiner Argumentation ausgeht, kann sie natürlich nicht sehr überzeugend und richtig sein.

Ich bitte um Verständnis und bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wei-

17382

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Vorsitzender-Stellvertreter Schipani

tere Wortmeldungen liegen nicht vor, Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist auch nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

2. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Zolltarifgesetz 1958 geändert wird (13. Zolltarifgesetznovelle) (2806 der Beilagen)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: 13. Zolltarifgesetznovelle.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Suttner. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Suttner**: Hoher Bundesrat! Herr Staatssekretär! Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll der Zollsatz für Hühner mit einem Stückgewicht von 0,2 kg um mehr als das Zweifache erhöht werden und nunmehr 900 S für 100 kg betragen. Weiters soll für Forellen und forellenartige Fische, die nicht länger als 20 cm sind, anstelle der bisherigen Zollfreiheit nunmehr ein Zollsatz von 1 500 S für 100 kg treten. Ferner soll für andere Vogeleier als Hühnereier, zum Beispiel Enteneier, Eier von Truthühnern, anstelle der Zollfreiheit der für Hühnereier geltende Zollsatz von 320 S für 100 kg eingeführt werden.

Alle Kartoffeln der Tarifnummer 07.01 mit Ausnahme der Frühkartoffeln vom 21. Juni bis 31. März unterliegen derzeit einem GATT-Zollsatz von 21 S für 100 kg. Durch die gesonderte Erfassung der Saatkartoffeln soll für diese der GATT-Zollsatz ganzjährig zur Anwendung kommen; der Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht die Einführung eines Zollsatzes von 30 S für 100 kg Saatkartoffeln vor. Als Saatkartoffeln der Zolltarifnummer 07.01 A1 sollen jene Kartoffeln gelten, die den Bestimmungen der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, und des Saatgesetzes, BGBl. Nr. 236/1937, entsprechen.

Der Finanzausschuß hat die gegenständli-

che Vorlage in seiner Sitzung vom 28. Feber 1984 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Zolltarifgesetz 1958 geändert wird (13. Zolltarifgesetznovelle), wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Ich danke der Berichterstattung.

Meine Damen und Herren! Ehe ich in die Debatte eingehe, möchte ich darauf hinweisen: Es hat sich in der Debatte zum 1. Tagesordnungspunkt gezeigt, daß großzügige Vorsitzführung manchmal falsch verstanden werden kann. Die Palette der Themen, die hier besprochen wurden, hatte in sehr hohem Maße nichts mit der tatsächlichen Vorlage zu tun, und ich werde daher die Vorsitzführung im kommenden Tagesordnungspunkt etwas straffen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich rigoros von den Ordnungsbestimmungen gemäß § 61 bei Abschweifungen mit dem Ruf „Zur Sache!“ vorgehen werde. Nach dem dritten Erteilen des Rufes „Zur Sache!“ ist der Entzug des Wortes die Folge.

Das bitte als Hinweis.

Als erster Redner zum vorliegenden Tagesordnungspunkt hat sich Herr Bundesrat Dr. Strimitzer gemeldet. Ich erteile ihm dieses.

Bundesrat Dr. **Strimitzer** (ÖVP, Tirol): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorausgeschicken darf ich, daß meine Fraktion die gegenständliche Vorlage begrüßt und, weil die 13. Zolltarifgesetznovelle, von bäuerlichen Organisationen angeregt, einem Wunsche der mit wirtschaftlichen Glücksgütern wahrhaftig nicht gesegneten österreichischen Land- und Forstwirtschaft entspricht, dem Antrag, keinen Einspruch zu erheben, zustimmen wird.

Ich habe mir bereits anlässlich der Beschlußfassung über die 12. Zolltarifgesetznovelle im Dezember 1983 erlaubt, die Bedeutung des Zolltarifes zu würdigen und vor allem auch aufzuzeigen, daß der Fiskalge-

Dr. Strimitzer

danke, der seit vielen Jahrhunderten Hauptzweck dieses Instrumentes gewesen ist, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg immer mehr, ja fast ausschließlich dem Schutzgedanken gewichen ist.

Der Zolltarif, die Festsetzung der Höhe des Zollsatzes, die bilaterale und multilaterale Vereinbarung von Zollpräferenzen, sogar die europäischen und internationalen Zollabbavereinbarungen — letztere vor allem im Hinblick auf die Zeitläufe, die für die Erreichung des Zollsatzes Null vorgesehen worden sind —, alles das ist überwiegend vom Charakter des Schutzes der heimischen Wirtschaft beherrscht.

Leider müssen wir in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße, und zwar gerade im Zusammenhang mit Zollpräferenzen aller Art, eine betrübliche Entwicklung beobachten. Jeder halbwegs aufmerksame Beobachter stellt nämlich fest, daß praktisch Hand in Hand, uno actu mit tariflichen Veränderungen und leider sogar mit weiteren Zollabbauten, ein Aufbau administrativer Regelungen erfolgt.

Ich möchte es einmal ganz klar hier aussprechen, nehme es aber nur als Beispiel für viele andere ähnliche Regelungen: Das Integrationsabkommen EG-EFTA, dessen unerhörte volkswirtschaftliche Bedeutung für Österreich und die übrigen Staaten dieses Freihandelsraumes ich in diesem Zusammenhang weder erörtern möchte noch zu erörtern brauche, ist mit einer derartigen Fülle von Detailregelungen, insbesondere Ursprungsregelungen belastet, daß sich selbst Fachleute heute unerhört schwer tun, sich in dem Dickicht zurechtzufinden.

Da wird auf dem industriell-gewerblichen Sektor des Warenverkehrs EG-EFTA, damit also auch des Warenverkehrs Österreichs mit den EG- und EFTA-Staaten, bei vorliegender Ursprungseigenschaft der betroffenen Waren der Zoll abgebaut, auf Null gesenkt. Die rechtlichen Voraussetzungen, unter denen die Zollfreiheit in Anspruch genommen werden kann, muß sich vor allem aber der Exporteur in einem wahren Hürdenlauf durch -zig nationale und internationale Vorschriften und nach Aufspüren des Zutreffens einer ganzen Reihe von für ihn in Betracht kommenden Formularen und Stempeln mühsamst erkämpfen.

Ich möchte gerade auch als österreichischer Beamter, der mit der Materie nicht ganz unvertraut ist, ganz gewiß keinen Stein auf

die Beamten in den internationalen Organisationen werfen, aber soviel möchte ich schon einmal auch sagen dürfen: Der Einfallsreichtum und die Erfindungsgabe der Kollegen in den Gremien der Europäischen Gemeinschaften im Schaffen und komplizierten Darstellen von Rechtsregeln ist zweifellos europäische Spitze.

So, meine Damen und Herren, hat sich weder die österreichische Wirtschaft, meine ich, noch die Zollverwaltung die Sache vorgestellt. Die Wirtschaft hat gemeint, mit dem Zollabbau käme außer der ersehnten Kostentlastung auch eine Vereinfachung der Zollabfertigung auf sie zu. Und die österreichischen Zollorgane haben geglaubt, mit dem radikalen Sinken der Zolleinnahmen müsse es auch zu einer Verwaltungsentlastung kommen.

Meine Damen und Herren! Beide — Wirtschaft und Zollverwaltung beziehungsweise Zollorgane — sind in ihren Hoffnungen schwer enttäuscht worden. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Müller.*) Warum sage ich das heute und hier, Herr Kollege Müller? Ich komme schon auf Detailfragen noch zu reden. Weil mir diese Vorlage und die Ihnen eben vorgetragenen Überlegungen auch Gelegenheit geben, zu dem Anlaß der eben beendeten Brennerblockade ein paar Bemerkungen zu machen. Ich darf, Herr Vorsitzender, ausdrücklich gleich festhalten, daß ich meine, daß diese Bemerkungen sehr wohl zum Gegenstand dieser Vorlage gehören.

Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß es zunächst die italienischen Zöllner gewesen sind, welche zur Durchsetzung dienst- und besoldungsrechtlicher Ansprüche den Verkehrsfluß wieder einmal unterbrochen haben. Diese Tatsache und die komplizierten italienischen Abfertigungsvorgänge haben schließlich zur Gegenreaktion von Fuhrunternehmern und Fahrern und damit zur endgültigen Blockade der Grenzübergänge nach Italien für den Warenverkehr geführt.

Der politische Anstand — so möchte ich sagen — verbietet es mir, mich hier mit den inneritalienischen Belangen, die zu dieser Situation geführt haben, im einzelnen auseinanderzusetzen. Diesbezüglich darf ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die Berichte in den Medien, die ausführlich genug gewesen sind, verweisen.

Nicht verbieten, glaube ich, kann man mir aber, mich mit zum Teil unqualifizierten

17384

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Strimitzer

Äußerungen und mit den Vorwürfen italienischer verantwortlicher Persönlichkeiten zu beschäftigen, die auch gegen die österreichische Zollverwaltung erhoben worden sind. Ich stelle daher fest:

Erstens: Es ist kein wilder Haufen gewesen, der sich da wegen der italienischen Zollabfertigungsvorgänge zu einer Blockade entschlossen hatte. Im Gegenteil: Man muß der Disziplin, der Besonnenheit und der nüchternen Lagebeurteilung — auch wenn zunächst teilweise überzogene Forderungen formuliert worden sind — aller Beteiligten höchste Anerkennung zollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweitens: Die Behauptungen des italienischen Zolldirektors für die Provinz Bozen, in Wirklichkeit seien die österreichischen Verkehrs- und Zollabfertigungsvorgänge in Nordtirol beziehungsweise am Brenner auslösendes Moment für die in Italien auftretenden Abfertigungsverzögerungen, zeugen entweder von einer tiefen Unkenntnis dessen, wovon gesprochen wird, oder von der Absicht einer bewußten Provokation. Nicht einmal die — lassen Sie mich das sagen — aus Sizilien zum Brenner oder nach Sterzing abgeordneten italienischen Zollorgane werden die Richtigkeit solcher Aussagen zu bestätigen vermögen.

Richtig ist aber andererseits sicher drittens, daß sich auch auf der österreichischen Seite, dort allerdings praktisch nur auf der Einfuhr- richtung, mitunter beachtliche Wartezeiten für die Lkw-Fahrer ergeben. Diese sind oft freilich nicht vermeidbar, wenn man die Verkehrsfrequenz und die Beladungssituation der Fahrzeuge berücksichtigt. 1971 sind über den Grenzübergang Brenner 185 000 Lkw gefahren. 1983 sind dort 831 000 Lkw beziehungsweise Lkw-Züge registriert worden. Das sind bereits wiederum 50 000 mehr als im Jahre 1982!

Und die Tendenz, meine Damen und Herren, ist weiter steigend. Das gleiche gilt übrigens auch für den Pkw- und Busverkehr. Haben 1971 noch 2 Millionen Pkw und Busse den Grenzübergang Brenner passiert, so sind es 1983 bereits 6,8 Millionen Pkw und Busse gewesen.

Wenn man bedenkt, daß Lkw-Fahrten zeitlichen Beschränkungen unterworfen sind — es gibt ja das berühmte Samstag-Sonntag-Fahrverbot praktisch in ganz Mitteleuropa —, so bedeutet die vorhin genannte Ziffer, daß an 295 Fahrtagen pro Jahr Tag für Tag — Tag für Tag! — nicht weniger als 2 817 Lkw und Lkw-Züge den Brennerpaß in beiden Fahrtrichtun-

gen befahren. (*Bundesrat Dr. Schwaiger: Im Durchschnitt!*) Im Durchschnitt, jawohl. Ich habe diese Ziffer auf Durchschnittsziffern Tag für Tag aufgelistet.

Daraus ergibt sich ein Schnitt von 60 Lkw beziehungsweise Lkw-Zügen, die pro Stunde, oder, meine Damen und Herren, ein Schnitt von einem Lkw oder Lkw-Zug, der pro Minute trotz Grenzabfertigung über den niedrigsten Alpenübergang Europas klettert. (*Der Vorsitzende übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.*)

Aber freilich, und das darf nicht verschwiegen werden: Bis der Fahrer den Zollamtsplatz nach erfolgter Abfertigung, zu der ja auch das zeitraubende Zahlen von Gebühren gehört, jeweils verlassen kann, das kann dauern!

Das dauert aber nicht nur — das möchte ich auch einmal in aller Klarheit sagen — wegen der Zollabfertigung allein, sondern auch deswegen, weil die Zöllner entweder im übertragenen Wirkungsbereich oder als Organe anderer zuständiger Verwaltungsbehörden auch Rechtsvorschriften zu vollziehen haben, die mit dem Zoll überhaupt nicht in Beziehung stehen. Etwa die Vornahme von Gewichtskontrollen, die nach Ansicht der für das Verkehrsrecht zuständigen Behörden deswegen notwendig sind, weil Österreich etwa im Gegensatz zur Schweiz, wo ein Lkw nicht einmal 30 t Güter mitführen darf, eine Tonnage von 38 t für zulässig erklärt hat. Und trotzdem sind rund 35 Prozent aller den Brenner passierenden Lkw und Lkw-Züge in einem Maße überladen, daß selbst die Verwaltungstoleranz von 38 400 kg überschritten wird. In diesen Fällen bedarf es wegen der Sicherheit beziehungsweise wegen zu befürchtender Schäden auf Österreichs Straßen einer Ausnahme genehmigung oder der Teilentladung.

Es müssen die Bestimmungen des Güterbeförderungsgesetzes hinsichtlich der berühmt-berüchtigten Fahrgenehmigungen, die ja in den letzten Wochen auch sehr häufig durch die Gazetten gegeistert sind, überprüft werden. Und bitte schön: Es ist erst in den letzten Monaten zur normalen Warenstatistik noch die verkehrsstatistische Anmeldung dazugekommen. Die Zöllner haben für die im Ausland zugelassenen Transportfahrzeuge über 5 t den Straßenverkehrsbeitrag, wie Sie wissen, zu errechnen und vorzuschreiben.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir eine Bemerkung, meine Damen und Herren, im Anhang, möchte ich sagen, zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt. Im Jahre

Dr. Strimitzer

1976 ist die erste Lkw-Blockade am Brenner auf Grund dieses Straßenverkehrsbeitrages zum Tragen gekommen. Damals wurde wegen des exorbitanten Steuerdruckes zunächst einmal seitens der Fuhrunternehmer ein Ventil geöffnet. Ich darf Sie ja doch daran erinnern, daß gerade dieser Straßenverkehrsbeitrag, der eben von den Zollämtern erhoben werden muß, jetzt erst von der sozialistischen Koalition wieder kräftig mit 1. Jänner 1984 erhöht worden ist.

Die Zöllner haben daneben die Treibstoffverzollung vorzunehmen, sobald die fallweise zu prüfende Freimenge überschritten ist.

Es wird heute noch anderen Rednern, ich denke vor allem an den Herrn Kollegen Bundesrat Dr. Schwaiger, vorbehalten bleiben, aufzuzeigen, daß alle diese Belastungen des grenzüberschreitenden Güterbeförderungsgewerbes, die, soweit es sich um österreichische Unternehmer handelt, neben den sonstigen Inlandsbelastungen durch Steuern, Maut und dergleichen getragen werden müssen, einen wichtigen Wirtschaftszweig hart an den Rand seiner Existenz- und Lebensfähigkeit gedrängt haben.

Dabei ist es, das möchte ich jetzt nur in einem Nebensatz unterbringen, wenn man diese unerhörte Frequenz am Brenner betrachtet, nicht gelungen, die Frachtkapazität der Eisenbahn über den Brenner in den letzten Jahren nennenswert anzuheben.

Ich bleibe bei den Wartezeiten am Brenner und möchte noch hervorheben, daß gerade die kompetenzmäßig den Zoll allein betreffende Durchfuhrabfertigung österreichischerseits sich strikt im Rahmen der zwischen Österreich und den EG vereinbarten Bestimmungen über das gemeinschaftliche Versandverfahren abspielt und, weil zur Routine geworden, zweifellos den geringsten Zeitaufwand, für sich gesehen, erfordert.

Aber selbstverständlich müssen die Fahrzeuge für die Durchfuhr durch Österreich, und wenn es auch nur das kurze Stück Brenner — Kufstein anlangt, unter Zollverschluss gelegt werden, soweit ein solcher nicht bereits bei der ausländischen Grenzabfertigung durch ausländische Zollorgane angelegt worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die österreichischen Zollorgane am Brenner, in Kufstein-Kiefersfelden, in Thörl-Maglern, am Walserberg, in Spielfeld und überall dort, wo sie angesichts massierten Verkehrs dau-

ernden Gesundheitsbelastungen durch Abgase und dauerndem Streß ausgesetzt sind, tun gewiß ihr Bestes, und ich möchte hier einmal auch ihnen die höchste Anerkennung zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß dem einen oder anderen angesichts immer weiter steigender Belastungen im Parteienverkehr im menschlich begreifbaren Zustand steigender Gereiztheit angesichts der Bürokratie auch auf seiten der Lkw-Fahrer manchmal die Nerven durchgehen und verbale Auseinandersetzungen vorkommen, das soll nicht goutiert werden, aber doch auf menschliches Verständnis stoßen.

Durch die Bürokratie, meine Damen und Herren, sind in Wahrheit beide Seiten überfordert.

Auch auf die Zöllner kommen immer neue Aufgaben zu. Ich möchte Sie mit der Aufzählung derselben nicht weiter langweilen, meine Damen und Herren; es genügt wohl, wenn ich Ihnen sage, daß dieses im Grenzverlag in Wien, und zwar mit Autorisation des Bundesministeriums für Finanzen herausgekommene Handbuch zum österreichischen Gebrauchszolltarif — Herr Vorsitzender, ich finde mich also mitten im Tagungsgegenstand —, daß dieses Handbuch zum österreichischen Gebrauchszolltarif, ohne welches eine praktische Zollabfertigung heute gar nicht mehr denkbar wäre, in diesen Tagen das 169. Mal geändert worden ist. Es hat damit also die ASVG- oder Gehaltsgesetzänderungen hinsichtlich deren Rekorde weit in den Schatten gestellt. Wenn also immer neue Aufgaben auf die Zöllner zukommen, ohne daß mehr Personal zur Verfügung gestellt wird und ohne daß im Bereich der Bürokratie Vereinfachungen erfolgen, ja bitte, dann darf man sich doch nicht wundern, daß die Grenzabfertigung bei steigendem Verkehr immer länger dauern muß.

Wenn man daher langfristig das Problem der Grenzabfertigung in den Griff bekommen will, sind, abgesehen von baulichen beziehungsweise organisatorischen Veränderungen, die, soweit ich es zu beurteilen Gelegenheit gehabt habe, meist von der österreichischen Zollverwaltung aus eigenem den Verkehrsbedürfnissen angepaßt werden, drei Notwendigkeiten zu berücksichtigen. *(Bundesrat Kopf: Herr Bundesrat, eine Frage: Wie viele Zöllner sollen nach Meinung der ÖVP eingestellt werden?)* Herr Kollege, Sie stellen mir hier eine, ich möchte beinahe sagen, Gretchenfrage. Ich könnte Ihnen zwar die Ziffern nennen, was den Brenner als sol-

Dr. Strimitzer

ches anlangt (*Bundesrat Köpf: Sie tun es aber nicht!*), aber ich denke doch, daß es ... (*Bundesrat Köpf: Wie viele sind es am Brenner?*) Am Brenner sind in etwa jetzt zirka 120 Zollwachebeamte tätig, wobei diese aber drei Grenzübergänge zu versorgen haben. Brenner Autobahn, Reise- und Warenverkehr, Reiseverkehr Bundesstraße und Brenner Bahn. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Wie viele sollen es mehr sein? Ungefähr!*) Herr Staatssekretär, ich darf also bezüglich einer konkreten Ziffer, zu deren Nennung Sie mich also aufgefordert haben, Ihnen zurückhaltend oder nur approximativ erklären, daß nach meiner Auffassung mindestens bis zu 20 zusätzliche Organe als Untergrenze erforderlich wären. (*Bundesrat Köpf: 25 Prozent mehr!*) Angesichts der Situation, die wir dort vorfinden, würde ich glauben, daß das eine Ziffer ist, die sich am unteren Rand dessen bewegt, was man sich vorstellen könnte.

Ich sprach also von drei Notwendigkeiten, die, wenn man langfristig das Problem in den Griff bekommen will, erforderlich sind und berücksichtigt werden müssen.

Erstens: Abbau von Vorschriften nationalen und internationalen Charakters. Ganz schlecht ist es ja, wenn diese nebeneinander vollzogen werden. Ich habe mir sagen lassen, daß beispielsweise die Milch, die laufend und in großen Mengen in Tankfahrzeugen von der Bundesrepublik Deutschland nach Italien gefördert wird, in der Bundesrepublik bei der Verladung nach EG-Veterinärvorschriften auf ihre gesundheitliche Eignung geprüft wird. In Italien, meine Damen und Herren, muß sie bei der Entladung vom dortigen Veterinär nach innerstaatlichen Normen neuerlich untersucht werden. Erfreulicherweise hat Österreich vor ein paar Jahren mit dem Unfug aufgeräumt, für die Durchfuhr bestimmte Milch beim Grenzeintrittszollamt durch den österreichischen Veterinär noch zusätzlich auf die Durchfuhrfähigkeit zu überprüfen. Bis dorthin aber, meine Damen und Herren, sind — bedenken Sie das! — drei Grenzkontrollen ein und derselben Ladung Milch auf der Strecke Rosenheim—Sterzing allein aus veterinärpolizeilichen Gründen notwendig gewesen.

Zweitens: Man wird trachten müssen, das Formularwesen zu vereinfachen und mit den Nachbarverwaltungen noch weiter, noch mehr als bisher zu vereinheitlichen. Das setzt allerdings auch eine Vereinfachung in Geltung belassener Rechtsvorschriften, ein Auf-

einander-Abstimmen verschiedenartiger Rechtsbereiche voraus.

Drittens: Wenn die Bundesregierung, was bedauerlich ist, nicht zu verhindern vermag, daß den Grenzbehörden laufend umfangreiche neue Aufgaben übertragen werden, dann muß sie eben — und ich wiederhole mich hier — für mehr Abfertigungspersonal sorgen. Die Personalsituation an den Grenzen ist sowohl dem Bundesministerium für Finanzen als auch dem Bundesministerium für Verkehr vom Land Tirol, von der Verkehrswirtschaft — ich erinnere hier nur an wiederholte Memoranden der Tiroler Handelskammer — und von den Zollbehörden aufgezeigt worden. Und das muß man diesen betroffenen Ressorts und der Bundesregierung insgesamt zum Vorwurf machen: Man hat die Dinge vielfach weggesteckt, hat sie treiben lassen und sich dem Glauben hingegeben, ein Dritter werde für das Ausbleiben der Katastrophe sorgen. Die Katastrophe ist aber gekommen. Und daher ist die Bundesregierung auch mitverantwortlich an der Brenner-Misere!

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen: Wenn nicht Substanzielles geschieht, wenn die durchaus begrüßenswerten Initiativen des Herrn Verkehrsministers wieder bei verbalen Bekenntnissen und Absichtserklärungen steckenbleiben, dann wird die nächste Blockade am Brenner nicht lange auf sich warten lassen. Das kann ich, ohne Prophet zu sein, ruhig aussprechen. Videant Consules — meine Damen und Herren, schon wieder ein ausländischer Spruch, Herr Kollege Müller —, videant Consules, daß sich die nächsten Aktionen nicht auch gegen Österreich richten. Danke sehr. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Stepancik. Ich erteile es ihm.

Bundesrat **Stepancik** (SPÖ, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der Diskussion über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 22. Februar dieses Jahres betreffend das Bundesgesetz, mit dem das Zolltarifgesetz 1958 geändert wird, möchte ich die für die österreichische Landwirtschaft wichtigen sachlichen Inhalte dieser 13. Zolltarifgesetz-Novelle in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen stellen und mich mit diesen etwas eingehender beschäftigen.

Es war ein besonderer Wunsch der Landwirtschaft, den Absatz ihrer Produkte in eige-

Stepancik

nen spezifischen Erzeugungssparten durch entsprechende Zollsätze zu schützen. Im einzelnen sollen die Zollsätze für den Import von Junghennen, Besatzforellen, von anderen Eiern als Hühnereiern und von Saatkartoffeln erhöht beziehungsweise neu eingeführt werden.

Eines möchte ich gleich zu Beginn klarstellen: Diese Neuregelung der Zollsätze dient keinesfalls der Erzielung höherer Einnahmen zugunsten des Finanzministers, sondern es ist einzig und allein beabsichtigt, durch die geplanten Maßnahmen heimischen landwirtschaftlichen Produktionszweigen, die teilweise im Aufbau begriffen sind, einen besonderen Schutz zu gewähren. Die erhöhten Zollsätze werden, wenn überhaupt, nur eine geringfügige Erhöhung des Abgabenaufkommens zur Folge haben, wovon ein Teil ja wieder für Ausgaben zur landwirtschaftlichen Absatzförderung zweckgebunden ist.

Gestatten Sie mir bitte, daß ich die einzelnen Schwerpunkte der Novelle sachlich beleuchte.

Die Anhebung des Zollsatzes für Junghennen von 2,80 S auf 9 S pro Kilogramm war seit längerer Zeit schon eine nachdrückliche Forderung der Vertreter der österreichischen Geflügelwirtschaft. Wir haben in Österreich eine sehr gute Junghennenproduktion, und es ist durchaus möglich, eine etwa 95prozentige Marktversorgung aufzubauen.

Die bisher niedrigen Zollsätze und damit verbunden die Billigimporte beeinträchtigen aber den Ausbau der heimischen Produktion. Dabei wäre doch mit diesem Produktionszweig die Schaffung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe gegeben, da hierfür weder ein großer finanzieller Aufwand noch ein großer Platzbedarf erforderlich ist.

Über die Importe in den Jahren 1978 bis einschließlich 1982 liegen genaue Aufzeichnungen vor. Damach wurden in diesen fünf Jahren insgesamt rund 1,245 Millionen Junghennen importiert. Somit ergibt sich, daß im Jahresdurchschnitt etwa 250 000 Jungtiere eingeführt wurden.

Durch den Ausbau der heimischen Produktion könnte dieser Jahresbedarf von der österreichischen Landwirtschaft ohne weiteres zusätzlich aufgebracht werden. Die Eigenproduktion von Junghennen hat übrigens auch eine Bedeutung hinsichtlich des Abbaus des Futtergetreideüberschusses.

Was der österreichischen Geflügelwirtschaft immer wieder Probleme bereitet, ist die unkontrollierte Einfuhr von Junghennen aus der Bundesrepublik Deutschland. Immer wenn in der Bundesrepublik aus irgendwelchen Gründen ein Überangebot vorhanden ist, wird dieses um jeden Preis an den Mann gebracht, und diese Junghennen kommen zum Teil dann eben auch nach Österreich und werden noch zusätzlich eingestellt. Zum Teil nimmt man auch einen gewissen Preisverfall in Kauf.

Rein theoretisch wäre die Eindämmung der Importe durch das Geflügelwirtschaftsgesetz über den sogenannten Schwellenpreis möglich. Der Schwellenpreis selbst stellt einen fiktiven Wert dar. Er ist die unterste Preisgrenze einer Ware. Unter diesem Preis kann eine Ware nicht eingeführt werden.

In der Praxis zeigt sich aber, daß vermutlich die Grenzwertfaktura auf den Schwellenpreis abgestimmt wird. Der Nachweis über einen Verkauf unter dem Schwellenpreis ist jedoch kaum zu erbringen. Die Erfassung der echten Einkaufspreise einer solchen Ware ist leider äußerst schwierig, und es ist sogar denkbar, daß überdies Preisvorteile durch höhere Einfuhrmengen, als tatsächlich angegeben, erzielt werden. Der Mindestausgleich kann nur zum Tragen kommen, wenn der Zolltarif angehoben wird. Und daher ist eine Novellierung des Zolltarifgesetzes notwendig.

Aufgrund der Gestehungskosten bei der Heranzucht von Junghennen wurde von den Vertretern der Geflügelwirtschaft beantragt, einen Zollsatz von 12 S pro Kilogramm festzulegen.

Nach eingehenden Beratungen im Beirat wurde im Einvernehmen mit den Sozialpartnern beschlossen, den bisherigen Zollsatz von 2,80 S auf den für alle gerade noch vertretbaren Betrag von 9 S anzuheben.

Zum Zollsatz für Forellen und forellenartige Fische ist zu berichten, daß es sich dabei um einen gänzlich neuen Zolltarif handelt. Die Einfuhr von Forellen und forellenartigen Fischen, die nicht länger als 20 cm sind, also sogenannte Besatzfische, war bisher gänzlich frei.

Mit dem Inkrafttreten der vorliegenden Gesetzesnovelle wird künftig für den Import solcher Besatzforellen ein Zollsatz in der Höhe von 1 500 S pro hundert Kilogramm vorgeschrieben. Damit bringt diese Bestimmung der 13. Zolltarifgesetz-Novelle einen Schutz

17388

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Stepancik

für die im Aufbau befindliche landwirtschaftliche Produktionssparte der Heranzucht von Besatzforellen. Bei diesem Produktionszweig handelt es sich um eine wenig arbeitsaufwendige zusätzliche Erwerbsmöglichkeit für landwirtschaftliche Klein- und Kleinstbetriebe.

Eine wesentliche Neuerung bringt die vorliegende Novelle letztlich auch bei den Zollsätzen für die Einfuhr von Kartoffeln. Bisher unterlagen alle Kartoffeln mit Ausnahme der Frühkartoffeln zeitlich gestaffelt einem GATT-Zollsatz von 21 S pro hundert Kilogramm.

Die Neuregelung sieht eine gesonderte Erfassung der Saatkartoffeln vor. Künftig soll für den Import von Saatkartoffeln der GATT-Zollsatz ganzjährig zur Anwendung kommen.

Autonom sieht die Gesetzesnovelle die Einführung eines Zollsatzes von 30 S pro hundert Kilogramm vor. Dieser Zollsatz kann allerdings erst nach der angestrebten Änderung des GATT voll wirksam werden. Als Saatkartoffeln sollen jene Kartoffeln gelten, die den einschlägigen Bestimmungen der Pflanzeinfuhrverordnung des Saatgutgesetzes entsprechen.

Diese Neuregelung erscheint gerechtfertigt und notwendig, da sich die Versorgungslage auf dem Sektor Saatkartoffeln seit Schaffung des Zolltarifgesetzes im Jahre 1958 grundlegend geändert hat. Es ist unbestritten, daß bei weiteren Importen in der bisherigen Höhe der Aufbau einer eigenen Saatkartoffelproduktion schon allein durch die Liberalisierung nach den Bestimmungen des Außenhandelsgesetzes und durch die Entwertung des Gewichtszolles stark gefährdet erscheint.

Der neue Zolltarif für Saatkartoffelimporte ist, so wie die Zollregelung für die Einfuhr von Junghennen, eine Kompromißlösung, stellt aber dennoch einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der heimischen Produktion dar. Die Ausweitung der Inlanderzeugung ist aus mehreren Gründen wünschenswert, besonders aber deshalb, weil hierfür neue Anbauflächen benötigt werden. Diese Flächen würden größtenteils der Getreidewirtschaft entzogen, und das könnte, wenn auch nur im bescheidenen Maße, positive Auswirkungen hinsichtlich der Eindämmung der Getreideüberschußproduktion zur Folge haben.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß mit den neuen Bestimmungen der 13. Zolltarifgesetz-Novelle einem, wie wir meinen, berechtigten Wunsch der österreichi-

schen Landwirtschaft Rechnung getragen wird und damit bei den genannten Produkten ein zusätzlicher Schutzeffekt gesichert ist.

Ich bin mir bewußt, daß diese Regelung manchen Bauernvertretern nicht ausreichend erscheinen wird und daß sie einen noch weitgehenderen Zollsatz verlangen werden. Das ist zwar werbewirksam, erscheint mir aber unrealistisch. Wir alle, meine Damen und Herren, wissen genau: Handelsverträge sind keine Einbahnstraßen, und Protektionismus wird zum Bumerang, wenn man selbst Überschußgüter produziert.

Darum ist es mir auch unverständlich, daß gegen die vom Landwirtschaftsminister getroffene Entscheidung, den Import von 97 000 Hektoliter Rotwein freizugeben, eine derartige Hetzkampagne inszeniert wurde. Die Weinbautreibenden wurden in unverantwortlicher Art und Weise durch Entstellung der gegebenen Tatsachen verhetzt und geradezu zur Rebellion aufgefordert.

Es ist doch eine unbestreitbare Tatsache, daß Österreich aufgrund der GATT-Verpflichtungen verhalten ist, einen Mindestimport von jährlich 180 000 Hektoliter Wein, davon 52 Prozent aus dem EG-Raum, zu gestatten. Wer diese Verpflichtung in Frage stellt, gefährdet den unbegrenzten österreichischen Weinexport in die EG.

Außerdem erscheint es mir lächerlich, die zum Import freigegebene Menge, die lediglich 2¼ Prozent der Vorjahres-Weinernte ausmacht, als Begründung für den Verfall der Weinpreise heranzuziehen.

Es muß aber auch bedacht werden, daß Österreich als Gegenleistung für die Weinimporte Exportkontingente für Milchprodukte und Nutzzüchter zugesichert wurden. Das müßten eigentlich die Bauernfunktionäre auch wissen. Sie müßten auch wissen, daß sie mit dem von ihnen verlangten Importstopp die laufenden Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft über eine Senkung der Flaschenweinzölle empfindlich stören.

Dieser Argumentation schließt sich übrigens auch die Bundeswirtschaftskammer an. Sie stellt fest, immer gegen die Weinimporte zu wettern sei überflüssig und unsachlich. Und sie sieht den wahren Grund für die Preis- und Absatzprobleme der österreichischen Weinhauer in einem zu großen Ausmaß der Weingartenflächen und der noch immer zu stark auf Menge ausgerichteten Produktion.

Stepančik

Auch die Bundeswirtschaftskammer warnt vor der Forderung nach einem Importstopp. Ihrer Meinung nach richtet sich diese Forderung gegen die Interessen der Weinbauern selbst, denn die EG-Verhandlungen über einen Abbau der Flaschenweinzölle seien nur deshalb ins Stocken geraten, weil man Österreich eine restriktive Importpolitik vorwirft.

Meine Damen und Herren! Mit Emotionen und Rebellion können die landwirtschaftlichen Probleme nicht gelöst werden. Nur Sachkenntnis, Verantwortungsbewußtsein und ehrliches Bemühen sind imstande, diese Probleme zu lösen. Aus dieser Erkenntnis wird meine Fraktion der vorliegenden Gesetzesnovelle gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Ich begrüße die im Hause erschienenen Herren Bundesminister, den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Kurt Steyrer und den Herrn Bundesminister für Verkehr Karl Lausecker. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich darf dem Herrn Bundesminister für Verkehr das Wort erteilen.

Bundesminister für Verkehr Lausecker: Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Ich habe Kenntnis davon erlangt, daß im Rahmen der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ein Entschließungsantrag eingebracht werden wird. Ich möchte, da es sich um aktuelle Ereignisse an Österreichs Grenzen und um die Blockadeereignisse der letzten Tage handelt, Ihnen daher kurz eine ergänzende Information geben.

Sie werden den Medien entnommen haben und Sie werden Kenntnis davon haben, daß seit gestern früh die Verkehrsbehinderungen in Auflösung begriffen sind, und sich die Verkehrsverhältnisse wieder normalisieren. Ich möchte bei guter Zeit sagen, daß die Bundesregierung seit geraumer Zeit eigentlich mit Schwerpunkt zu diesen Ereignissen tätig ist und daß, wenn Sie dann über einen Entschließungsantrag verhandeln werden, nicht der Eindruck entstehen soll, als ob diese Bundesregierung von irgend jemanden sozusagen des Zuspruches oder des Anstoßes bedürfe, in dieser Frage tätig zu werden.

Sie wissen, daß wir im Nationalrat anläßlich der Behandlung des dortigen Entschließungsantrages, der von allen drei Parlamentsparteien angenommen wurde, eine Erklärung von der Regierungsbank aus abgegeben haben — der Innenminister und auch ich —,

der zu entnehmen war, was zu diesem Zeitpunkt in dieser Frage auf nationaler und auf internationaler Ebene geschehen ist.

Wir haben in der Zeit seit der Nationalrats-sitzung am 23. Feber diese Bemühungen auf internationaler und auf nationaler Ebene intensiv fortgesetzt, und ich darf Ihnen sagen, daß der Herr Bundeskanzler selbst und daß wir im Zusammenwirken der betroffenen Regierungsmitglieder und der Interessenvertretungen — Präsident Benya, Präsident Sallinger, Generalsekretär Kehrer, Präsident Czettel — mit den Spitzen der Interessenvertretungen in dieser Frage unentwegt Kontakt gehabt haben.

Ich habe den italienischen Verkehrsminister im Sinne eines Anliegens Österreichs dringlichst gebeten, daß man in Italien das Gemeinwirtschaftliche Versandverfahren, dieses GVV-Verfahren, zur Anwendung bringen möge, weil Österreich nicht nur als ein Transitland, das die Last der Verkehre zu tragen hat, darunter zu leiden hat, daß es die Verkehre gibt, sondern weil Österreich weit über das Fuhrgewerbe und über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus auch ein eminentes Interesse daran hat, daß diese Verkehre an den Grenzen flüssig abgewickelt werden.

Wenn nun gesagt wird, man möge bei der italienischen Regierung darauf hinwirken, daß es zu der flüssigen Abfertigung kommt, dann kann darauf immer nur geantwortet werden, daß das ein kleiner Staat wie Österreich zwar immer wieder intensiv tun kann, daß es sich aber um ausländische Hoheitsbereiche handelt. Wir unmittelbar Berührten haben jedoch alle ein gleiches Interesse daran.

Ich darf Sie davon in Kenntnis setzen, daß ich mit meinen deutschen und meinen Schweizer Kollegen nicht nur ständig Kontakt habe, sondern daß wir am kommenden Sonntag über meine Einladung in Wien zusammenkommen werden, der Schweizer Bundesrat und derzeitige Bundespräsident Leon Schlumpf und der deutsche Verkehrsminister Dollinger. Wir werden gemeinsam beraten, wie wir die nötigen Schritte unternehmen können, eine dauerhafte Erleichterung zu erreichen, und wir werden natürlich auch gegenüber der italienischen Regierung in unseren Bemühungen nicht erlahmen.

Seit wir in der gestrigen Nacht in Innsbruck — der Herr Bundesrat Schwaiger war ja anwesend — stundenlange Gespräche geführt haben — der Herr Landeshauptmann

17390

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Bundesminister Lausecker

Wallnöfer und ich im Beisein des Generalsekretärs der Bundeswirtschaftskammer —, ist es uns gelungen, mit den österreichischen Vertretern der Fahrer und der Unternehmer dahin zu kommen, daß sie dafür eingetreten sind, daß diese Blockade beendet wird. Dann etwas später — Herr Kollege Schwaiger, ich weiß es nicht, ob Sie da auch noch anwesend waren — war es auf dem Brenner oben wesentlich ungemütlicher, als ich mit unseren österreichischen Kollegen auf den Brenner hinaufgegangen war und mich den Ausländern gestellt und ihnen gesagt hatte: Jetzt müßte ein Ende sein, denn Österreich hat große Geduld bewiesen und hat versucht, den betroffenen Fahrern auch wirklich diese schweren Stunden und Tage zu erleichtern, wo irgend es möglich war.

Ich möchte in dieser ernststen Situation den Eindruck vermitteln und dokumentieren, daß hier niemand irgendeinen Zuspruch von irgend jemandem braucht, um tätig zu werden, sondern daß wir wirklich alle in einem gemeinsamen Interesse tätig sind. Die Bundesregierung hat fürwahr so viel getan, daß es gelungen ist, die unmittelbaren Erscheinungen dieser Blockade zur Auflösung zu bringen.

Ich habe, seit wir, Gott sei Dank, feststellen können, daß die Verkehre wieder zu rollen begonnen haben, gestern mit unserem Botschafter in Rom noch einmal gesprochen, damit bei der italienischen Regierung Nachdruck auf die Anliegen, die Gegenstand meines Briefes an den italienischen Verkehrsminister gewesen sind, gelegt wird.

Wir haben Kenntnis davon erlangt, daß nächste Woche ein italienischer Staatssekretär des Außenministeriums in Wien sein wird. Ich werde diese Gelegenheit benützen, in dieser Sache weiter tätig zu bleiben.

Und ich habe heute Kenntnis davon erlangt, daß die EG nächste Woche am 6. März den schon in Rede gestandenen Lokalausweis in Österreich und an der Brennergrenze vornehmen werden. Selbstverständlich werden auch die österreichischen Behörden, das Finanzministerium als das für die Zollabfertigung zuständige Ressort und das Verkehrsministerium, durch die Beamten und durch die Experten an diesem Lokalausweis nicht nur teilnehmen, sondern mit den Vertretern der EG dort auch tätig sein, auf die italienische Seite einzuwirken, daß für die Zukunft diese Erscheinungen sich nicht wiederholen.

Ich möchte nur, um die Kirche im Dorf zu lassen, um eines bitten: Wir können hier in Österreich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln — das haben wir, der Herr Landeshauptmann und ich, im Kommuniké so formuliert —, mit den gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln auf nationaler und auf internationaler Ebene alles tun, um darauf hinzuwirken. Erzwingen kann es in Österreich niemand; das wissen Sie selbst auch. Erzwingen kann es niemand. Ich möchte das hinsichtlich der Rollenverteilung nur klarstellen, damit nicht durch besondere Aktivitäten, die immer wieder gesetzt werden, beim Fuhrgewerbe und bei den Fahrern draußen der Eindruck entsteht, daß es da eine Adresse bei der Regierung gibt, die das von sich aus machen kann. Wir können uns im Zusammenwirken mit der EG bei der italienischen Regierung nur dafür verwenden, daß diese Behinderungen sich nicht wiederholen, und wir können nur dokumentieren, wie stark unser Interesse ist. Ich werde sehr froh sein, wenn die rastlosen Bemühungen, die wir, die Regierung, Tag und Nacht in des Wortes wahrster Bedeutung — ich war gestern noch um Mitternacht am Brenner oben — fortsetzen, nicht nur den beständigen Zuspruch des Nationalrates, sondern auch jenen des Bundesrates finden werden.

Nur: Ich bitte Sie darum, daß Sie in hinreichender Klarheit zum Ausdruck bringen, daß hier niemand sozusagen zu einer Verstärkung der Bemühungen aufgefordert werden muß, die bisher unterlassen wurde, sondern daß die Einigkeit zum Ausdruck kommt, daß es sich um intensivste Anstrengungen handelt, bei denen sich Österreich in den Fraktionen des Nationalrates und des Bundesrates und mit den Interessenvertretungen ohnedies eins ist.

Darum wollte ich Sie bei guter Zeit und bevor Sie noch darüber im einzelnen verhandeln, wirklich gebeten haben, wenn wir im gemeinsamen österreichischen Interesse tätig werden wollen. *(Beifall bei der SPÖ und bei einigen Bundesräten der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Schwaiger. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dr. Schwaiger (ÖVP, Tirol): Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Ich bedanke mich zunächst für die Einleitung, die der Herr Verkehrsminister gemacht hat; auf Grund dessen kann ich mir eigentlich manches von meinen Ausführungen ersparen und

Dr. Schwaiger

kann mich kürzer fassen, als ich im Sinn gehabt habe.

Aber, Herr Bundesminister, eines muß ich Ihnen auch sagen: Nicht nur im Nationalrat kann ein Entschließungsantrag eingebracht werden, so viel Autonomie hat der Bundesrat auch. Dieses Recht lassen wir uns nicht ohne weiteres nehmen. Das nur zur Klarstellung. *(Bundesrat Köpf: Das hat niemand gesagt!)*

Darüber hinaus muß ich Ihnen sagen, daß der Entschließungsantrag eigentlich doch sehr solid gemacht worden ist *(Bundesrat Köpf: Das hat auch niemand gesagt!)*, und zwar dadurch, daß keine hinterhältigen Vorwürfe verpackt sind, sondern daß sein Inhalt so ist, daß Sie, Herr Bundesminister, sich auf diese Resolution zusätzlich noch berufen können. So ist mein Gedanke gewesen; Ihre Bedenken sind also an die falsche Adresse gegangen.

Und wenn Sie von uns auch noch einen zusätzlichen Impuls damit bekommen werden oder sollen, dann schadet es Ihnen auch nicht *(Heiterkeit bei der SPÖ)*, und ich bitte Sie, diesen Impuls dann mitzunehmen. Ich sage es in der Zwischenzeit den anderen Ministern.

Nun verlese ich den Entschließungsantrag der Bundesräte Schwaiger und Genossen betreffend unhaltbare Zustände bei der Zollabfertigung von LKWs an der italienischen Grenze.

Angesichts eines riesigen LKW-Rückstaus an den österreichischen Grenzen — vor allem am Brenner —, der durch eine Streik beziehungsweise durch den „Dienst nach Vorschrift“ seitens der italienischen Zöllner verursacht worden ist — Dienst nach Vorschrift möchte ich schon unter Anführungszeichen setzen, weil ich nicht glaube, daß der Dienst nach Vorschrift so auszulegen ist, daß man möglichst wenig tut —, faßte der Nationalrat am 23. Feber 1984 folgende Entschließung:

„Die von der Bundesregierung bereits ergriffenen Maßnahmen werden begrüßt, und die Bundesregierung wird ersucht, die Maßnahmen in verstärktem Ausmaß fortzusetzen, um den Straßenverkehr mit Italien wieder zu normalisieren und eine rasche Lösung der Problematik bei der Grenzabfertigung zu erreichen.“

Da aber — abgesehen von dieser krisenhaften Situation — die Zollabfertigung durch italienische Grenzorgane auch in normalen Zeiten zu Recht auf massive Kritik stößt, stellen

die unterfertigten Bundesräte folgenden

Entschließungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird dringend ersucht, bei der italienischen Regierung eine dauerhafte Beseitigung beziehungsweise Verringerung der Schwierigkeiten bei der Grenzabfertigung von LKWs an der österreichisch-italienischen Grenze zu erwirken.

Noch einige Erläuterungen zur Begründung. Im Jahre 1982 wurden 94mal — an 94 Tagen — LKWs am Brenner am Parkplatz in Nöblach angehalten; im Jahr 1983 wurden sie 104mal an diesem Parkplatz in Nöblach angehalten. Da muß man sich doch fragen: Ja wer soll denn da noch arbeiten können?

Und es ist ja nicht so bei der jetzigen Blockade, wie man liest, daß 1 000 oder 2 000 LKWs stehen. Es sind mindestens 10 000 LKWs, die nicht mehr von ihren Orten weggefahren sind, die in Stuttgart oder in Frankfurt oder in Hamburg oder sonstwo stehengeblieben sind. Es sind mindestens 10 000 LKWs, die stehengeblieben sind, nicht 1 000 oder 2 000, abgesehen von den Gütern, die natürlich da noch verderben.

Nun, wenn in der Begründung der Entschließung des Nationalrates auch schon enthalten ist, daß es in normalen Zeiten zu Blockaden kommt, dann ist es halt jetzt zum Ausbruch gekommen, weil die Fahrer einfach bis zur Weißglut gereizt wurden.

Darüber hinaus möchte ich noch etwas anbringen: die Widersprüchlichkeit, dies alles geschehe zum Schutz der Fahrer. Da kommt das Arbeitsinspektorat, sucht sich die Fahrtschreiber heraus, ob nicht einer von ihnen um eine halbe Stunde oder 20 Minuten zu viel gefahren ist, weil das zur Unsicherheit auf der Straße führt, also Unfallgefahr mit sich bringt. Da wird einen Monat lang überprüft; dabei kommt heraus, in soundso vielen Fällen ist dies und jenes passiert, und dann bekommt der Transportunternehmer eine Strafe.

Da frage ich mich schon: Wo ist und was tut das Arbeitsinspektorat, um diese armen Hunde am Brenner einmal zu schützen und zu sagen, daß es nicht so geht. Was ist denn gefährlicher: Ob einer eine halbe Stunde mehr oder weniger fährt oder ob er mit einer solchen Wut im Bauch mit 38 Tonnen am

17392

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Schwaiger

Brenner wegfährt oder ob er am Samstag mittag von Rosenheim zu schnell fährt, damit er noch das Fahrzeug bis zur Grenze bringt, weil er um 3 Uhr nicht mehr weiterfahren darf?

Das sind die Gefährdungen der Fahrer, und hier weiß das Arbeitsinspektorat kein Rezept. Am Samstag mittag, wenn kein Verkehr ist, wie etwa im Oktober und November und in der ersten Hälfte des Monats Dezember, soll man die Leute heimfahren lassen. Es ist unmenschlich, daß man ihnen verweigert, nach Hause zu fahren. Die halbe Stunde, die er von Innsbruck bis zum Brenner noch braucht, ist viel weniger gefährlich als die Wut, mit der die Leute andernfalls unterwegs sind.

Ich habe diese Anliegen schon vorgebracht, als der italienische Ministerpräsident Craxi und der Außenminister Andreotti in Österreich zu Besuch waren, und zwar habe ich das im Ausschußlokal IV getan; das war noch vor dieser Angelegenheit, es ist also nichts Neues.

Ich habe, so glaube ich, schon einmal erzählt, daß ein Fahrer von mir, der vor 15 Jahren von Ferrara nach Ostberlin unterwegs war — ich glaube, es waren 12 oder 14 Ladungen — gesagt hat: Na endlich, jetzt habe ich doch einmal eine Grenze kennengelernt, die noch schlimmer ist als der Brenner!, nämlich als er von Westberlin nach Ostberlin gefahren ist. Nach der dritten Fahrt hat er gesagt: Ich muß es zurücknehmen, die verfluchteste Grenze ist doch der Brenner.

Also so lange geht das schon. Und das ganze Geschwätz von der Eisenbahn, das hält nicht. Wenn bei 15 Millionen Tonnen 4 Millionen Tonnen auf der Bahn und 11 Millionen Tonnen auf der Straße befördert werden, dann wird das wohl einen Grund haben, und zwar den, daß die Bahn nicht in der Lage ist, das alleine zu bewerkstelligen.

Bewundern muß man diejenigen Leute, die vor 100 Jahren so weit vorausgeplant haben. Und 1 oder 2 oder 3 Millionen Tonnen zusätzlich im Jahr zu befördern, wäre die Bahn in ihrer Anlage sicherlich leicht in der Lage, und zwar dann, wenn es organisatorisch klappen würde. Aber leider ist dem nicht so, natürlich in erster Linie auf italienischer Seite nicht. Daß ein Eisenbahnwaggon von Innsbruck nach Mailand — das sind 350 Kilometer — zwei Wochen oder drei Wochen braucht, während ein Lastzug in acht Stunden unten ist, wenn man ihn am Brenner durchläßt, das ist doch unbegreiflich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Waggons werden nicht

ausgelastet; das ist auch ein Teil der Defizite der europäischen Bahnen, daß das rollende Material auf diese Weise nicht ausgenützt werden kann.

Nun hat man mit der Deutschland-Karte den Huckepackverkehr von München nach Hannover und von München nach Köln proibiert. In der einen Richtung dürfen die Fahrzeuge 3,80 Meter sein, in der anderen 4 Meter. Da muß die Zugmaschine mitfahren, und der Fahrer muß mitfahren, und dann muß er auf der gleichen Strecke mit dem Zug wieder zurückfahren, weil er sonst eine Deutschland-Karte braucht. Das ist also eine Bevorzugung der Bahn, wozu man da gezwungen wird, nämlich zu einer Umständlichkeit, die einen Haufen Geld kostet, obwohl die Bahn nicht einmal so teuer wäre, Herr Staatssekretär, aber derlei Umständlichkeit derpackt man nicht.

Ich war am Sonntag am Brenner und in Sterzing und habe mir da die Kolonne, die im Schnee steht, angeschaut. In Sterzing lag vielleicht 30 cm Schnee; Schneefahrbahnen gab es auf der Tiroler Seite bis nach Matrei. Wenn man die armen Teufel da sieht, dann kann man sich nur wundern, daß nicht mehr passiert. Unter einer Lawinenverbauung stehen vielleicht zehn polnische Fahrer. Die haben ein Feuer gemacht und sich die Hände gewärmt. Unser Rotes Kreuz wäre hinübergegangen, sie zu versorgen. Nur haben sie die Italiener nicht hinübergelassen. Jetzt hat man sie mit Kleinbussen auf die Tiroler Seite herübergeholt, hat sie gepflegt, ein Zelt aufgestellt. Infolge der großen Schneefälle mußte man das Zelt aber abbrechen, weil die Gefahr bestand, daß der Schnee das Zelt eindrückt. Jetzt hat man sie gepflegt, unten im Durchgang zum Bahnhof hin, in der Kälte natürlich. Daß sie ungeduldig waren, ist klar. Ich sage immer, ich könnte kein Fahrer sein, weil ich nie aus dem Zuchthaus käme.

Zu Minister Lausecker — ich war mit am Brenner — bin ich gar nicht hingekommen, so war er umringt. Aber mir war es recht, daß er oben war, daß er einen unmittelbaren Eindruck davon bekommen hat, wie explosiv die Stimmung ist.

Ich war bei der Krisensitzung in Kiefersfelden mit den Fahrern und habe versucht, das zu dämpfen. Ich habe den Leuten gesagt: Wie immer man reagiert in einer solchen Sache, wir können tun, was wir wollen, es ist alles falsch. Es sind ja nicht nur die italienischen Zöllner am Brenner schuld, sondern dies wird von irgendwoher ferngesteuert, von Leuten,

Dr. Schwaiger

die die jetzige Regierung stürzen wollen; und wenn sie die gestürzt haben, wollen sie die nächste stürzen. Das ist der wahre Hintergrund, der in keiner Zeitung steht. Ich weiß nicht, warum man das nicht sagt.

Daß die Macht der österreichischen Regierung beschränkt ist — wie das Minister Lausecker gesagt hat —, das habe ich den Fahrern auch immer gesagt. Ich habe ihnen gesagt: Ihr könnt nicht von uns verlangen, daß wir Wunder wirken. Außerdem glauben die Fahrer zu Recht der italienischen Regierung die Zusagen nicht mehr; ich auch nicht. Wie viele Zusagen haben wir schon früher gekriegt oder wieviel haben wir in Sachen Südtirol gekriegt, aber gehalten haben sie immer sehr wenig, wobei ich ihnen gar nicht immer den guten Willen absprechen möchte. Aber sie sind ja nicht in der Lage dazu. Italien ist ein Staat, der fast unregierbar ist. Da sind außerparlamentarische Kräfte und Kräfte außerhalb der Regierung am Werk, die einen solchen Druck ausüben, daß eine Regierung machtlos ist.

Ich glaube aber, daß die Internationalisierung jetzt mehr angestrebt werden muß, wofür sich nicht nur die österreichische Bundesregierung einsetzen soll, sondern auch der Gewerkschaftsbund auf internationaler Ebene. Auch die Arbeiterkammern hätten in der Sache etwas tun können.

In Kiefersfelden ist die Besprechung schiefgegangen, weil die Nachricht gekommen ist, daß eine italienische Regierungserklärung an die Zeitung gegeben worden sei, in der gesagt wurde, daß eben nur Wildgewordene — ich glaube, das hat der Minister gesagt — das gemacht hätten. Das löste natürlich Empörung aus. Eine zweite Nachricht, ein Fernschreiben in italienischer Sprache kam von der deutschen Botschaft. Ich habe jenen, die es überbracht haben, gesagt, sie sollen fragen, ob die deutsche Botschaft nicht Deutsch kann, weil sie es Italienisch bringen, es war auch vom italienischen Transportminister. Darin wurde auf *Donnerstag, auf heute, getröstet*; das hat auch Empörung ausgelöst.

Dann kam eine dritte Nachricht — ich bin von fünf Uhr abends bis zwölf Uhr bei denen gegessen —, daß das Zweite Deutsche Fernsehen eine halbe Stunde darüber berichtet und gesagt habe, endlich haben die Fernfahrer den Politikern einmal gezeigt, was sie versäumen und sie sollen von Europa nicht immer geseit reden, wenn sie nichts durchzusetzen in der Lage sind oder dies nicht wollen. Sie sollen einmal diesen europäischen Impuls der

Fernfahrer zur Kenntnis nehmen und entsprechend reagieren.

Es waren auch Bekannte von mir mit, die gewußt haben, daß ich im Europarat bin. Man hat mich aufgefordert, dem Präsidenten des Europarates Dr. Karl Ahrens ein Fernschreiben zu schicken, worin steht, was da besprochen worden ist. Das habe ich auch getan. Es waren dort Fernfahrer von Deutschland, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Griechenland, Österreich, Italien, ich glaube, von zehn oder zwölf Ländern.

Falsch ist, wenn man weiter streikt, denn damit hilft man diesen Rädelsführern in Rom, die ja alles zerstören und die die italienische Regierung stürzen wollen. Umso mehr Rückhalt bekommen sie, wenn man das am Brenner tut. Tut man nichts, sind wir erst recht die Bösen und die Feiglinge, und alles wird man uns dann heißen.

Man kann also, wenn man in diese Situation involviert ist, nur versuchen, einigermaßen die Leute zu beruhigen, daß sie nicht ganz explodieren. Diesbezüglich habe ich den Eindruck, daß der Verdacht Minister Lauseckers in die falsche Richtung gegangen ist.

Zuerst ist mit Genugtuung aufgenommen worden, daß die Italiener 800 Zollbeamte einstellen. Da habe ich den Fahrern gesagt: Ob die 800 oder 1 000 einstellen, ist ganz egal. Da streiken halt um 800 oder um 1 000 mehr. Wenn sie nicht wollen, ist ganz egal, wieviel oben sind.

Daß sie können, wenn sie wollen, haben sie bewiesen, weil manchmal die Grenzabfertigung ganz schnell geht. Wollen müssen sie. Und man muß auch sagen: Dürfen müssen sie. Denn daß die alle mit diesen Zuständen — auch die italienischen Zöllner — einverstanden sind, das glaube ich nicht. Es ist die Fernsteuerung — und das tut mir leid, daß es der Minister nicht mehr hört, ich habe es ihm wohl in Innsbruck schon in der Richtung angedeutet, aber es hätte ihm nicht geschadet, wenn er es da auch einmal gehört hätte.

Meine Damen und Herren! Vielleicht habe ich zu der Einleitung von Minister Lausecker im Zusammenhang mit dem Entschließungsantrag noch einige Aufklärungen geben können. Ich werde wohl annehmen dürfen, daß die Sozialisten diesem Antrag auch zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Na was denn, wenn wir schon eine ganze Woche lang darum rennen!)*

17394

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Dr. Schwaiger und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Weiters zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Müller. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dr. Müller (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Ausführungen des Herrn Bundesministers angehört oder die Entschließung des Nationalrates gelesen hat, kann man feststellen, daß die Bundesregierung gehandelt hat. Es ist auch festgestellt worden, daß das Land Tirol gehandelt hat.

Dein Entschließungsantrag, lieber Kollege Dr. Schwaiger, erweckt halt leider ein bißl den Eindruck, obwohl du gesagt hast, Hinterhältigkeit sei da überhaupt keine dabei, daß du uns damit schon irgendeinen „Tuck“ antun wolltest. Da ich mir aber nicht vorstellen kann, daß du das Land Tirol auch kritisieren willst, nehme ich an, daß der Text des Entschließungsantrages des Nationalrates eigentlich der ist, bei dem wir vielleicht größeren Konsens finden könnten. Wir werden — das als Antwort auf deine Frage — diese Entschließung unterstützen, weil die Sache gerechtfertigt ist.

Darf ich nur ganz kurz einen Hinweis auf die Verkehrssituation in Tirol geben. 80 Prozent des Fernlast-, Schwerlastverkehrs gehen durch unser Bundesland, und man kann sich gar nicht vorstellen — und das möchte ich sagen, damit wir Tiroler nicht immer als die Jammerer dastehen, die mehr Geld haben wollen, und so weiter —, wenn man sich das Inntal vergegenwärtigt, wenn man sich das Wipptal anschaut, welch enorme Belastung der Umwelt hier gegeben ist.

In diesem Zusammenhang — ich sage dies, weil der Gesundheitsminister auch da ist — wissen wir auch um die Bedeutung dieses neugeschaffenen Umweltfonds, weil jeder Beitrag zur Senkung der Umweltbelastung im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr, im Zusammenhang mit den Industrieemissionen und so weiter für uns von größter Bedeutung ist.

Wir werden gemeinsam eine Politik machen müssen, daß wir nicht das Durchhaus Europas werden, wo sich die anderen die Hände reiben und sagen: Die Österreicher lassen sowieso praktisch ohne größeren Widerstand alles durch.

Ich glaube, über eines wird man noch diskutieren müssen: Die Schiene muß gestärkt werden. Ich sehe keine andere Alternative, als daß man hergeht und nach den Gründen sucht. Ein Grund ist ja von Herrn Bundesrat Schwaiger genannt worden, nämlich daß im organisatorischen Bereich — und das muß festgehalten werden — außerhalb Österreichs hier manche Schuld zu suchen ist.

Voller Stolz, glaube ich, kann man das eine sagen: daß doch trotz gelegentlicher unnötiger Diffamierungen der Schiene in Tirol zumindest ein weitgehend gemeinsamer Wille zum Ausbau der Schiene vorhanden ist. Immerhin ist hier der erste Staatsvertrag mit dem Bund zum Ausbau des Nahverkehrs und des Verkehrs in den Ballungsräumen geschaffen worden. Ich möchte dazu sagen, daß man diesen Aspekt noch einmal kritisch prüfen müßte.

Ich möchte namens der Fraktion erklären, daß wir diesen Entschließungsantrag unterstützen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Zu einer Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Dr. Schwaiger gemeldet. Ich erteile das Wort.

Bundesrat Dr. Schwaiger (ÖVP, Tirol): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Was Dr. Lothar Müller angeschnitten hat, den Ausbau der Bahn, bin ich ganz seiner Meinung. Aber wir können nicht so lang warten, weil der Verkehr laufend zunimmt.

Außerdem möchte ich noch ein Argument hinzufügen, Lothar, daß man die Sache nicht so einseitig vom Verkehrsstandpunkt aus betrachten darf. Würde man sofort plötzlich zumachen, würde das auf lange Sicht bedeuten, daß es Hunderttausende, vielleicht Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland gäbe. Mit Arbeitslosen wird man die österreichischen Hotels auch nicht füllen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen. Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der

Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Wir kommen zur Abstimmung über den von den Bundesräten Dr. Schwaiger und Genossen eingebrachten Entschließungsantrag betreffend unhaltbare Zustände bei der Zollabfertigung von Lastkraftwagen an der italienischen Grenze.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Handzeichen. — Dies ist Stimmeneinhelligkeit. Der Entschließungsantrag ist somit angenommen.

3. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984 über eine Vierzehnte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (2807 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Vierzehnte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Margaretha Obenaus. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Margaretha Obenaus: Hoher Bundesrat! Tunesien gehört dem GATT als vorläufiges Mitglied auf Grund einer Deklaration vom November 1959 an. Die tunesische Regierung berief sich dann auf die Notwendigkeit, gewisse wirtschaftliche und soziale Reformen zu Ende zu führen, und ersuchte um Verlängerung der vorläufigen Mitgliedschaft. Diesem Ersuchen entsprachen die Vertragsparteien erstmals am 9. Dezember 1961 durch eine entsprechende Niederschrift, wodurch die Gültigkeit der vorläufigen Mitgliedschaft Tunesiens zunächst bis zum 31. Dezember 1963 verlängert wurde. In der Folge erfolgten neuerliche Verlängerungen, und der gegenständliche Staatsvertrag sieht nunmehr eine weitere Verlängerung bis zum 31. Dezember 1983 vor.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Staatsvertrages die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 28. Feber 1984 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 22. Feber 1984 über eine Vierzehnte Niederschrift (Procès-Verbal) betreffend die Verlängerung der Deklaration über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

4. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz und das Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin geändert werden (2804 und 2808 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz und das Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin geändert werden.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Haas. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Haas: Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geht von dem Grundsatz aus, daß Ausländer an österreichischen Universitäten und Hochschulen als ordentliche Hörer inskribieren können, wenn ihnen dies auch an den Hochschulen ihres Landes möglich wäre.

Von diesem Grundsatz gibt es einige Ausnahmen im Interesse der in Österreich ansässigen Ausländer. Dabei wurde bisher als Kriterium die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht des Studierenden beziehungsweise der

17396

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Haas

Unterhaltungspflichten der Studierenden verwendet.

Da bereits durch einen Nebenwohnsitz eine solche Steuerpflicht gegeben ist, sieht der gegenständliche Gesetzesbeschluß vor, daß zusätzlich der Mittelpunkt der Lebensinteressen des Ausländers in Österreich liegen muß. Die derzeitige Regelung, wonach Ausländer (Staatenlose) den Inländern gleichgestellt sind, die ein Stipendium aus Mitteln einer österreichischen Gebietskörperschaft oder einer anderen österreichischen Körperschaft öffentlichen Rechts erhalten, soll durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß dahingehend geändert werden, daß nur mehr Stipendien von Gebietskörperschaften maßgeblich sein sollen. Der Gesetzesbeschluß sieht jedoch vor, daß Ausländer den Inländern gleichgestellt werden, wenn der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung über deren Antrag oder auf Antrag einer österreichischen Körperschaft öffentlichen Rechts bestätigt, daß ein besonderes Interesse Österreichs oder ein humanitäres Interesse an ihrer Zulassung zum Studium vorliegt.

Weiters enthält der gegenständliche Gesetzesbeschluß eine Ausweitung jener Gründe, bei denen trotz zweijähriger Studienunterbrechung eine Immatrikulation nicht erlischt, und soll die grundsätzliche Möglichkeit des Überschneidens von Studienabschnitten schaffen.

Während die Reprobationsfrist, nach deren Ablauf nicht bestandene Prüfungen beziehungsweise nicht approbierte wissenschaftliche Arbeiten frühestens wiederholt beziehungsweise neu eingereicht werden dürfen, bisher maximal ein Jahr betragen konnte, sieht der vorliegende Gesetzesbeschluß vor, daß nunmehr diese Frist bei Prüfungen und Diplomarbeiten höchstens sechs Monate betragen darf und nur für Dissertationen höchstens eine einjährige Frist zur Neueinrichtung festgesetzt werden darf. Bei der Festsetzung der konkreten Reprobationsfrist für den Studierenden sollen dabei künftig die Gründe für das Nichtbestehen einer Prüfung beziehungsweise für die Nichtannahme einer wissenschaftlichen Arbeit berücksichtigt werden. Weiters soll die Regelung, daß abgelegte Teilprüfungen wiederholt werden müssen, wenn drei Semester verstrichen sind, ersatzlos gestrichen werden.

Das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz sieht vor, daß die Immatrikulation grundsätzlich erlischt, wenn der ordentliche Hörer seine Studien länger als zwei Semester unter-

bricht, ohne beurlaubt oder behindert zu sein. Der vorliegende Gesetzesbeschluß sieht nun eine Ausweitung jener Gründe vor, bei denen trotz einer länger als zwei Semester dauernden Studienunterbrechung keine Exmatrikulation eintritt.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 28. Feber 1984 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den **A n t r a g**, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Natioanrates vom 23. Feber 1984 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz und das Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat DDr. Stepantschitz. Ich erteile dieses.

Bundesrat DDr. **Stepantschitz** (ÖVP, Steiermark): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Es ist ein ganz einfacher Gesetzentwurf, und doch steckt sehr viel dahinter. Ich darf gleich sagen, wir werden selbstverständlich zustimmen, weil er notwendig ist. Er ist leider notwendig.

Unsere Hochschulen sind überfüllt, in ganz Europa haben wir ähnliche Verhältnisse. Bei uns in Österreich werden etwa 20 Prozent unserer Jugendlichen ihre Ausbildung mit der Matura vorläufig abschließen. Jeder fünfte Einwohner Österreichs wird also Maturant sein, und die größere Zahl jener, die die Matura hinter sich gebracht haben, will auch auf die Hochschule. Das schafft nun völlig neue Verhältnisse, und das überfordert natürlich auch akut unsere Hochschulen, die nicht mit einem so großen Angebot aufwarten können, um allen das Studium wirklich zu ermöglichen.

Wir müssen also verhindern, daß die zuwenig gewordenen Plätze von Ausländern eingenommen werden. Wir tun das, bitte, sicher alle nicht gerne.

Ich darf hier nur zwei Gedanken anmerken.

Das erste: Ich glaube, man muß die Rich-

DDr. Stepantschitz

tung der Ausbildung in Österreich überdenken. Wir sollen sicher nicht verhindern, daß sich das Bildungsniveau hebt. Man muß sich nur überlegen, in welche Richtung. In der Steiermark haben wir bereits jetzt in jeder Bezirksstadt eine Mittelschule — das ist gut und recht. Ich weiß nur nicht, ob es gut und recht ist, daß es sich vorwiegend um musisch-pädagogische Mittelschulen handelt, denn es können sich nicht alle unsere jungen Menschen musisch oder pädagogisch betätigen.

Ich glaube, es wird zuwenig Wert darauf gelegt, daß wir auch in jene Richtungen vorstoßen müssen, wo es heute merkwürdigerweise noch einen Unterbedarf gibt, nämlich bei der Technik. Sie ist bei der Jugend derzeit nicht sehr beliebt, sie ist in Mißkredit gebracht worden durch die übertriebene Betonung des Umweltschutzes. Bei den jungen Menschen ist eine gewisse Angst vorhanden, sie werden mit gewissen Problemen nicht fertig. Dennoch: Wir brauchen die Entwicklung, wir brauchen die Technik immer mehr, denn wir kommen ins Computerzeitalter, ob wir das wollen oder nicht, und wir brauchen Menschen, die dieses Fach beherrschen. Ich glaube, es ist zu überdenken, ob man nicht die Ausbildung unserer Jugend in dieser Richtung doch etwas besser beeinflussen könnte.

Das Zweite: Ich glaube, es ist nicht unbedingt notwendig, daß jeder, der Matura hat, sofort einen Maturantenposten kriegt — er kriegt ihn sowieso nicht mehr. Es ist auch nicht unbedingt notwendig, daß jeder Akademiker gleich mit einem A-Posten beginnt. Wir haben in Graz derzeit einen Wachebeamten, der Doctor juris ist. Er macht seinen Dienst sehr gut und ist bei seinen Kollegen beliebt.

Das ist nicht etwas, das man primär anstreben soll, aber das ist etwas, was man auch zur Kenntnis nehmen kann. Es wird leider auch — wir haben das letztmal darüber gesprochen, Herr Minister — nicht jeder Arzt gleich als Arzt tätig sein können. Ich will auf dieses Problem heute nicht näher eingehen, das haben wir das letztmal schon getan, und es besteht ja hier auch kein Widerspruch. Man wird also in gewissen Richtungen auch dafür Sorge tragen müssen, daß gebildete Menschen auch Berufe ergreifen, für die diese Bildung nicht primär Voraussetzung ist, was aber keineswegs schadet, wenn wir auf diese Art das Gesamtniveau unserer Bevölkerung heben.

Und nun noch eine kurze Anmerkung die Ausländer betreffend. Wir wissen, was die Hochschulen Österreichs in der Monarchie

bedeutet haben. Ich war vor drei Wochen erst auf einem offiziellen Besuch in Jugoslawien und habe dort Fakultäten besucht: Es kam immer wieder die Erinnerung daran und auch der Wunsch nach mehr Kontakt zum Ausdruck. Man kann über die Hochschulen sehr wohl auch noch gesellschaftspolitisch hinauswirken, man kann sehr wohl auch weiterhelfen. Die Mediziner tun das, die Techniker tun das, andere Fakultäten auch. Ich darf an die Rechtsverhältnisse am Balkan erinnern, die weitgehend noch von der Rechtsphilosophie auf österreichischen Hochschulen geprägt sind. Wir sollten das nach Möglichkeit weiterpflegen. Vermehrter Studienaustausch und auch nachdenken darüber — und das ist jetzt meine Bitte an Sie, Herr Minister; ich weiß, das ist eine Bitte, die Sie heute oder morgen nicht erfüllen können, aber nachdenken müssen wir —, wie wir in Zukunft trotz dieser Verhältnisse Ausländern wieder ein Studium in Österreich ermöglichen. Das ist eine Kapitalbildung auf geistigem Gebiet, aber es zahlt sich letztlich auch wirtschaftlich aus.

Meine Damen und Herren! Das, was man so mit einem schlechten Wort als Bildungsexplosion bezeichnet, ist etwas, das uns sehr viele Probleme schafft, aber es liegt, glaube ich, auch eine sehr, sehr große Chance darin. Nehmen wir diese Chance wahr! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck: Zum Wort gemeldet hat sich weiters Herr Bundesrat Dr. Bösch. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. Bösch (SPÖ, Vorarlberg): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Die heute zur Debatte stehende Novelle zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz hat im wesentlichen drei Zielsetzungen: Sie soll Fragen im Zusammenhang mit der Exmatrikulation, die Fristen bei der Ablegung von Prüfungen und vor allem die Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Studenten an den österreichischen Hochschulen neu fassen. Dies ist notwendig geworden, da, wie Sie alle wissen, die europäischen Nachbarstaaten zunehmend zu Studienbeschränkungen greifen und die Studienwilligen in diesen Ländern dann nach Österreich ausweichen, um hier ihre gewünschten Studien zu absolvieren. Dieser Studienaustausch ist an sich zu begrüßen. Mein Vorredner hat ja bereits darauf hingewiesen, wie notwendig er ist, ich kann mir daher weitere Ausführungen darüber ersparen.

Nach unserer Rechtslage ist es bekanntlich

17398

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Bösch

so, daß Ausländer grundsätzlich an einer österreichischen Universität studieren können, wenn sie dies auch in ihrem Heimatland könnten, ihnen also nicht im konkreten der Numerus clausus oder andere Beschränkungen dort entgegenstehen würden. Und von dieser Bestimmung gibt es, wie meistens in der Rechtsordnung, eine ganze Liste von Ausnahmen, von den Ausländern her gesehen Begünstigungen. Und eine Erscheinung, die immer weiter um sich greift, ist, daß diese Begünstigungen Personen in Anspruch nehmen, für die sie eigentlich nicht geschaffen worden sind. So bot oder bietet vor allem noch der § 7 Abs. 11 des Gesetzes eine relativ niedere Hürde bei der Beschaffung einer Studienberechtigung, da er lediglich auf eine fünf Jahre dauernde unbeschränkte Steuerpflicht des Ausländers abstellt und diese Steuerpflicht ja schon durch eine Ferienwohnung, durch einen Nebenwohnsitz oder durch ein inländisches Grundstück begründet wird.

Nun soll weiter dadurch eingeschränkt werden, daß dieser Ausländer auch durch fünf Jahre den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen in Österreich gehabt haben muß. Dabei handelt es sich bekanntlich um einen engeren Begriff, der ausjudiziert ist und sich auch in anderen Gesetzen findet, sodaß hierbei keine größeren Auslegungsschwierigkeiten auftreten sollten.

Eine weitere Umgehungsmöglichkeit bot die lit. g des Abs. 11, nach der Ausländer den Inländern auch dann gleichgestellt sind, wenn sie aus Mitteln einer österreichischen Gebietskörperschaft oder einer anderen Körperschaft öffentlichen Rechts — darunter sind vor allem die Kammern gemeint — ein Stipendium für ein Studium an einer Hochschule erhalten haben. Diese Gleichstellung Inländer-Ausländer soll nunmehr nur durch ein Stipendium einer österreichischen Gebietskörperschaft — sprich: Bund, Land oder Gemeinde — hergestellt werden.

Ein Diskussionsstoff, der offensichtlich zwischen den Fraktionen beigelegt ist — jedenfalls hat mein Vorredner darauf nicht Bezug genommen — ist die Frage der Zuständigkeit bei einer weiteren Ausnahmebestimmung, und zwar soll der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auch bei Nichtvorliegen dieser Bestimmungen trotzdem eine Zulassung zum Studium an einer österreichischen Hochschule aussprechen können, wenn dies auf staatspolitische oder humanitäre Gründe zurückzuführen ist. Die Vertreter der ÖVP im Nationalrat wollten dafür eine Zuständigkeit des einzelnen Rektors, was, glaube ich, eine

eher sachfremde Regelung dargestellt hätte, da sich ja die Hochschulautonomie, auf die da Bezug genommen wurde, wohl mehr auf die Lehre und die Wissenschaft bezieht als auf organisatorische Fragen hinsichtlich der Zulassung von Studenten. Dieses Thema ist aber nun aus der Welt geschafft, und das kommt auch in dem zu erwartenden einstimmigen Beschluß heute zum Ausdruck.

In der Debatte zum Hochschulrecht sollte man auch einige Feststellungen treffen — sie sind heute bereits angeklungen —, die Frage, ob wir zuviel Akademiker haben. Die Frage, ob zuwenig, erübrigt sich, glaube ich. (*Bundesrat Ing. Nigl: Zuwenig!*) Ja, regional stimmt das. Da muß ich Ihnen völlig recht geben. Es gibt in Österreich Regionen, in denen es zuwenig Akademiker gibt. Hiezu zählt auch das Bundesland, aus dem ich stamme, dort ist die Zahl weit unter dem österreichischen Durchschnitt. Das liegt aber sicher nicht an der räumlichen Distanz zur nächstgelegenen Innsbrucker Universität, die eben doch noch besteht und deren Überwindung mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Von einem Studium in Wien möchte ich gar nicht sprechen.

Man soll aber die akademische Bildung nicht nur am zukünftigen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt messen, sondern die Anhebung des Bildungsniveaus generell als Wert an sich betrachten. Die Bildungs- und Wissenschaftspolitik soll nicht einem kurzfristigen Meinungswechsel, wie er in der öffentlichen Meinung immer wieder auftritt, geopfert beziehungsweise nach diesen Maßstäben ausgerichtet werden.

Die Frage des Numerus clausus stellt sich bei uns nicht. Das wäre, glaube ich, doch eine sehr erhebliche Einschränkung des Rechts auf Berufsausbildung, des Rechts auf freie Berufswahl. Bis heute ist es uns gelungen, dankenswerterweise gelungen, diese Maßnahme zu verhindern, wenn sich auch unsere österreichischen Hochschulen sicher regional oder sektoral mit einer großen Studentenzahl abfinden müssen.

Und was die Fragen des Arbeitsmarktes für Akademiker betrifft, ist ihre Arbeitslosenrate noch immer wesentlich niedriger als der gesamtösterreichische Durchschnitt. Auch daraus dürfte sich zeigen, daß sich die Absolvierung eines Studiums eben doch noch lohnt, wenn auch damit nicht mehr — wie bereits mein Vorredner angeführt hat — automatisch der Einstieg in eine bestimmte Berufslaufbahn, zumindest am Anfang, verbunden ist.

Dr. Bösch

Vielleicht ist auch das ein Beitrag zur Mobilität in unserer Gesellschaft.

Auf die heutige Diskussion hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Freiheitsrechte, Durchsetzungsrechte des Staates möchte ich nicht mehr eingehen, um nicht neuerlich eine Emotionalisierung zu erreichen und mich nicht der Gefahr auszusetzen, gemahnt zu werden, daß ich nur zur Sache sprechen soll, wie dies einer der Vorsitzenden einem Vorredner bereits angekündigt hat.

Aber ich glaube, daß gerade in allen diesen Fragen die Rechtswissenschaft und damit auch ein Teil der Universitäten eine große Aufgabe zu erfüllen hat. Sie wird oft nicht beachtet, sie führt als trockene Jurisprudenz ein Schattendasein. Aber in Fällen wie dem jüngst stattgefundenen und heute morgen abgehandelten Fall zeigt sich doch, wie wichtig und wie fein eine Rechtsordnung ausgearbeitet sein muß, um diesen Widerpart, dieses Gegenüber von Staat und dem einzelnen in einem Maße zu regeln, daß sich beide gerecht behandelt fühlen. Es wird dies ein ständiger Prozeß sein. Aber zur Lösung dieser Problematik sind nicht nur die einzelnen Fahnungsbeamten und das zuständige Ministerium, sondern ist auch, glaube ich, die Rechtsordnung an sich aufgerufen.

Damit komme ich bereits zum Schluß. Die vorgeschlagenen Änderungen im Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz sind bedeutende Neuerungen im Bereich studienrechtlicher Bestimmungen, und meine Fraktion wird ihnen daher selbstverständlich gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ und bei Bundesräten der ÖVP.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Dr. Schambeck**: Zum Wort hat sich gemeldet Herr Bundesrat Raab. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Raab (ÖVP, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Minister! Hoher Bundesrat! Geschätzte Damen und Herren! Anlaß zu dieser Gesetzesnovelle bildet also die Regelung über die Zulassung ausländischer Studenten zum Studium an unseren österreichischen Hochschulen. Umgehungsversuche waren vorhanden. Man hat sie gesucht, man hat sie gefunden und dementsprechend auch ausgenützt. Nun sollen also Umgehungsmöglichkeiten verhindert beziehungsweise beschränkt werden.

Eine Ausnahmeregelung ist in dieser Novelle mit eingebaut, nämlich für die Zulassung aus staatspolitischem und humanitärem

Interesse, wie Herr Bundesrat Bösch ausgeführt hat. Darüber bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, vor allem mit der ÖVP, weil wir meinten, daß die Kompetenzen nicht zur letztentscheidenden Stelle hin verlagert werden dürfen, zum Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Daher haben wir die Zustimmung nicht gegeben, wohl dann aber in der dritten Lesung zugestimmt.

Nun, alle Regelungen, die auf eine zeitgerechte Absolvierung der Studien und Prüfungen hinzielen, haben wir selbstverständlich unterstützt.

Eine Diskussion, die auch gelaufen ist im Zusammenhang mit dem Ausfall an Studenten, die sogenannte Drop-out-Quote, die bei 50 Prozent liegt, hat zur Überlegung Anlaß gegeben, ob nicht doch eine Einführungsstudienphase eingeführt werden sollte.

Und nun zum Grundsätzlichen, zur österreichischen Bildungspolitik und Hochschulpolitik, wenn Sie wollen.

Eine offene Universität ist die Voraussetzung für die Entwicklung von Fortschritt, Wissenschaft und Forschung und vor allem auch der wissenschaftlichen Lehre. Diese Erkenntnis schließt die Notwendigkeit des internationalen Studentenaustausches an unseren Universitäten mit ein.

Die Tore zu den Universitäten öffneten sich ja bekanntlich mit dem Schulgesetzwerk 1962/66. Damals wurde der Grundstein gelegt zur Schaffung von Oberstufenformen an allgemeinbildenden höheren Schulen und an berufsbildenden höheren Schulen. Die Abgänger dieser Schulformen haben praktisch die Tore zu unseren Universitäten mit den Füßen eingetreten. Waren im Jahre 1970 an den allgemeinbildenden höheren Schulen noch 10 153 Abgänger, so haben sie sich 1983 bereits auf 16 488 Maturanten belaufen. Interessant ist der Vergleich mit den berufsbildenden höheren Schulen: Im Jahre 1970 gab es an ihnen 3 884 Maturanten, 1983 waren es 13 429. Die Zahl der Maturanten ist von 14 462 im Jahre 1970 auf 30 398 im Jahre 1983 angewachsen, das ist praktisch eine Verdoppelung.

Und genau dieselbe Verdoppelung sehen wir an unseren Universitäten. Wir hatten 1973/74 an den österreichischen Universitäten 70 878 inländische und ausländische Hörer, zehn Jahre später, im Wintersemester 1983/84, waren es 144 000, das ist also ebenfalls eine Steigerung um 100 Prozent.

1389

17400

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Raab

20 000 Studierende haben im Winter 1983/84 ihre Studien an den 18 österreichischen Universitäten neu begonnen. Schätzungsweise zwei Drittel aller Abgänger an allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden mittleren Schulen beginnen also ein Studium. Die Ausfallquote ist allerdings sehr hoch.

Ziel der österreichischen Bildungspolitik ist also der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen für alle Interessierte, Begabungsbefähigte und Bildungswillige.

In der vorhandenen Novelle geht es um Gleichstellung von ausländischen und inländischen Studenten. Wir bekennen uns zu dieser Weltoffenheit und sprechen von Studienbeschränkung nur dann, wenn die Studienplätze für unsere eigenen Studierenden zu knapp werden.

Tatsächlich liegt aber die Zahl der ausländischen Studierenden bei 10 Prozent, in den Studienrichtungen Medizin, Technik und Bodenkultur höher als in den anderen Studienrichtungen. Ein Vergleich: Im Jahre 1970/71 gab es insgesamt 51 276 Hörer, davon inländische 43 122, ausländische 8 154, das sind 11,96 Prozent. Ich sage die Prozentzahl bewußt, denn beim Vergleich sieht man die Wahrheit am ehesten.

Nun, 1982/83 studierten insgesamt 128 970 Hörer, und zwar 117 306 inländische und 11 664 ausländische, das sind 9,04 Prozent. Bei den ausländischen Hörern ist also an unseren Universitäten innerhalb der zehn letzten Jahre eine Verminderung um 2,92 Prozent festzustellen.

Die Beratung über die Gleichstellung der ausländischen und der inländischen Hörer oder Studienwerber beziehungsweise die Diskussion um die Ausschaltung von Mißständen braucht aber einen weit größeren Rahmen als den Blick auf den Engpaß an Studienplätzen in unseren Universitäten. Die Beratung darf sich nicht allein an einem Mißbrauch oder an einigen Mißbräuchen orientieren. Wissenschaft, Forschung und Lehre brauchen das Moment der Freizügigkeit. Zur Freizügigkeit gehört, daß das Studium durch staatliche Grenzen nicht eingengt wird. Die richtige verstandene geistige Liberalität, die Beweglichkeit, der unverzichtbare Austausch wissenschaftlicher Leistungen und Informationen auf allen Ebenen ist zu erhalten. Wir dürfen uns nicht in die Enge des akademischen Protektionismus begeben, der heute in vielen Staaten spürbar ist und die Ausbildung der studierenden Jugend nur mehr als Aufgabe

zugunsten der eigenen Staatsbürger sieht. Wo es den studierenden jungen Menschen praktisch verwehrt ist, außerhalb des Landes einen Studienplatz zu finden, dort nimmt auch der Provinzialismus an den Universitäten zu. Wissenschaft und Forschung entwickeln sich dadurch, daß ein starker Austausch erfolgt. Es genügt nicht der Austausch der Professoren und Dozenten; auch Studierende müssen in jeder Form in Austausch, Überstaatlichkeit und Grenzüberschreitung mitbezogen werden.

Auch diese Regelung sollte überdacht werden, ob es gerecht und sachlich ist, die ausländischen Studenten nur zu einem Studium zuzulassen, zu denen sie in ihrer Heimat studienberechtigt sind oder wären. Wie soll ein Ausländer die Chance haben, ein Fach zu studieren, das es in seiner eigenen Heimat gar nicht gibt und zu dem er sich dort auch gar nicht qualifizieren kann?

Die Ausbildung an einer österreichischen Universität kann ein wichtiger — und das wurde ja von beiden Vorrednern gesagt — politischer Faktor sein, ein gesellschaftspolitischer Faktor sein. Wir gewinnen Freunde. Ein solcher Export österreichischer Ausbildung und Forschung ist oft von größerem Nutzen als der Export vieler Güter.

Das besondere Verhältnis der österreichischen Universitäten zu den deutschen Universitäten liegt mir als Grenzlandbewohner ganz besonders am Herzen. Wie bedeutungsvoll die Durchlässigkeit einer Grenze ist, weiß ich sehr genau im Hinblick auf die Bayern-Pendler, auf die Grenzpendler. Viele Tausende finden drüben im Nachbarland auch einen Arbeitsplatz.

Der befruchtende Austausch zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland im akademischen Bereich sollte nicht den gegenwärtigen Problemen des Studienberges und des Numerus clausus geopfert werden. Man sollte vielen deutschen Studenten die Chance geben, wenn sie eine besondere nachweisbare Identifikation mit dem österreichischen Lebensraum auf wirtschaftlicher, familiärer und kultureller Ebene vorweisen, und sie zum Studium zulassen. Es könnte die Gegenforderung ausgesprochen werden, die deutschen Hochschulen mehr für österreichische Studenten zu öffnen.

Ein Blick über das Jahrzehnt hinaus zeigt, daß in absehbarer Zeit die Universitäten Mitteleuropas nicht mehr durch Studierende ausgelastet sein werden. Nach einem Kampf um

Raab

Studienplätze wird bald der Kampf um Studierende beginnen. Was heute angesichts der Überfüllung beraten wird, muß sich in völlig geänderter Situation erst einmal bewähren.

Ich plädiere zugunsten der Wissenschaft und Forschung an österreichischen Universitäten zu großzügigen Regelungen für die ausländischen Studenten. Es wird niemals Regelungen geben, die jeden Mißbrauch und jede Umgehung ausschließen und verhindern. Mißbrauch soll auch nicht der Wegbereiter sein für akademischen Protektionismus und Provinzialismus.

Wissenschaft und Forschung brauchen ein Höchstmaß an Freiheit, Kommunikation, Austauschbarkeit und gegenseitiger Herausforderung. Wer die österreichischen Universitäten möglichst offenhält, der tut Entscheidendes für die Zukunft und für die Qualifikation unserer Jugend. Die Statistik weist eine Abnahme an ausländischen Studenten auf um 2,92 Prozent, und das ist sicher ein Signal und ein Zeichen.

Nach der vorliegenden Novelle können an den österreichischen Universitäten ohne Beschränkung Ausländer studieren, wenn der Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen in Österreich liegt, wenn die Unterhaltungspflichten im Jahr vor der Bewerbung als Kriterium gegeben sind, ferner Ausländer, die ein Stipendium von österreichischen Gebietskörperschaften erhalten.

Die Feststellung berücksichtigungswürdiger Interessen der österreichischen Republik oder humanitärer Interessen für die Zulassung, also die Handhabung dieser Ausnahmebestimmungen, die Erteilung der Einzelgenehmigungen, die Gewährung dieser Begünstigung — oder wie immer wir es nennen wollen —, fällt dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung zu.

Die Österreichische Volkspartei wollte diese Kompetenz den Rektoren der Universitäten überlassen, und dies nicht ohne Grund: Die Entscheidung über die Zulassung, über die Ausnahmen, über die Begünstigungen kann ja nicht ausschließlich eine politische Entscheidung sein, sondern sie betrifft immer konkrete Umstände, die Möglichkeiten des Studiums, die verschiedenen Möglichkeiten an den einzelnen Universitäten. Daher wäre es besser, bei dieser Feststellung so zu verfahren, daß der Rektor der Universität dazu befugt ist. Hier könnte auch ein besonderer Beratungskreis jederzeit mit einbezogen werden. Ich denke an den Akademischen Senat.

Das würde eine demokratische Entscheidung auf einer breiten Basis mit sich bringen. In besonderen Fällen könnte die Feststellung der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung vornehmen, nachdem er sich mit dem Rektor jener Universitäten ins Einvernehmen gesetzt hat, bei welcher der Bewerber sein Studium absolvieren will. Die politische, die fachliche, die praktische Dimension würde gewahrt und ein objektives Feststellungssystem gewährleistet werden, das diese Begünstigung auch ausspricht.

Wir sagen ja zu den Verbesserungen. In den §§ 5 und 6 werden die wichtigen Gründe zur Fortsetzung des Studiums beispielhaft genannt. Der Gesetzestext sollte noch klarer davon sprechen, daß die Studierenden wichtige Gründe als Tatsache vorweisen können, die er nicht selbst zu vertreten hat. Das ist zu mangelhaft zusammengefaßt und ausgedrückt. *(Der Vorsitzende übernimmt wieder die Verhandlungsleitung.)*

Alle Regelungen, die eine zeitgerechte Absolvierung der Studien und Prüfungen ermöglichen, sind zu begrüßen. Die flexible Lösung hinsichtlich der Reprobationsfrist scheint zielführend zu sein. Das Erlöschen der Wirksamkeit der Teilprüfung ist — außer bei der Studienrichtung Medizin — auf die Ebene der besonderen Hochschulstudien-gesetze, Studienordnungen und Studienpläne verlagert, damit aber auch sicher auf die lange Bank geschoben. Man könnte hier Gesamtprüfungen einführen. Wir wissen aber in Österreich an den Universitäten, daß Teilprüfungen zweifellos effizienter sind.

Zusammenfassend darf ich für die Österreichische Volkspartei feststellen: Wir haben mit Bedenken zugestimmt, weil wir in der Regelung, daß der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die Kompetenz hat für die Zulassung zum Studium in besonderen Fällen, nicht den sachgerechten und praktizierbaren Weg erblicken. Die Novelle greift aber auch andere dringende Probleme auf und versucht, sie zu regeln. Wir können daher trotz eines partikulären Dissens dieser Novelle unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Ogris. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Ogris (SPÖ, Wien): Hoher Bundesrat! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich den Ausführungen meiner Vorredner, mit denen ich in vielen Dingen

17402

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dipl.-Ing. Dr. Ogris

übereinstimme, doch einiges hinzufügen möchte.

Zunächst einmal: Herr Bundesrat Stepantschitz! Es ist schon richtig, daß derzeit die Hochschulen überfüllt sind, wohl aber nicht alle, sondern partiell.

Sie haben selbst angeführt, daß die technischen Bereiche keineswegs überlaufen sind. Darüber möchte ich dann noch später etwas sagen.

Ergänzen möchte ich auch, daß in den letzten zehn Jahren mehr Raum geschaffen wurde, als es früher gegeben hat, beziehungsweise der Raum ist in Schaffung begriffen. Nicht alle neuen Gebäude sind schon in Betrieb, aber die Aufwendungen, die in den letzten zehn Jahren gemacht wurden, sind ganz gewaltig.

Ähnliches läßt sich auch von den personellen und instrumentellen Einrichtungen sagen.

Es ist darüber hinaus zu erwarten, daß der Höhepunkt der Studentenzahlen praktisch erreicht ist und sehr bald sinken wird; mit dem Eintreffen der geburtenschwächeren Jahrgänge wird das zum Teil ganz drastisch werden.

Besonders möchte ich aber auf eine Frage eingehen, die Sie angeschnitten haben: auf den Wunsch nach einer Lenkung auf spezielle Fachgebiete, was nicht nur die Universitäten trifft, sondern richtigerweise natürlich auch die Mittelschulen beziehungsweise die höheren Schulen.

Es gibt verschiedene Schwierigkeiten bei der Durchführung einer solchen Lenkung. Man kann sie nicht allein administrativ machen. Das dürfte meiner festen Überzeugung nach administrativ überhaupt nicht gehen.

Wenn ich den Bereich der technischen Fächer herausgreifen darf, wo das am deutlichsten ist, kann man zunächst einmal einen interessanten Vergleich ziehen. In den letzten 30 Jahren sind die Studentenzahlen, grob gesprochen, etwa auf das Zehnfache gestiegen. In den technischen Fächern sind sie aber je nach Sparte nur auf das Zweieinhalbfache bis Dreifache gestiegen. Das heißt, wir haben einen relativen Rückgang auf ein Drittel oder auf ein Viertel.

Wo liegen dafür die Ursachen? Was veranlaßt junge Leute, einen bestimmten Beruf zu

ergreifen? Dafür gibt es mehrere Gründe. Ganz vorne stehen das Sozialprestige, die Möglichkeiten, die sich die jungen Leute von einem Beruf versprechen. Wir brauchen ja nur zu schauen, wohin junge Leute gehen, welche Studienrichtungen überlaufen sind. Es gibt bestimmte Studienrichtungen, für die die Leute viel Interesse haben. Aber man kann nicht behaupten, daß sich dieses Interesse von Generation zu Generation grundsätzlich, also, wenn man so will, fast im genetischen Material des Menschen ändern könnte.

Es gibt zwei Arten von Studienrichtungen, die überlaufen sind. Die eine enthält die sogenannten leichten Studienrichtungen, wo man während des Studiums nicht so viel leisten muß wie eventuell bei den anderen. Die zweite umfaßt die Richtungen, die, wie ich schon sagte, vor allem dann später im Beruf ein hohes Sozialprestige oder ein hohes Einkommen gewährleisten können.

Ich möchte einige Beispiele nennen: Zu den sogenannten leichten Fächern zählen Soziologie, Psychologie und Studienrichtungen vergleichbarer Art. Zur zweiten Gruppe gehört — unzweifelhaft — die Medizin.

Überhaupt kann man bei der Berufsentcheidung zwei Grundsätze feststellen, wenn man bedenkt, daß es, sehr vereinfacht gesehen, zwei Arten von Studien gibt, wie es im Studentenjargon heißt: Das eine ist das „Lernstudium“, und das andere ist das „Intelligenzstudium“. Damit ist nicht gemeint, daß man bei einem Intelligenzstudium nicht lernen müßte und beim Lernstudium keine Intelligenz haben müßte. Ich möchte dafür Beispiele bringen, dann wird das schon verständlich werden:

Beim Lernstudium ist es notwendig, ein sehr hohes Umfangwissen zu erwerben. Dazu gehören beispielsweise Geschichte oder Chemie, um auf der naturwissenschaftlichen Seite zu bleiben. Dann haben wir die sogenannten Intelligenzstudien, die einen hohen Grad von Abstraktionsvermögen von den Kandidaten verlangen. Das sind meistens Studien, die mathematisch begründet sind: Mathematik, Physik oder die eigentlichen Ingenieurfächer.

Ich komme auf die Ingenieurfächer zurück: Ein wesentlicher Grund, warum sie so wenig angenommen werden, ist darin zu sehen, daß die Ingenieurausbildung im ersten Teil dem Intelligenzstudium zuzuordnen ist, während man im zweiten Teil, wenn man die Mathematik, Mechanik, Festigkeitslehre und was

Dipl.-Ing. Dr. Ogris

immer es da gibt, hinter sich hat, zum Umfangwissen kommt. Mit einem hohen Lernaufwand muß dann zusätzlich Wissen erworben werden. Das macht diese Studien so schwierig.

Und wenn wir heute an allen technischen Universitäten Österreichs auch ständig versucht sind, die Ausbildung zu vereinfachen und Dinge wegzulassen, die nicht mehr ganz zeitgemäß sind oder die man sich später vielleicht selber erwerben könnte, so bleibt eben doch noch sehr viel übrig, was auf viele abstoßend wirkt. Wir wissen eigentlich nicht, wie man das Studium noch weiter erleichtern könnte.

Nun zur anderen Seite. Wenn ich jetzt vom Sozialprestige spreche, ist damit nicht allein das Einkommen gemeint. — Es gibt, wie Sie erwähnt haben, auch eine gewisse Technikfeindlichkeit; das ist gar nicht zu leugnen. Technische Berufe haben in unserer Gesellschaft sicherlich nicht jenes Ansehen, das sie eigentlich haben müßten. Beispiele dafür gibt es eine Fülle. Ich werde heute noch darauf zurückkommen.

Ingenieure, die Karriere machen wollen, gehen in der Mitte ihres Lebens meistens von der eigentlichen Technik weg ins Management und treten dort in Konkurrenz zu Leuten, die aus der Wirtschaft oder von der Rechtsausbildung her kommen. Das zeigt ganz deutlich, daß hier in unserer Gesellschaft etwas nicht ganz stimmt, was man aber wohl sehr schwer durch gesetzliche oder administrative Maßnahmen ins Gleichgewicht bringen könnte.

Nun zum Herrn Kollegen Bundesrat Raab. Ich stimme mit ihm ganz darin überein, daß man die Großzügigkeit beim Studium von Ausländern in Österreich nach Möglichkeit beibehalten soll. Man muß aber doch gewisse Grenzen ziehen. Ich glaube auch, daß die Novelle diese Großzügigkeit nicht grundsätzlich einschränkt, sondern nur in gewissen Punkten, bei denen es kritisch werden könnte.

Ihre erste Frage betraf das Fach: Wenn man sich in Österreich ein Fach wählt, das im Heimatland gar nicht existiert, kann man da zugelassen werden oder nicht? Es könnte nämlich eine Gefahr bestehen, daß sich Länder ganze Fakultäten ersparen, wenn sie ihre Studenten zu uns schicken (*Zwischenruf bei der ÖVP*) — ja, das gibt es, wir erleben das auch im technischen Bereich, das gibt es leider schon —, daß sie ihre Leute aus diesem

Grund ins Ausland schicken. Also eine grundsätzliche Einschränkung halte ich hier für unbedingt richtig. Wir würden einen Teil unserer Souveränität abgeben, würden wir eine Einschränkung nicht grundsätzlich möglich machen.

Ich bin schon beim letzten Punkt. Wer soll nun über die Einhaltung der Kriterien, die für die Zulassung notwendig sind, entscheiden? Sie waren der Meinung: die Rektoren. Ich kann dieser Meinung eigentlich nicht ganz folgen. Ich meine, daß der Minister zuständig ist, daß er sich aber ohneweiters der Rektoren bedienen kann. Die letzte Entscheidung muß aber beim Minister bleiben. Denn es ist nicht eine Frage der einzelnen Hochschule, sondern es ist eine Frage, die unsere gesamte Gesellschaft, den Staat, betrifft. Da muß natürlich die Entscheidung beim obersten Organ bleiben. Das ist meine Meinung dazu. Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

5. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten (2809 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 5. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Emmy Göber. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Emmy Göber: Herr Vorsitzender! Herr Minister! Verehrte Damen und Herren! Durch das gegenständliche Abkommen soll für die Zulassung zu den Universitäten der Vertragsstaaten die Gleichwertigkeit

17404

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Emmy Göber

der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ausgestellten Reifezeugnisse anerkannt werden. Für die Zulassung zu den einzelnen Studienrichtungen beziehungsweise Fachrichtungen sollen jedoch die Vorschriften jenes Vertragsstaates anzuwenden sein, in dem diese Zulassung beantragt wird. Gleichzeitig wird im Abkommen festgehalten, daß die Zulassung zu den einzelnen Universitäten nach Maßgabe der verfügbaren Plätze erfolgt.

Das Abkommen sieht weiters vor, daß sich die Vertragsstaaten innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Abkommens schriftliche Mitteilungen über die zur Durchführung der oben erwähnten Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse getroffenen Maßnahmen übermitteln.

Ferner soll zur Beratung aller sich aus dem Abkommen ergebenden Fragen eine Ständige Expertenkommission geschaffen werden, die aus je drei von jedem der Vertragsstaaten zu ernennenden Mitgliedern besteht. Diese Kommission tritt auf Wunsch eines der Vertragsstaaten zu einer Sitzung zusammen.

Das Abkommen wird auf unbegrenzte Dauer abgeschlossen, kann jedoch jederzeit auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung tritt ein Jahr nach Einlangen der Notifikation beim anderen Vertragsstaat in Kraft.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 28. Feber 1984 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den **A n t r a g**, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesrat Dr. Ambrozy. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dr. **Ambrozy** (SPÖ, Kärnten): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das zu beschließende Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse für die Zulassung zu den Universitäten sollte sicher nur bedeuten, daß in der Folge Erleichterungen des Verwaltungsverfahrens und Kostenersparnisse bei der Zulassung ungarischer Maturanten an Österreichs Universitäten zu erwarten sind.

Es ist, wie es hier in der Präambel heißt, ein weiterer Schritt zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Wissenschaft und des Bildungswesens. Das Abkommen soll aber auch — wie es hier weiter heißt — der Jugend beider Staaten freien Zugang zu den geistigen Gütern beider Staaten gewähren.

Beide Intentionen dieses Abkommens sind zutiefst zu begrüßen. Zum einen — und das ist ja schon in der Debatte vorher zum Ausdruck gekommen —, weil es die liberalen Aufnahmebedingungen der österreichischen Universitäten erweitert — Österreich hat ja darin eine international anerkannte Tradition, und 10 000 Ausländer nehmen derzeit Österreichs Universitäts- und Hochschuleinrichtungen in Anspruch; damit liegt Österreich mit rund 14 Prozent im internationalen Vergleich im Spitzenfeld.

In diesem Zusammenhang darf auch noch daran erinnert werden, daß die Studiengebühren für Ausländer in Österreich so niedrig wie in keinem anderen Staat der Welt sind. Studierende aus Entwicklungsländern sind Inländern überhaupt gleichgestellt. Es wird also mit diesem Abkommen, um es in der Sprache und Diktion eines europäischen Grunddokuments zur Theorie der internationalen Politik, nämlich mit Kants „Philosophischem Entwurf zum ewigen Frieden“, zu sagen, „das Weltbürgerrecht auf der Bedingung der allgemeinen Hospitalität“ für die Jugend beider Staaten wesentlich erweitert. Und das bedeutet, um weiter der Intention des großen Aufklärers zu folgen, daß damit auch ein Schritt getan wird, um den Friedenszustand unter den Menschen zu stabilisieren. Wenn es auch nur ein kleiner Schritt in diese Richtung ist, so ist ihm — so meine ich — doch auch besondere Bedeutung zuzumessen.

Dr. Ambrozjy

Zum anderen aber will dieses Abkommen — wie schon ausgeführt — die Kooperation im Bereich der Wissenschaften und des Bildungswesens forcieren und ist auch hier getragen von dem Wunsche, internationale Verständigung und Frieden auszubauen.

Darüber hinaus ist aber die Internationalität wissenschaftlichen Zusammenarbeitens auf Universitätsebene ein wesentlicher Faktor für den Fortschritt der Wissenschaft selbst. Die Notwendigkeit, Wissenschaft international zu sehen, ist heute unbestritten. Kein geringerer als der große Friedensforscher Gunar Myrdahl hat in vielen seiner Studien darauf hingewiesen, wie wichtig die internationale Kommunikation im universitären Bereich besonders für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ist. Wesentliche Voraussetzungen sind für diese Disziplinen ohne diese grenzüberschreitenden Kontakte überhaupt nicht gegeben. Myrdahl verweist als Negativbeispiel — und das können wir selbst immer wieder verfolgen — auf die Fehlentwicklungen isolierter Staaten mit totalitären Regimen. Als Beleg für Myrdahls These und ihre praktische Nutzenanwendung zum Positiven darf exemplarisch die Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt genannt werden. Gerade diese Universität hat durch ihre besondere inhaltliche Schwerpunktbildung auf dem bildungswissenschaftlichen Sektor besonders regen Anteil genommen an Österreichs internationaler intellektueller kultur- und bildungspolitischer Zusammenarbeit. So hat die junge Klagenfurter Universität systematisch internationale Kontakte gesucht und durch konkrete wissenschaftliche Projekte und Veranstaltungen gebunden und vertieft.

Aus zwei Gründen hat sie meiner Meinung nach dabei besonders erfolgreich agiert: Zum einen, weil sie aus ihrem Selbstverständnis heraus als österreichische Reformuniversität mit einem speziellen Gründungsauftrag von sich aus gezwungen war, die internationalen Strömungen der Bildungspolitik und der Bildungswissenschaften zu ihrem schwerpunktmäßigen Forschungsinteresse zu machen, und zum anderen, weil Klagenfurt durch seine Nähe zu Italien und Jugoslawien auch besondere Standortvorteile aufzuweisen hat.

Durch den Austausch von Wissenschaft und Forschung mit dem Nachbarn und der gemeinsamen Bildung von Arbeitsschwerpunkten hat die Universität für Bildungswissenschaften nicht nur ein eigenes besonderes Profil gefunden, sondern auch eine bedeutende Aufgabe österreichweit übernommen.

Die freundschaftliche Begegnung von Wissenschaftlern und der akademischen Jugend vor allem aus Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zur Erörterung wissenschaftlicher Fragen hat immer wieder Strahlkraft weit über die jeweilige Universität hinaus. Es scheint, daß sich der neutrale akademische Boden noch immer sehr gut oder besonders gut für die sachliche und emotionsfreie Behandlung von heiklen Themen aus Geschichte, Politik, aber auch Zeitgeschehen eignet. Die Universität kann damit, wie es besonders am Beispiel in Kärnten aufzuzeigen ist, eine Funktion übernehmen, die auch Beziehungen auf anderen Ebenen positiv beeinflussen kann.

In diesem Zusammenhang darf auf besondere Kontakte mit Ungarn, namentlich mit der Universität Budapest, hingewiesen werden. Hier besteht von ungarischer Seite seit mehreren Jahren besonderes Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem bildungswissenschaftlichen Gebiet in Bereichen wie Mediendidaktik, Unterrichtstechnologie, Unterrichtswissenschaften, Lehrerausbildung und Lehrerweiterbildung, bildungswissenschaftliche Psychologie und auf dem Bereich der Fernstudien. Es wäre wünschenswert, wenn diese bereits bestehenden Kontakte ausgebaut und vertieft werden könnten.

Besonders hervorzuhebende positive Beispiele dafür geben die Partnerschaftsverträge zwischen der Universität Klagenfurt und den Universitäten Laibach, Triest und Leipzig ab. Diese Partnerschaftsverträge sehen im wesentlichen die Kooperation auf allen Wissenschaftsgebieten, die an den jeweiligen Partneruniversitäten vertreten sind, durch den Austausch von Lehr- und Forschungspersonal für Vorlesungsreihen, Konferenzen, Seminaren et cetera sowie die Zusammenarbeit in gemeinsamen Forschungsaufgaben vor.

Ferner erfolgt Kommunikation durch gegenseitige regelmäßige Information über wissenschaftliche Veranstaltungen und durch gemeinsame Organisation solcher Veranstaltungen. Letztlich wird auch der Literaturaustausch und die besondere Vertiefung der jeweiligen Sprachkenntnisse betrieben. Schließlich wird die Förderung fachlicher und kultureller Kontakte der Studierenden der Partneruniversitäten gepflegt.

Mit diesem Abkommen wird also tatsächlich eine Grundlage geschaffen, um auch mit Ungarn leichter enge Kontakte zu finden. Wissenschaftliche Zusammenarbeit zum Fort-

17406

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Ambrozy

schritt der Wissenschaft wird damit ein Stück konkreter.

Darüber hinaus ist dieses Abkommen österreichischen Universitäten auch Hilfe bei der Erfüllung einer ihrer wichtigen Aufgaben, nämlich den Einfluß, den die Internationalität wissenschaftlicher Arbeit für das freundschaftliche Miteinander in einem vielfältigen und reichhaltigen gemeinsamen Kulturraum nehmen kann, zu verstärken und damit zur Entfaltung friedlichen Einvernehmens beizutragen.

Und aus diesem Grunde geben auch wir dieser Vorlage unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

6. Punkt: Beschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984 betreffend ein Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (2810 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung: Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Emmy Göber. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Emmy Göber: Durch das gegenständliche Rahmenabkommen soll der Austausch von Wissenschaftlern und Experten, wissenschaftlich-technischen Veröffentlichungen, Dokumentationen und Informationen, die Abhaltung von Seminaren und Symposien und anderen wissenschaftlich-technischen Veranstaltungen sowie die Gewährung von Stipendien für wissenschaftliche Arbeiten an Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates und die Durchführung gemeinsamer Studien und Forschungsprojekte gefördert

und unterstützt werden. Das Abkommen sieht die Errichtung einer Gemischten Österreichisch-Spanischen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vor, die abwechselnd in Österreich und Spanien zusammentreten soll und alle mit dem Abkommen im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten behandeln soll. Das Abkommen wird auf fünf Jahre geschlossen und verlängert sich automatisch jeweils um ein Jahr. Die Kündigung kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege erfolgen und wird sechs Monate nach Einlangen der diesbezüglichen Notifikation beim anderen Vertragsstaat wirksam.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 28. Feber 1984 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 23. Feber 1984 betreffend ein Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Ogris. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Ogris (SPÖ, Wien): Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Das Rahmenabkommen zwischen der Republik Österreich und dem Spanischen Staat über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sieht in seinem Kern den Austausch von Wissen und Wissenschaftlern vor.

Ein industrialisierter Kleinstaat wie Österreich muß an einem ständigen regen Kontakt mit möglichst vielen Zentren der Welt interessiert sein, wenn er mit der internationalen Entwicklung Schritt halten will. Die Verstär-

Dipl.-Ing. Dr. Ogris

kung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit allen Staaten der Erde ist eine unerläßliche Voraussetzung für eine weitere günstige Entwicklung unserer Wirtschaft.

Man hat den Österreichern gelegentlich nachgesagt, vor allem der österreichischen Jugend, daß sie in biedermeierlicher Selbstbeschränkung nur sehr ungern die eigenen vier Wände verläßt. Vergleiche mit den Niederlanden, mit der Schweiz, in letzter Zeit nicht selten auch mit südostasiatischen Ländern, wurden in diesem Zusammenhang immer wieder angestellt.

Diese Vergleiche mögen nicht in allen Fällen zulässig sein, Tatsache ist jedoch, daß die Fremdsprachenkenntnisse, das Verständnis für fremde Kulturen, auch wenn sie uns sehr nahe verwandt sind, und die Bereitschaft, im Ausland tätig zu werden, in unserer Gesellschaft gefördert werden müssen.

Während breite internationale Kontakte auf kultureller Ebene eine lange und reiche Tradition in Österreich haben, sind die Verhältnisse im technischen Bereich trotz seiner äußerst hohen Innovationsrate eher verbesserungswürdig.

Das vorliegende Abkommen mit Spanien wird die Beziehungen zu einem Sprachraum intensivieren, der in Zukunft auch in wirtschaftlicher Hinsicht von immer größerer Bedeutung sein könnte. Eine Intensivierung von Wissens- und Technologieaustausch wird von der Bundesregierung auch mit anderen Staaten angestrebt. Gerade jetzt werden deshalb im Zuge des Besuches unseres Bundespräsidenten in den Vereinigten Staaten von Amerika über diese Fragen Verhandlungen geführt.

Maßnahmen, die auf das gleiche Ziel gerichtet sind, wurden auch vom Wissenschaftsministerium in Vorschlag gebracht. Sie sollen einer größeren Zahl von begabten österreichischen Studenten Auslandsaufenthalte durch Stipendien ermöglichen.

In der Vergangenheit waren Grenzen der Menschheit wenig nützlich. Man sollte in der Gegenwart versuchen, sie wenigstens zu überbrücken, wenn man sie schon nicht abbauen kann. Wo Menschen sich bewegen, da bewegen sich bekanntlich bald auch Güter.

Das Rahmenabkommen mit Spanien hat auch noch einen anderen, weniger auffälligen Aspekt. Es erhöht die Bedeutung und damit

indirekt den Stellenwert der wissenschaftlich-technischen Innovation in unserer Gesellschaft. Die gegenwärtig dringend benötigte innovative Leistung wird in Österreich traditionsgemäß nicht allzu hoch eingestuft. Ob dies, wie manchmal behauptet wird, auf die lange Regierungszeit der musisch, aber, von Ausnahmen abgesehen, wenig naturwissenschaftlich-technisch interessierten Habsburger zurückzuführen ist, mag von den dazu berufenen Historikern im passenden Rahmen untersucht werden. Das österreichische Erfinderschicksal ist jedenfalls in der Vergangenheit nahezu ein Markenzeichen und damit sprichwörtlich geworden.

Und wie sieht es heute aus? In den meisten österreichischen Betrieben bleiben auch heute noch die technischen Belange dem mittleren Management überlassen. Selten wird der Leiter eines Konstruktionsbüros in die Geschäftsführung seines Unternehmens aufgenommen. Ich habe heute bereits von dieser Stelle aus darüber gesprochen. Fähige und erfindungsreiche Ingenieure müssen deshalb nicht selten ihren eigentlichen Arbeitsbereich verlassen, für den sie mit sehr viel Aufwand ausgebildet wurden, und in das Management übersiedeln, wenn sie Karriere machen wollen. Es wäre wünschenswert, wenn mehr österreichische Unternehmer als bisher die Bedeutung der innovativen Leistungen ihrer Mitarbeiter richtig erkennen würden, vor allem dann, wenn sie öffentliche Förderungen in Anspruch nehmen.

Mehr Förderung von Wissenschaft und Technik ist in allen Bereichen unserer Gesellschaft erforderlich, nicht nur im öffentlichen.

Das Rahmenabkommen mit dem Spanischen Staat ist jedenfalls ein Schritt in der richtigen Richtung. Die sozialistische Fraktion wird deshalb dem Antrag des Ausschusses, keinen Einspruch zu erheben, zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Weiters zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Schambeck. Ich erteile dieses.

Bundesrat Dr. Schambeck (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Wenn gemeiniglich von internationalen Beziehungen gesprochen wird, wenn sie in den Massenmedien behandelt werden, dann erleben wir Tag für Tag meist die negative Form internationaler Beziehungen, nämlich das Vorhandensein

17408

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Schambeck

von Konflikten, die Konfrontationen, die Menschenopfer verlangen, und es gehen hohe Werte der Kultur in verschiedenen Erdteilen tagtäglich zugrunde. Und was das Traurige ist: oft unbewußt, nicht registriert. Und sehr viele Einsame in lauter Welt gehen dabei auch zugrunde.

Heute haben wir, wie mein Vorredner bereits gesagt hat, einen wertvollen Beitrag der internationalen Beziehungen in Behandlung, nämlich ein Abkommen zwischen dem Königreich Spanien und der Republik Österreich über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Hier nuanciere ich mich ein wenig von dem, was Herr Professor Ogris vor mir gesagt hat, als er auf die Hohe Familie zu sprechen gekommen ist, nämlich das Haus Habsburg, denn wenn man von Spanien und von Österreich spricht, dann, glaube ich, kann man in diesem Haus auch erwähnen, daß wir eine gemeinsame Geschichte hatten, die wir nicht vergessen wollen, meine Damen und Herren.

Ich meine, daß das Haus Habsburg mit seinen Familienmitgliedern zwar das Musische, Kulturelle hoch anerkannt, aber niemals das Technische verabsäumt hat, denn die Erzherzöge hatten nämlich alle ein Handwerk zu lernen, und ein besserer Bezug für den einzelnen zum Technischen als das Handwerk ist für eine Zeit, wo die Industrialisierung erst langsam begonnen hat, nicht denkbar. Das möchte ich als Fußnote zur Berichtigung vor unserer Geschichte hier auch anmerken.

Ich freue mich selbst sehr, daß wir gerade in diesen Tagen Gelegenheit haben, dieses Abkommen zu behandeln. Wie ich einer dankenswerten Information des Herrn Botschafters Dr. Tarter auch hier zu danken habe, ist es ein Teil dessen, was in den letzten Jahren auch mit unserer Zustimmung, mit Zustimmung der Österreichischen Volkspartei, angebracht worden ist. Unser Parteivorsitzender Dr. Mock hat erst vor wenigen Tagen als Präsident der IDU in Madrid geweiht und hat den spanischen König Juan Carlos und zuständige Persönlichkeiten auch über seine Initiativen in Lateinamerika informiert. Die zuständigen Ressortinhaber haben einen weiteren Schritt in der Fortsetzung dessen gesetzt, was Österreich mit Freuden auch in den letzten Jahren zum Ausbau unserer Beziehungen zu Spanien leisten konnte.

Schon 1976 wurde das Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Spanien abgeschlossen. Es ist weiters 1983 ein Abkommen

über die Gleichwertigkeit im Universitätsbereich zustande gekommen, und heute haben wir das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu registrieren.

Wer die „Wiener Zeitung“ aus diesen Tagen liest, der kann feststellen, daß der österreichische Botschafter in Madrid, Dr. Gmoser, und der Bürgermeister von Madrid gerade jetzt in diesen Tagen eine Tagung mit spanischen und österreichischen Gelehrten über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der politischen Parteien in Madrid eröffnet haben. Und, wenn wir uns daran erinnern — ich habe selbst damals die Ehre gehabt, den damaligen Vorsitzenden vertreten zu dürfen —: Im Jahr 1977 hatten wir den Besuch der spanischen Majestäten mit dem damaligen Außenminister Oreja, und wir hatten uns damals sehr gefreut — ich darf das „wir“ sowohl beziehen auf das Nationalratspräsidium als auch auf uns —, daß gerade an dem Tag, an dem die Frist für Ergänzungsvorschläge oder Abänderungswünsche in bezug auf die neue spanische Verfassung abließ — 1978 wurde sie dann beschlossen —, die spanischen Majestäten mit dem Außenminister Oreja bei uns im Parlament waren; wir hatten damals die Gelegenheit einer sehr eifrigen Aussprache über spanische Verfassungsfragen.

Ich freue mich sehr, daß diese heutige Tagesordnung mir Gelegenheit gibt, auch ad personam ein Wort des Dankes zu sagen, weil ich einige Monate später im Rahmen dieses Kulturabkommens von der spanischen Regierung zu Verfassungsfragen nach Madrid eingeladen war, nämlich wieweit Erfahrungen aus dem Föderalismus zur Regelung ihrer Probleme mit den autonomen Gruppen ausreichend sind, und wir hoffen sehr, möchte ich sagen, daß diese Probleme einschließlich derer die sie mit den Basken haben, auch auf diesem Wege geregelt werden können.

Ich freue mich auch sehr, daß wir vor wenigen Tagen erst den Besuch des spanischen Außenministers Moran hier hatten, eines ausgezeichneten Karrierediplomaten, der zwar nicht unserer politischen Blutgruppe angehört (*Zwischenruf des Bundesrates Schipani*), wenn ich von der ÖVP spreche, sondern ein Sozialist ist, aber ein Mann, der auch zur Politikwissenschaft und zur Demokratiewertung Spaniens sehr viel beigetragen hat, wobei ich sagen möchte, daß wir uns sehr, sehr freuen, daß dieses Abkommen auf einem Gebiet — da gebe ich dem Kollegen Ogris recht —, das bisher vernachlässigt worden ist, in der Zusammenarbeit zwischen Staaten neben dem Kulturabkommen auch den wis-

Dr. Schambeck

senschaftlich-technischen Fortschritt ermöglicht.

Die Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet war schon bisher sehr stark. Ich hatte selbst Gelegenheit, in Madrid etwa den Professor Truyol kennenzulernen, den jetzigen Richter des Verfassungsgerichtshofs, der Verdross' Völkerrecht in sechs Auflagen jeweils ins Spanische übersetzt hat, und hatte selbst Gelegenheiten, an den Universitäten Madrid, Salamanca und Sevilla zu sprechen und das dortige Interesse zur Zusammenarbeit einschließlich jenes am Bücheraustausch selbst kennenzulernen.

Ich freue mich sehr, daß der derzeitige spanische Botschafter in Wien, Graf San Roman, ein Schüler der Stella Matutina in Vorarlberg ist, ein großer Freund der österreichischen Kultur, und daß der gegenwärtige österreichische Botschafter in Madrid, Dr. Gmoser, ein besonderer Kenner der spanischen Rechtswelt und der Kultur ist, und auch der Leiter der jetzigen Kultursektion im Außenamt, Dr. Schallenberg, war vorher Botschafter in Madrid, wo ich ihn erleben konnte.

Ich habe mich, als ich nach Salamanca kam, auch sehr gefreut, zu hören, daß vor mir schon Frau Bundesminister Dr. Firnberg dort gewesen ist und einen sehr engen Kontakt eröffnet hat. Ich habe selbst in meiner Funktion als Präsident der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft vor wenigen Monaten den Vizerektor von Salamanca, den Professor Peres Varas, der jetzt Präsident des Spanisch-Österreichischen Instituts in Madrid ist, zu einer Gastvorlesung in Wien eingeladen. Ich möchte auch daran erinnern, daß in Oberösterreich, nämlich in Kremsmünster, vor wenigen Wochen ein umfassendes Symposium stattgefunden hat, das sich mit Literaturfragen beschäftigt hat, und ich freue mich sehr, daß jetzt auch in wissenschaftlich-technischer Hinsicht mit der Notwendigkeit, die Professor Ogris betont hat, eine Ergänzung dessen gegeben ist, was bisher auf anderen Gebieten versucht wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit darf ich schon zum Schluß kommen. In einer Zeit, in der immer mehr technisiert wird, ist es notwendig, auch auf diesem Gebiet der Wissenschaft den Fortschritt zu einem friedlichen Miteinander zu verstärken, und wenn wir Österreicher mit den Spaniern das gemeinsam tun können, dann wollen wir uns bemühen, daß das, was wir in einer Zeit, als die Sonne über diesem Gebiet nicht untergegangen ist, zum Frieden in der Welt beitra-

gen konnten, hoffentlich auch am Ende dieses zwanzigsten und auch am Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts möglich sein wird. Möge sich dieses Abkommen in diesem Sinne so bewähren, wie wir diese gemeinsame Geschichte nie vergessen wollen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

7. Punkt: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 7. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vertreter Österreichs in die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

Österreich hat Anspruch auf die Entsendung von sechs Mitgliedern und sechs Ersatzmitgliedern in die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Nach einer Parteienvereinbarung entfallen für die kommende (XXXVI.) Tagungsperiode ein Mitglied und zwei Ersatzmitglieder auf den Bundesrat; fünf Mitglieder und vier Ersatzmitglieder hat der Nationalrat bereits gewählt. Die Wahl erfolgt für die gesamte, rund einjährige Dauer der Sitzungsperiode.

Es sind mir folgende Wahlvorschläge zugekommen:

Als Mitglied Bundesrat Dr. Rudolf Schwaiger und

als Ersatzmitglieder Bundesrat Dr. Walter Bösch und Bundesrat Eduard Pumpernig

vom Bundesrat aus in die Parlamentarische Versammlung des Europarates zu entsenden.

Wird die Durchführung der Wahl mittels Stimmzettel beziehungsweise für jeden der zu nominierenden Delegierten gesondert gewünscht? — Es ist dies nicht der Fall.

17410

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Vorsitzender

Ich werde daher die Wahl unter einem und durch Handzeichen vornehmen lassen.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die den bekanntgegebenen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Dies ist Stimmeneinhelligkeit. Die Wahlvorschläge sind somit angenommen.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis 14 Uhr 30 Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden wir mit der Behandlung der dringlichen Anfrage der Bundesräte Dr. Schambeck und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Fortsetzung der Belastungspolitik fortfahren.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 10 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 30 Minuten wiederaufgenommen.)

Dringliche Anfrage der Bundesräte Dr. Schambeck, Dr. Pisek, Rosemarie Bauer, Dr. Schwaiger, Köstler, Kaplan und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Fortsetzung der Belastungspolitik (485/J)

Vorsitzender: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die dringliche Anfrage der Bundesräte Dr. Schambeck und Genossen 485/J-BR/84 an den Herrn Bundesminister für Finanzen betreffend Fortsetzung der Belastungspolitik.

Bevor ich dem Schriftführer das Wort erteile, darf ich den im Hause anwesenden Herrn Bundesminister für Finanzen Dr. Herbert Salcher willkommen heißen und herzlich begrüßen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich bitte zunächst die Schriftführung, die dringliche Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Mayer: Hohes Haus! Dringliche Anfrage der Bundesräte Dr. Schambeck, Dr. Pisek, Rosemarie Bauer, Dr. Schwaiger, Köstler, Kaplan und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Fortsetzung der Belastungspolitik.

Ein neues Belastungspaket für die Arbeiter und Angestellten kündigte der Staatssekretär im Finanzministerium Dkfm. Holger Bauer in einem Interview mit der „Presse“ an. Er und

damit wohl auch der kleinere Partner der sozialistischen Koalitionsregierung sind „kompromißbereit“ hinsichtlich der höheren Besteuerung der Abfertigungen und Überstunden sowie bei der Abschaffung des Kfz-Pauschales.

Weiters kündigte der Staatssekretär im Finanzministerium an, „im Bereich der Sozialversicherung werden Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen unumgänglich sein“.

Damit brachte Dkfm. Bauer zum Ausdruck, daß die FPÖ auch bereit sei, den von Sozialminister Dallinger geplanten Belastungen zuzustimmen und sich mit Pensionskürzungen abzufinden.

Auch zaghafte Dementis des Finanzministers als Reaktion auf das öffentliche Vorpreschen des Staatssekretärs können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß von der sozialistischen Koalitionsregierung neue Belastungen der Österreicherinnen und Österreicher geplant werden.

Dies, obwohl erst mit Jahresbeginn das „Mallorca-Paket mit Steger-Zuschlag“ zu einer empfindlichen Verteuerung der Lebenshaltungskosten, insbesondere der Kosten für das Wohnen, geführt hat.

So wurden zu Beginn dieses Jahres alle Mehrwertsteuersätze angehoben. Am stärksten stieg der Steuersatz für Energie, nämlich um 54 Prozent, und der ermäßigte Satz für die Güter des täglichen Bedarfs, nämlich um 25 Prozent.

Eine 7,5prozentige Zinsenertragssteuer wurde trotz zahlreicher vorhergehender Dementis eingeführt.

Die „LKW-Steuer“ wurde um 50 Prozent erhöht und auch die Kraftfahrzeugsteuer kräftig angehoben.

Weiters wurden die Versicherungssteuer, die Schaumweinsteuer und die Aufsichtsratsabgabe erhöht.

Schließlich wurden die Postgebühren, die Telefongebühren und die Bahntarife beträchtlich angehoben.

Aber auch im Sozialbereich kam es zu gewaltigen Belastungen.

So wurden die Pensionsbeiträge der öffentlich Bediensteten, die Beiträge der Selbstän-

Mayer

digen zur Pensionsversicherung sowie die Arbeitslosenversicherungsbeiträge beträchtlich angehoben, wobei gleichzeitig der 14. Monatsbezug in die Arbeitslosenversicherung einbezogen wurde. Darüber hinaus wurde die Wohnungsbeihilfe gestrichen, die Geburtenbeihilfe um etwa ein Drittel reduziert, die Ruhensbestimmungen erheblich verschärft und noch einige andere Opfer von der Bevölkerung verlangt.

Die sozialistische Koalitionsregierung wird also jedem erwerbstätigen Österreicher im heurigen Jahr von seinem schwer erarbeiteten Geld zusätzlich 9 000 S zur Finanzierung höherer Schulden und neuer Defizite abnehmen.

Da in der Vergangenheit trotz vorhergehender Dementis von Mitgliedern der sozialistischen Allein- beziehungsweise der sozialistischen Koalitionsregierung dem Staatsbürger immer wieder neue Belastungen auferlegt wurden, richten die unterfertigten Bundesräte an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Haben Sie als Finanzminister der in Ihrem Ministerium eingerichteten Steuerreformkommission den Auftrag erteilt, den Abbau steuerlicher Begünstigungen zu prüfen?

2. Wurde daher in Ihrem Ressortbereich die stärkere Besteuerung der Abfertigungen beraten?

a) Wenn ja, in welchem Rahmen soll diese neue Belastung der Arbeiter und Angestellten erfolgen?

3. Wurde in Ihrem Ressortbereich die stärkere Besteuerung der Überstunden beraten?

a) Wenn ja, in welchem Rahmen soll diese neue Belastung der Arbeiter und Angestellten erfolgen?

4. Wurde in Ihrem Ressortbereich die Abschaffung des Kfz-Pauschales beraten?

5. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie als Finanzminister bei der von Ihrem Staatssekretär bereits verkündeten Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge?

6. Mit welcher Summe rechnen Sie bei den

von Ihrem Staatssekretär bereits verkündeten Kürzungen von Pensionsleistungen?

7. Hat Staatssekretär Dkfm. Bauer die Ankündigung eines neuen Belastungspaketes — höhere Steuern auf Abfertigung und Überstunden, Abschaffung des Kfz-Pauschales — mit Ihnen abgesprochen?

a) Wenn ja, warum haben Sie dann versucht zu dementieren?

b) Wenn nein, was haben Sie unternommen, damit der Staatssekretär in Ihrem Ministerium in Zukunft nicht durch unkoordinierte Ankündigungen Unruhe in der Öffentlichkeit erzeugt?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 59 der Geschäftsordnung des Bundesrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Vorsitzender: Ich erteile nunmehr Herrn Bundesrat Dr. Herbert Schambeck zur Begründung der Anfrage 485/J-BR/84 das Wort.

Bundesrat Dr. Schambeck (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Das Recht des Bundesrates als Länderkammer des österreichischen Parlaments ist vor allem die Mitwirkung an der Gesetzgebung. Das, was uns in der beschränkten Zuständigkeit dieser Kammer an Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates zugeleitet wird, gibt uns Gelegenheit, uns mit den Maßnahmen der Regierung und dem politischen Willen der Volksvertretung und als Opposition mit dem Willen der Regierungskoalition auseinanderzusetzen.

Wir haben zweitens das Recht und aus dem Gewissen heraus die Pflicht, dann, wenn eine Frage in den Bundesländern besonders aktuell wird, und wenn Föderalismus, sei es Bund, Länder oder Gemeinden, dort, wo sich in der Politik vor der Haustür das politische Wollen zu bewähren hat, wo man Rücksicht zu nehmen hat auf die Anliegen des einzelnen Menschen, auf die Sorgen der Familie, auf die Probleme im ländlichen Raum, in der Landwirtschaft, im Klein- und Mittelgewerbe, in der Industrie und — lassen Sie es mich im selben Atemzug betonen — in der privaten und verstaatlichten Industrie, in dem Nebeneinander, das uns von der Verfassung aufgetragen ist zwischen Neusiedlersee und Bodensee, nicht ohne Schaufensterfunktion gegenüber unse-

17412

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Schambeck

ren Nachbarn — gerade jetzt, anlässlich des Besuches des Herrn Bundespräsidenten in den Vereinigten Staaten von Amerika ist uns diese Schaufensterfunktion Österreichs in allen Massenmedien und vor allem in den Ausführungen unseres Staatsoberhauptes wieder einmal bewußt vor Augen gehalten worden —, eine Notwendigkeit ist, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, und wenn die Aktualität besonders gegeben ist, eine dringliche Anfrage einzubringen.

Meine Damen und Herren! Ganz gleich, von welcher Partei jemand ist, ganz gleich, ob er Gemeinderat, Bundesrat oder Nationalrat ist oder gar die Ehre hat, einem Landtag anzugehören: Jeder weiß, daß sich heute die breite Öffentlichkeit mit dem Maßnahmenpaket, das wir von der Österreichischen Volkspartei auf Grund dessen Inhaltes als Belastungspaket bezeichnen, kritisch auseinandersetzt. Wir wissen, daß es heute viele Menschen gibt — auch in der Politik —, die nicht mehr wissen, wie ihre Pension einmal aussehen wird, ob die Sicherheit auch im Alter noch gegeben sein wird, die sich in diesem Sozialstaat versichert fühlen. (*Bundesrat C e e h: Wer ist schuld daran?*) Dabei haben wir — erlauben Sie mir, das als Staatsrechtler zu sagen — Sie immer wieder... (*Bundesrat Dr. P i s e c: Wer ist schuld daran?*) Herr Kollege, wir kommen gleich darauf zu sprechen (*Bundesrat C e e h: Sie sind schuld daran!*), denn Ihre Partei trägt seit 14 Jahren die Hauptverantwortung daran, meine sehr Verehrten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dieser Sozialstaat soll gleichzeitig auch Rechtsstaat sein, das heißt, das Handeln des Staates in den Dienst der sozialen Sicherheit soll vorhersehbar und berechenbar sein, während heute der einzelne Staatsbürger auf Grund der Ankündigungen der Regierungsmitglieder und der Staatssekretäre nicht vorhersehbar und berechenbar ist.

Und dann kommt noch etwas dazu, was uns seit Jahren trifft: Wir sollten uns wirklich vor Augen halten, daß der Rechtsstaat auch eine klarere Gesetzessprache verlangt. Der einzelne muß mehr als bisher wissen, wofür er etwas zahlt und was er dafür bekommt. Die Rechtsunsicherheit diesbezüglich ist eine umfassende. Und ich sage es, Hoher Bundesrat: Sprechen wir lieber hier im Parlament darüber, als daß wir uns draußen anhören müssen, es könnte einmal Auseinandersetzungen geben, zu denen man sagen müßte, wir haben zu wenig aus der Geschichte gelernt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Bundesrat der Republik Österreich hat die Freude, mit den Nationalratskollegen gemeinsam dem Hohen Haus anzugehören, das sich Parlament nennt. Und das Wort Parlament kommt von dem Lateinwort „parlare“, sprechen. Sprechen wir lieber über diese Probleme, einstimmig, mehrstimmig. Aber setzen wir uns hier auseinander, damit nicht draußen die Auseinandersetzung in einer Form ausgetragen wird, von der ich sagen will, sie entspräche nicht den vielen Jahrzehnten der erlebten und von vielen, in allen politischen Lagern, erlittenen Geschichte der sogenannten Ersten und der Zweiten Republik Österreich.

Ich sage das heute als niederösterreichischer Mandatar mit besonderem Bewußtsein an dieser Stelle, weil ich gestern mit anderen Kollegen meiner Fraktion — ich hoffe auch von Ihrer — Gelegenheit hatte, über Einladung der Niederösterreichischen Landesregierung in Schönau an der Zöbern an einer Tagung teilzunehmen, die sich mit der Frage des Wirtschaftswachstums, mit der Regionalpolitik und mit der sozialen Sicherheit beschäftigt hat. Ich möchte hinzufügen: Die Tagesordnung wurde von den sozialistischen und von den ÖVP-Mitgliedern der Landesregierung einstimmig beschlossen. Es haben auch die Regierungsmitglieder der SPÖ, an der Spitze der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Grünzweig, die der ÖVP und entsprechende Repräsentanten teilgenommen.

Und dann bin ich entsetzt gewesen. Ich sage das heute in der Länderkammer, denn warum soll man nicht das, was man in einem Bundesland erlebt, im Parlament zur Diskussion stellen? Außerhalb der Tagesordnung hat sich nämlich der Präsident der Niederösterreichischen Arbeiterkammer, unser ehemaliger Bundesratskollege Hesoun, jetziger Nationalratsabgeordneter, überraschend zu Wort gemeldet. Er hat natürlich sofort das Wort bekommen. Und am Schluß seiner Ausführungen hat er erklärt: Wenn man das, was jetzt erklärt wurde, nicht zur Kenntnis nimmt und nicht die notwendigen Folgerungen daraus zieht, so sagte er wörtlich, dann werden wir noch eine andere Sprache sprechen, um das entsprechend zu vertreten.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, meine sehr Verehrten: Lieber eine dringliche Anfrage in der Länderkammer als Worte, die sich darauf beziehen, daß eine andere Sprache zu sprechen ist.

Genauso wie wir es sehr bedauern von der Österreichischen Volkspartei, daß vor kurzem

Dr. Schambeck

ein Mitglied der Bundesregierung — es war der Herr Sozialminister Dallinger, ein Mann, den ich immer als Herr in der Politik empfinde und auch vorhabe, das immer für die Zukunft tun zu wollen — bei der Konferenz Ihrer Jungsozialisten erklärt hat, es wäre notwendig, einiges ein wenig zu modifizieren in Richtung eines Art Klassenkampfes.

Hier möchte ich Ihnen sagen: Wir haben wenige Schritte entfernt das Gedenken des Februars 1934, den ich in jeder Weise bedaure, begangen. Und ich glaube, wir sollten diese Schritte unterlassen, meine sehr Verehrten, unterlassen in der gemeinsamen Verantwortung, die wir für einen sozialen Rechtsstaat zu tragen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen keine Gruppe zum Klassenkampf auffordern und niemandem sagen, wir könnten auch andere Sprachen sprechen. Das ist alles dort festgehalten. *(Bundesrat Schipani: Mit den Bauern haben Sie es noch nie gemacht! Da muß man ja lachen auch, Herr Kollege!)*

Herr Kollege Schipani! Sie waren leider gestern nicht bei der Konferenz, sonst hätten Sie es erleben können. Und was die Bauern anbetrifft, lasse ich über die Bauern in Niederösterreich — und auch nicht in den anderen Bundesländern — nichts kommen! *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Ist schon recht! Aber wir schlafen auch nicht!)* Denn es waren die niederösterreichischen Bauern, die gemeinsam mit dem großen Sozialdemokraten Oskar Hellmer im Jahre 1950 die Demokratie und die Freiheit in Österreich bewahrt haben, meine Damen und Herren! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Sie haben eine Ahnung! Da waren Sie noch in der Schule!)*

Meine sehr Verehrten! Lassen Sie mich diese Einleitung sagen, weil ich der Meinung bin, daß wir solche angeschlagenen Töne, wie es das letzte Mal gestern der Fall war vom Kollegen Hesoun *(Bundesrat Schipani: Außerhalb der Tagesordnung, haben Sie gesagt!)*, unterlassen sollten. Ich kann nur annehmen, daß er sich anscheinend im Zustand begnadeter Angst vor der Arbeiterkammerwahl befindet, daß er solche Töne angeschlagen hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Wir haben nach 1945 — und hier lassen Sie mich die Namen Johann Böhm und Ing. Julius Raab genauso nennen wie heute Anton Benya und Rudolf Sallinger — den Weg der sozialen Partnerschaft beschriftet.

Und ich darf Ihnen sagen: Diese Töne passen nicht zum Weg der sozialen Partnerschaft.

Meine sehr Verehrten! All das, was sich auf diesem Gebiet ereignet, ereignet sich auf den drei Ebenen des Föderalismus, auf dem Gebiet der Gemeinden, auf dem Gebiet der Länder und auf dem Gebiet des Bundes. Wobei wir genau wissen, daß es auf Grund der Kompetenzverteilung des Jahres 1920 und jenes Bundes-Verfassungsgesetzes, das auf Grund des Wollens der Sozialisten entstanden ist — lesen Sie nur das nach, was der große unvergeßliche Sozialist Dr. Danneberg damals über den Bundesrat und über die Kompetenzverteilung geschrieben hat —, vor allem ein mehr einheitsstaatliches Konzept ist. Und je mehr Rechte der Bund hat, desto mehr ist der Bund verpflichtet, etwas zu tun, was auch den Ländern und den Gemeinden ein Lebensrecht ermöglicht.

Und glauben Sie es mir — wir wollen uns vor allem in der Länderkammer das vor Augen halten —, daß dieses Maßnahmenpaket auf Grund der vorgesehenen und beschlossenen — gegen die Stimmen unserer Fraktion beschlossenen — steuerpolitischen Maßnahmen enorme finanzausgleichsrechtliche Konsequenzen hat, mit denen auseinanderzusetzen wir und Sie als Ländervertreter die Pflicht haben. Dazu gehört die Anhebung der Steuersätze der Umsatzsteuer, die Einkommensteuer, die Anhebung der Abgeltung an den Familienlastenausgleichsfonds, der Wegfall von Steuerbegünstigungen, die Steuerbegünstigung für Grenzgänger laut Entwurf zum Abgabenänderungsgesetz. Denken Sie an die Kfz-Steuer, denken Sie an die schrittweise Beseitigung der Gewerbesteuer auf Gewerbekapital. Und was alles, Hohes Haus, nicht berücksichtigt werden kann und sich trotzdem als Konsequenz ergibt, ist uferlos.

Erlauben Sie mir, es einmal auszusprechen. Wenn man sich bemüht, sich hier mehrere Varianten und konkrete Zahlen anzusehen, dann muß ich dem Hohen Bundesrat sagen, daß nach diesem Maßnahmenpaket damit zu rechnen ist, daß der Bund viel, viel mehr von dem Maßnahmenpaket bekommt als die Länder und die Gemeinden und es — das möchte ich schon einleitend feststellen — bei der Förderung nicht entsprechend an die Länder und an die Gemeinden weitergibt. Wir haben uns in der Länderkammer auch damit zu beschäftigen, was in den Gesprächen Bund — Länder, in den Gesprächen mit den Landeshauptleuten in der Landeshauptmännerkonferenz

17414

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Schambeck

und mit den Landesfinanzreferenten eine ganz große Sorge ist.

Der Bund kann nach einer sehr ernst zu nehmenden Variante damit rechnen, durch das Maßnahmenpaket ein Mehr von 7,336 Milliarden Schilling zu bekommen, während die Länder ohne die Bundeshauptstadt Wien ein Plus von nur 1,467 Milliarden Schilling zu erwarten haben, Wien als Land und Gemeinde 442 Millionen Schilling und die Gemeinden ohne Wien 275 Millionen Schilling.

Hoher Bundesrat! Das sind Zahlen, die zu denken geben sollen, vor allem jenen, die auch auf Landes- und Gemeindeebene in verdienstvoller Weise ihre lebenslange Arbeit erbracht haben und heute auch dem Hohen Haus angehören.

Erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, daß bereits am 3. Juni 1983 in bezug auf den künftigen Finanzausgleich die Landeshauptmännerkonferenz einstimmig beschlossen hat, darauf hinzuweisen, daß die Entwicklung der Steuereinnahmen seit Abschluß des Finanzausgleichs 1979 — und wir stehen ja vor einem neuen Finanzausgleich, der in der Diskussion im Rahmen des Bundesrates nicht unberücksichtigt bleiben kann — für die Länder noch negativer ist als für den Bund.

Der Schuldendienst der Länder mit Wien als Land und Gemeinde stieg in der Zeit von 1973 bis 1981 von 1,7 Milliarden Schilling auf 9,9 Milliarden Schilling. Hoher Bundesrat! Das sind 467 Prozent, während beim Bund der Schuldendienst, den wir auch bedauern, nur um 385 Prozent gestiegen ist, und zwar von 9,3 Milliarden Schilling auf 44,9 Milliarden Schilling.

Meine sehr Verehrten! Dazu kommt noch eines: Der Bund verändert leider oft den paktierten Finanzausgleich 1979 — worauf wir an dieser Stelle schon öfter hingewiesen haben — durch eine Reihe von steuergesetzlichen Maßnahmen einseitig zu seinen Gunsten und zum Nachteil der Länder, der Gemeinden und der gemeinsam eingerichteten Fonds, wie des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, des Familienlastenausgleichsfonds, des Wasserwirtschaftsfonds und der Wohnbauförderung. Der zusätzliche Mehrertrag des Bundes daraus, Hoher Bundesrat, in der Zeit von 1979 bis 1981 beträgt mehr als 4 Milliarden Schilling. Auch das gibt zu denken, wenn man nämlich fragt, was die Länder und die Gemeinden davon bekommen. Denn Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ —

und ich stimme mit Ihnen darin überein —, erinnern die österreichische Öffentlichkeit immer daran, daß der Föderalismus nicht bei den Ländern aufhört, sondern auch die Gemeinden umfaßt. Daher reden wir von den Gemeinden ebenfalls, noch dazu, wo wir eine Reihe von bedeutenden österreichischen Kommunalpolitikern auch in unseren Reihen haben dürfen.

Hoher Bundesrat! Dazu veranlaßte der Bund noch durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen für die Länder und Gemeinden beträchtliche Belastungen, sei es durch einen erhöhten Verwaltungsaufwand, sei es durch unmittelbare finanzielle Belastungen.

Die Entwicklung ist für die Länder deshalb besonders drückend, weil ihnen der Finanzausgleich 1979 erstmals eine Ertragsminderung von 650 Millionen Schilling jährlich auferlegte.

Lassen Sie mich in diesem Punkt zusammenfassen: Die Einnahmen der Länder entwickelten sich demnach am schwächsten, die Schulden der Länder hingegen am stärksten von allen Gebietskörperschaften!

Meine sehr Verehrten! Ich möchte das noch in Bezug nehmen auf die Situation, die uns aufgetragen ist. Ich darf „uns“ sagen, weil ich weiß, daß sich heute Mandatäre, ganz gleich, von welcher politischen Partei, ob Gemeinderat, Landtagsabgeordneter, National- oder Bundesrat, von den arbeitssuchenden jungen Menschen angesprochen fühlen. Aber ich möchte im selben Atemzug aussprechen: Mir tun auch jene Frauen und Männer so leid, die mit 45, 48 oder 50 Jahren freigesetzt werden und dann sehr schwer wieder Schritt und Tritt finden. Diese regionalen Probleme, die uns in der Länderkammer eine besondere Gewissenspflicht wären, möchte ich bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen.

Der Landeshauptmann-Stellvertreter von Niederösterreich, unser Freund Dr. Erwin Pröll, hat als Regionalsprecher der Österreichischen Volkspartei schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, daß dieser Prozeß, der vor allem durch dieses Belastungspaket verstärkt würde, eine regionale Zweiteilung Österreichs herbeiführt — eine regionale Zweiteilung, an der eine Länderkammer, Hoher Bundesrat, nicht achtlos vorübergehen kann am Beginn eines Jahres, in dem sich diese Belastungen besonders auswirken und die wenigsten Leute genau wissen, was sie warum zahlen und was sie dafür bekommen.

Dr. Schambeck

Das ist ja die Tragik dabei: Der soziale Rechtsstaat kann diese in ihrer Dimension nur mehr normieren, aber nicht mehr motivieren.

Hier möchte ich deutlich sagen, daß diese regionale Benachteiligung durch die sozialistische Steuer- und Wirtschaftspolitik immer stärker wird. Die mit den steuerlichen Belastungen — auf die wir heute noch zu sprechen kommen werden — verbundene Abschöpfung der Kaufkraft traf die Bevölkerung und die Unternehmen im agrarischen und im industriellen Bereich in den strukturschwachen Gebieten mit voller Härte. Die Rückverteilung über die Förderungspolitik findet jedoch nicht statt, weil diese vielfach auf die Förderung von Großprojekten in Ballungszentren ausgerichtet ist und die regionalpolitischen Maßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe und darüber hinaus nicht in dem Maße Platz greifen und unterstützt werden vom Bund, als dies erforderlich wäre.

Meine sehr Verehrten! Als niederösterreichischer Mandatar möchte ich Ihnen nach der gestrigen großartigen, von beiden Parteien in der niederösterreichischen Landesregierung beschlossenen Tagung zur Kenntnis bringen, daß bereits ab 1980 in Niederösterreich die Gesamtbeschäftigungszahl zu sinken begonnen hat, in Wien schon seit 1977. Dadurch öffnete sich zusehens die Schere zwischen dem nach wie vor steigenden Arbeitskräfteangebot und dem schrumpfenden Personalbedarf der Wirtschaft.

Ende Dezember 1983 — also vor wenigen Wochen — wurden in Niederösterreich über 27.000 Arbeitssuchende registriert. Hoher Bundesrat! Das sind 5,1 Prozent der unselbständigen Berufsträger!

Das Beschäftigungsvolumen in der niederösterreichischen Industrie ist zwischen dem Höchststand Ende 1973 bis Oktober 1983 — das ist die Zeit, die auf Bundesebene vor allem die Sozialisten zu verantworten haben — von 125 700 auf 97 200 kontinuierlich abgefallen. Die Branchen- und Produktengruppenzusammensetzung der niederösterreichischen Industrie hat diesen Schrumpfungsprozeß noch beschleunigt. In manchen Regionen, meine Damen und Herren, droht in erschreckendem Maße eine Entindustrialisierung.

Mit diesen Problemen, meine sehr Verehrten, müssen wir uns auseinandersetzen. Dieser Probleme kann man aber nicht Herr werden, wenn der Staatssekretär des Finanzministeriums andere Erklärungen abgibt als der

Minister, wenn man von der Partei andere Erklärungen hört, als anschließend beschlossen wird, und wenn die Belastung des einzelnen immer größer wird.

Obwohl seit Jahren, meine Damen und Herren, eine Belastungswelle die andere ablöst, wird auch die Situation der Staatsfinanzen immer kritischer. Ich erinnere mich an den Herrn Dr. Kreisky, der jahrelang als österreichischer Bundeskanzler erklärt hat: Lieber mehr Staatsschulden als mehr Arbeitslose. — Heute haben wir mehr Staatsschulden und mehr Arbeitslose und einen Zinsendienst, den dieser Staat kaum mehr bewältigen kann! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Bundesrat Dr. Ambrozy: Das ist Polemik!*)

Die sozialistische Belastungspolitik, Hoher Bundesrat, hat dazu geführt, daß die Abgabenquote bereits 1978 die 40-Prozent-Grenze überschritten und 1981 mit 41,4 Prozent einen neuen Rekordwert erreicht hat. (*Bundesrat Ceeh: 1982 haben Sie vergessen!*)

Herr Kollege Ceeh, Sie kommen ja gleich zum Wort. Ich verspreche Ihnen, ich werde Sie nie so unterbrechen, wie Sie das dauernd tun. (*Bundesrat Dr. Müller: Danke!*) Herr Kollege Müller, Sie haben zwar Theologie studiert, aber erwarten Sie nicht, daß ich zu Ihnen beichten komme! (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Dr. Müller: Aber Sie auch nicht!*)

Umso erstaunlicher ist es aber, daß die sozialistische Koalitionsregierung den bisher schon erfolglosen Weg der Belastung von Wirtschaft und Bevölkerung fortsetzt, wodurch die Abgabenquote im Jahre 1984 mit 42,5 Prozent eine neue Höchstmarke erreicht. Damit wird sie im kommenden Jahr bereits um 18,7 Prozent höher sein als 1970, als der Finanzminister noch Stephan Koren geheißen hat, meine Damen und Herren! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich weiß, Sie hören das nicht gerne, aber es ist eine Tatsache!

Bildlich ausgedrückt muß jeder erwerbstätige Österreicher bei einer 5-Tage-Woche mehr als zwei Tage nur für die öffentliche Hand arbeiten (*Bundesrat Ceeh: Das ist unwahr!*), und wer für eine Verkürzung der Arbeitszeit ist, der arbeitet noch mehr für den Staat, meine sehr Verehrten! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Bundesrat Ceeh: Ein unwahrer Unsinn ist das!*)

Herr Kollege Ceeh! Ich weiß, daß nicht Leibnitz das letzte Universalgenie war, sondern Sie, Herr Bundesrat Ceeh, weil Sie alles

17416

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dr. Schambeck

besser wissen; nur leider hat Leibnitz Sie nicht mehr erleben können. (*Bundesrat Schachner: Jawohl, Herr Oberlehrer!*)

Mit anderen Worten: Jeder Erwerbstätige in Österreich hat im Durchschnitt pro Kopf fast 170 000 S an Steuern und Abgaben im Jahr an den Staat abzuliefern. Das entspricht einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Belastung der erwerbstätigen Bevölkerung von zirka 14 200 S monatlich. Damit hat sich die steuerliche Pro-Kopf-Belastung für jeden Erwerbstätigen gegenüber 1970, als wir die Hauptverantwortung zu tragen hatten, vervierfacht. 1970 betrug sie jährlich 43 000 S. (*Bundesrat Dr. Amrozy: Wie war denn die Lohnentwicklung, Herr Kollege?*)

Damit ist die generelle Tendenz, Hoher Bundesrat, unverkennbar, vor allem jene Abgaben zu erhöhen, die für die Öffentlichkeit nicht gleich als solche erkennbar sind, nämlich die indirekten Steuern und Abgaben, wie Mehrwertsteuer, Tabaksteuer usw. Wir werden davon noch zu sprechen haben. (*Rufe bei der SPÖ: Die indirekten! Er hat keine Ahnung! — Bundesminister Dr. Salcher: Lassen wir ihn reden!*)

Wenn Sie bei der Erwähnung dieser indirekten Steuern und Abgaben, Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher, sagen: „Lassen wir ihn reden“, kann ich Ihnen darauf nur erwidern: Ja, lassen wir Sie reden, aber registrieren wir es, damit wir die Einheitlichkeit und die Tendenzen dieser sogenannten Finanzpolitik wissen.

Ich bringe Ihnen jetzt nur 24 Beispiele (*Rufe bei der SPÖ: Nur!*), Hoher Bundesrat, 24 Beispiele von steuerlichen Belastungserfindungen der Sozialistischen Partei, für die auch alle jene die Verantwortung tragen, die mit Ihnen gemeinsam die Regierungserklärung abgegeben haben und die Gesetze vorbereiten. (*Bundesrat Dr. Müller: Sie sind ein ganz ein Schlauer!*)

Am 21. Jänner 1981 kommt der Vorschlag — alles nachlesbar in der „Arbeiter-Zeitung“ — der Sonderzahlungsbesteuerung, der Besteuerung des 13. und 14 Monatsgehaltes, wobei manche Regierungsmitglieder eine eigene Geschichte dieser Steuern aufweisen, weil sie oft ihre Meinung ändern, und dann steht es einmal im Gesetz.

Am 21. Jänner 1981 lesen wir auch in der „Arbeiter-Zeitung“ von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Weiters am selben Tag von der Besteuerung der Überstunden. Wir

lesen dann von der Abschaffung der vorzeitigen Abschreibung, von der Erhöhung der Energiesteuer um 2 Prozent, von der Quellensteuer, von der Anonymitätsabgabe, von den Strafen für Nichtrechnungslegung, von der Abschaffung unzeitgemäßer Steuerprivilegien wie der Abschreibung einer Mitgift, von der Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes, vom Straßenbau und vom Investitionsanreiz.

Meine sehr Verehrten! Wir können Ihnen eine Liste vorlegen von Steuervorschlägen bis zur Einwegabgabe des Wiener Stadtrates Mayr oder der Idee der Maschinensteuer des Sozialministers Dallinger, der anscheinend Nachhilfestunden gibt, weil die Maschinensteuer nicht direkt in seine Kompetenz fällt, nachdem er ja nicht für die Finanzen zuständig ist.

Hier, meine sehr Verehrten, eröffnen sich eine Reihe von Fragen für uns, die geradezu erschreckend sind. (*Bundesrat Schachner: Hoffentlich eröffnen sich auch eine Reihe von Bildungsmöglichkeiten für Sie, damit Sie eine Rechnung von einer Steuererklärung unterscheiden können!*)

Herr Kollege! Selbstverständlich, denn wir leben ja in einer Bildungsgesellschaft, und die Bildungsbedürftigkeit erfährt man bisweilen auch im Hohen Haus. Sprechen Sie weiter! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich könnte die Liste jener Dinge, die Fragen aufwerfen, aber nicht allein für uns, sondern auch für die breite Öffentlichkeit, fortsetzen. Meine Kollegen werden darauf noch zu sprechen kommen. Denn glauben Sie mir: Dieses Belastungspaket — denken Sie nur an die Mehrwertsteuer — belastet die Familie gigantisch, belastet die Landwirtschaft, die Wirtschaft und vieles andere.

Es ist bedauerndswert — Herr Kollege Müller (*Bundesrat Dr. Müller: Hier! — Heiterkeit bei der SPÖ*), ich weiß nicht, Sie können ohneweiters den Eindruck erwecken, daß der Fasching auch in Ihrer Fraktion eingezogen ist gerade am heutigen Tag. Nur meine ich, daß die Probleme zu ernst sind. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Warum sagen Sie „auch“?*)

Herr Staatssekretär! Sie sind zu wenig lang Staatssekretär, um vielleicht schon zu wissen, daß von der Regierungsbank — Herr Vorsitzender — keine Zwischenrufe gemacht werden. Es sind noch niemals Zwischenrufe gemacht worden von der Regierungsbank!

Dr. Schambeck

(Beifall bei der ÖVP.) Noch niemals, noch niemals! *(Bundesminister Dr. Salcher: Er hat nur gefragt!)*

Herr Bundesminister! Ich brauche keine Belehrungen von Ihnen! Sie sind nicht am Wort! Sie brauchen keine Belehrungen zu geben! *(Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei der SPÖ: Unerhört!)* Ich lasse mich nicht belehren von Ihnen! *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Vorsitzender *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe! Der Redner hat das Wort! *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Bitte, beruhigen Sie sich doch!

Ich bitte den Redner, fortzufahren.

Bundesrat Dr. Schambeck *(fortsetzend):* Ich möchte klar feststellen, daß es noch niemals vorgekommen ist, daß ein Bundesminister und ein Staatssekretär den Redner unterbrechen, wie das bei den Fraktionen, bei den Abgeordneten üblich ist. Sie sind nicht Mitglied des Bundesrates, und wenn Sie es wären, müßten Sie es von der Bank aus machen. Aber es war bisher nicht üblich. Ich sage Ihnen das, weil Sie zu wenig lang Staatssekretär sind, und Sie anscheinend, Herr Bundesminister, zu wenig lange in der Regierung, um zu wissen, daß das nicht gemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei der SPÖ: Unerhört! Das war jetzt der Professor! — Bundesrat Schachner: Wir werden in Zukunft aufstehen, wenn der Herr Bundesrat Schambeck spricht!)*

Der Herr Staatssekretär Bauer hat ja heute versucht, diesbezüglich eine Tradition zu eröffnen, aber nicht mit der Zustimmung meiner Fraktion, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Gargitter: Bitte keine Belehrung!)*

Meine Damen und Herren! Ich gebe ohne weiters zu, daß Sie das, was ich jetzt festgestellt habe, erregt und Sie sich im Zustand der Entrüstung befinden. Aber ob sie gerechtfertigt ist, möchte ich dahingestellt sein lassen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Der einzige Erregte sind Sie!)*

Lassen Sie mich auch mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, welche Konsequenz dieses Belastungspaket *(Rufe bei der SPÖ: Maßnahmenpaket!)* für jeden einzelnen hat, der Miete zu zahlen hat. Denn Sie wissen ganz genau, daß sich durch die Indexierung des Kategoriensinses nach dem Mietrechtsgesetz, durch die Verbundenheit mit dem Verbraucherpreis-

index eine Spirale entwickelt, daß durch das Belastungspaket eine Erhöhung des Verbraucherpreisindex entsteht, dadurch eine Erhöhung der Zinsen und dadurch ein weiterer Antrieb, der ein Perpetuum mobile hier zum Ausdruck bringt. Und es zahlen Schwarze, Rote, Leute mit Blutgruppe Null, Violette und Gagerlgrüne, alle Mieter zahlen, und daher hat sich eine parlamentarische Körperschaft damit auseinanderzusetzen. *(Bundesrat Schachner: Überhaupt wenn sie Mieter der WBO sind! Dann zahlen sie doppelt!)*

Herr Kollege! Ich bin nicht Mieter der WBO! *(Bundesrat Schachner: Ihren Parteisekretär haben Sie vergessen!)* Herr Kollege! Ich bin nicht Mieter der WBO! Ich habe zwar, darf ich Ihnen versichern, zwei Wohnungen, aber keine ist ein WBO-Wohnung.

Ich möchte ganz deutlich darauf hinweisen, daß sich bei der Neuvermietung für die Altmieter aus dieser Problematik der Indexierung des Kategoriensinses nach dem Mietrechtsgesetz größte Konsequenzen ergeben und daß diese Erhöhung der Mietzinse durch den Verbraucherpreisindex eine ständige Steigerung, eine Spirale dadurch erzeugt bekommt, daß Ihr Belastungspaket *(Rufe bei der SPÖ: Maßnahmenpaket! — Bundesrat Schipani: So heißt es!)* hier eine Initialzündung darstellt.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen.

Die Damen und Herren von der SPÖ mit dem Herrn Bundesminister und dem Herrn Staatssekretär dürsten nach dem Wort, daß ich sage: Das, was 1984 im Steuerrecht deutlich wurde, was durch das Budget ermöglicht wurde und was in den letzten 14 Jahren Österreich erlebt hat, bestätigt, was der große österreichische Dichter Heimito von Doderer 1948 über den Sozialismus geschrieben hat. Ich zitiere Heimito von Doderer wörtlich — vielleicht können Sie es, Herr Kollege, für Ihren Wahlkampf in Salzburg gebrauchen *(Bundesrat Köpf: Danke!) —:*

„Sozialismus nennt man einen ungeheuren Aufwand zum Wohle der Menschheit, welcher sich selbst so restlos konsumiert, daß am Ende tatsächlich jeder alles, nämlich das übriggebliebene Nichts hat.“ *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile dieses.

17418

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Bundesminister für Finanzen Dr. **Salcher**: Herr Vorsitzender! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ohne auf die polemischen Bemerkungen in der Einleitung einzugehen, beantwortete ich die Fragen der Bundesräte Dr. Schambeck und Genossen wie folgt:

Zur Frage 1: Ich habe der Steuerreformkommission keinen diesbezüglichen Auftrag erteilt.

Zu den Fragen 2 bis 4: Ich habe keinen speziellen Auftrag zur Beratung über eine stärkere Besteuerung von Abfertigungen, von Überstunden sowie über die Abschaffung des Kfz-Pauschales gegeben. Wohl aber werden im Zuge der Vorbereitungsarbeiten der Steuerreform alle Vorschläge — von wem immer sie auch kommen — auf ihre Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit überprüft.

So wird es auch zu einer Überprüfung folgender Vorschläge des ÖVP-Nationalratsabgeordneten Dr. Mock kommen (*Bundesrat Schmözl: Da schau her!*):

a) Zur Finanzierung einer Tarifsenkung sind die bestehenden Ausnahmebestimmungen im Steuerrecht zu prüfen, einzugrenzen, ja teilweise sogar gänzlich aufzuheben. (*Hört!-Hört!-Rufe bei der SPÖ.*)

b) Privilegien müssen fallen, damit die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden.

c) Es ist nicht zu akzeptieren, daß das Steuersystem es ermöglicht, daß einige wenige, besonders Informierte, selbst bei hohem Einkommen durch Ausnutzung aller Schlupflöcher beinahe ohne Steuern davonkommen. (*Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Schipani, zur ÖVP gewendet: Ihr Parteivorsitzender!*)

Zu den Fragen 5 und 6: Die Sozialversicherungsreform fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Finanzen. Der Inhalt der Sozialversicherungsreform steht noch nicht endgültig fest, weshalb auch keine Einnahmeschätzungen möglich sind.

Zur Frage 7: Staatssekretär Bauer hat ausdrücklich betont, daß die Steuerreform auf jeden Fall aufkommensneutral sein werde. Seine Äußerungen decken sich also mit meinen Ansichten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Ich mache darauf aufmerksam, daß bei der Behandlung über eine dringliche Anfrage ein Redner nicht länger als 30 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dkfm. Dr. Pisek. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dkfm. Dr. **Pisek** (ÖVP, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Die Beantwortung der Anfrage durch den Herrn Bundesminister liegt vor. Sie ist, wie nicht anders zu erwarten war, nicht gerade erschöpfend. Ich freue mich jedenfalls sehr darüber, daß es die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion so „aufgebaut“ hat, daß sie den Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei, wenn ich mich recht erinnere, aus seiner „Erklärung zur Lage der Nation“ zitiert haben; das freut mich ausgesprochen.

Wir alle freuen uns, daß Sie eine Tarifsenkung vorhaben. Wir nehmen das zur Kenntnis, der Herr Bundesminister wird sicher darauf angesprochen werden. Eine Tarifsenkung ist eine mutige Sache. Das ist genau das, was wir seit Jahren anfordern, nämlich weniger besteuern, denn die Steuerquote ist zu hoch. Reduzieren wir die Steuern, damit das Investieren und Verdienen wieder interessant wird. Wählen wir den richtigen Weg! (*Bundesrat Ing. Nigl: Kaum ist der Bundesminister für Finanzen im Hause, kommt es unter Zuhilfenahme von Mock-Zitaten zu lichtvollen Ausführungen!*)

Das, was gesagt wurde zur Sozialversicherungsreform, können wir in dieser Form nicht akzeptieren, denn natürlich ist die Reform der Sozialversicherung zwar nicht zu vollziehen durch den Finanzminister, wie richtig gesagt wird, aber so doch zu verantworten, es muß ja mitfinanziert werden. Daher war die Beantwortung dieser Frage ungenügend. Ich bin sicher, daß die weiteren Debattenredner noch auf die Frage der Pensionsänderung eingehen werden, denn das ist etwas, was uns beunruhigt.

Zur letzten Frage: Da ergibt sich eine Divergenz zum Herrn Staatssekretär. Da heißt es „aufkommensneutral“. Da müssen wir uns über das Wort „aufkommensneutral“ bei der Besteuerung der Abfertigung, die ja hier nicht negiert wird, darf ich das ausdrücklich feststellen, unterhalten.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Seinerzeit, als die Mehr-

Dkfm. Dr. Pisec

wertsteuer eingeführt wurde, hat man Ihrerseits gesagt, daß das keine neue Steuer wäre, daß sie aufkommensneutral sein solle. Man hat sich damals der Mühe unterzogen, bei den verschiedenen Warengruppen die Sätze zu berechnen. Wenn ich mich richtig erinnere, kam da heraus 14,6, 14,7 Prozent. Aufkommensneutral hat es geheißen. Eingeführt hat die damalige Bundesregierung eine 16prozentige Mehrwertsteuer, dann sind es 18 Prozent geworden und dann 20 Prozent. Es gab gesplitterte Sätze, es hat einen 30prozentigen Satz gegeben, einen 32 Prozentsatz, selbst die Energiesteuer wurde lange diskutiert. Man sieht also: Aufkommensneutral heißt für diese Regierung eine Steuererhöhung. Und das ist etwas, wogegen wir uns zu wehren haben.

Herr Staatssekretär! Sie haben in einem Interview mit dem „Kurier“ — darauf angesprochen — eine klare Meinung abgegeben. Diese hat gelautes — ich darf bitte zitieren —: „Auf Abfertigungen drohen höhere Steuern.“ Wir haben hier eine Fotokopie. Ihre Aussage hat gelautes, daß man darüber irgendwann reden wird. Soll ich es Ihnen vorlesen: „Wie aus dem Finanzministerium durchsickerte, sollen nun doch ab 1. Jänner 1985 die Abfertigungen sowie Überstunden höher besteuert und das ‚kleine‘ Kraftfahrzeugpauschale für Arbeitswege bis 20 km sogar abgeschafft werden.“ (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Das schreibt Ihre Parteizeitung!*) Die gehört nicht uns, mir ist neu, daß der „Kurier“ der Österreichischen Volkspartei gehört; soweit ich weiß, gehört er einer Unmenge von Aktionären. Sie können auch einer werden davon. Kaufen Sie ein paar Aktien.

Das KFZ-Pauschale für Arbeitswege bis zu 20 km soll sogar abgeschafft werden. Finanzstaatssekretär Holger Bauer betont allerdings in einem Gespräch mit dem „Kurier“, daß die Steuerreform unter allen Umständen aufkommensneutral sein werde. — Meine Meinung dazu habe ich dargelegt und dokumentiert. Im Klartext: Alle Ausnahmebestimmungen, die vereinfacht, reduziert oder gestrichen werden, sollen durch eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer ausgeglichen werden. Da ist die Tarifreform drin. Etwas, was wir lange fordern, was wir zu diesem Zeitpunkt bei der Budgetsituation als eine kühne Aussage betrachten.

So heißt es zum Beispiel weiters, daß es auch Veränderungen beim großen Kraftfahrzeugpauschale geben soll und es statt eines steuerlichen Abschreibepostens eine verbesserte Pendlerhilfe geben könnte. Holger Bauer weigert sich zwar, dort zu einer eventu-

ell höheren Besteuerung der Überstunden und der Abfertigungen Stellung zu nehmen, erklärte aber, welche steuerliche Begünstigungen von der geplanten Reform betroffen werden.

Dann kommt der bekannte Ausspruch: Die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes machen wir nicht. Uns erscheint die Anfragebeantwortung daher nicht befriedigend genug. Ich lade Sie ein, Herr Staatssekretär, ganz klar zu erzählen, ob die Abfertigungen nun ab 1. Jänner 1985 besteuert werden oder nicht.

Zur Frage eins möchte ich noch einmal zurückkommen, zur Steuerreformkommission. Es ist für uns äußerst unbefriedigend, daß selbst zum jetzigen Zeitpunkt, da die Steuerreformkommission immer dann, wenn die Koalitionsregierung weder aus noch ein weiß, angezogen wird, dazu die Antwort des Finanzministers ist, er hätte noch „keinen diesbezüglichen Auftrag“ erteilt. Es erhebt sich die Frage: Welcher Auftrag wurde der Kommission überhaupt erteilt?

Meine Damen und Herren! Alle wesentlichen, aus der Steuerphilosophie, aus der Ungerechtigkeit des Steuersystems, aus der Ungereimtheit von Ausnahmeregelungen, aus der Ungereimtheit von Erlässen et cetera entstandenen Schwierigkeiten in der Steuerberechnung sollen endlich in der Steuerreformkommission erledigt werden. Der Bundesminister sagt darauf: Einen „diesbezüglichen Auftrag“ habe ich nicht erteilt. Das ist unbefriedigend. Ich muß Ihnen sagen: So kann man Steuerpolitik nicht machen!

Es steht fest: Das Abgaben- und Belastungspaket, das uns diese Regierung serviert hat, kostet jeder österreichischen Familie 5 500 S im Jahr. Wir haben eine Belastung, die wir grob mit 30 Milliarden Schilling ansetzen. Die zirka 2 Milliarden Schilling, die Sie durch Verbesserungen an die Bevölkerung zurückgeben, fallen dabei überhaupt nicht ins Gewicht. Die Belastungsquote steht — und wie bereits von meinem Vorredner, dem Herrn Bundesrat Schambeck, erklärt wurde, haben wir 42,6 Prozent an Belastungen —, jeder Staatsbürger arbeitet fast zwei Tage lang für den Staat.

Aus dieser Belastungsquote — darüber haben wir heute gesprochen — entsteht der Unwillen aller Steuerzahler, egal ob aus Lohnsteuer oder Einkommensteuer, ob Arbeitnehmer des Beamtenstandes, des Arbeiterstandes, der Privatangestellten, egal,

Dkfm. Dr. Pisec

ob Selbständige, ob Pensionisten: Der Unwille ist vorhanden!

Daß in dieser Situation eine weitere Verschärfung der Steuerquote nicht Platz greifen kann, war dem Finanzminister Salcher bereits vor zwei Jahren klar, denn vor zwei Jahren hat er schon nachgedacht, wie sich dagegen wehren, was kann man dagegen tun. Das Ergebnis: eine „Aktion scharf“ ist zu machen. Am 26. Jänner 1981 wurde Salcher vom ORF interviewt, und damals sagte er: Man darf sich nicht beschweren, wenn wir jetzt eine Meisterschaft in der Steuerverfolgung entwickeln.

Meine Damen und Herren! Das hat der Finanzminister im Jänner 1981 gesagt, zu einem Zeitpunkt, an dem ein Maß an Belastung uns neuerdings serviert wurde. Und es ist jetzt bereits die sechste solcher Wellen, die uns die sozialistische Wirtschaftspolitik serviert. In jenem Jahr tritt nun das verhängnisvolle Ergebnis dieser Grundsatzklärung ein. Denn all das, was sich in Altlenzbach ereignet hat, all diese schrecklichen Vorfälle, haben ihre Ursache in der seinerzeitigen Aktion des Ministers Androsch, nämlich in der Errichtung einer zentralen Fahndungsstelle, die damals schon geschaffen wurde, haben ihre weitere Basis in einer Äußerung des Finanzministers Salcher, der sich interessanterweise der damalige Staatssekretär Seidel gar nicht verschloß.

Seidel sagte in einem Interview: „Ich glaube, der Minister und ich werden uns schon einiges in der Hinsicht einfallen lassen.“ Hier hat also der „Gehilfe“ des Ministers, trotzdem er gar nicht aus dem sozialistischen Apparat kam, die Überlegungen seines Herrn und Meisters mitübernommen. Hochinteressant, wenn wir uns das heute betrachten.

Und was hat dazu die ÖVP vor zwei Jahren gesagt? — Wir haben gesagt: Jede Änderung der demokratischen Gesinnung und jede weitere Bestrafung des Unternehmers kann nur zu einem schlechten Ausgang führen. Wir haben damals gesagt: Wehret den Anfängen! Wir haben das wiederholt gesagt. Was ist daraus entstanden? — Dieser schreckliche Vorfall, der dazu führt, daß sich jeder Unternehmer in diesem Land heute in seiner Existenz bedroht fühlt. Das ist daraus entstanden.

Wir fordern daher mit allem Nachdruck, daß die gesetzlichen Normen der Steuerfahndung grundsätzlich überdacht werden, und zwar nach jener Erklärung, die der Herr Bundesminister für Finanzen vorige Woche im

Nationalrat abgab, die man nachlesen kann auf Seite 1724 des Stenographischen Protokolls.

Unter Punkt 5 — er führt 7 Punkte an — erklärt Salcher: „Bereits vor einiger Zeit habe ich Auftrag gegeben, die einschlägigen Rechtsnormen eingehend zu prüfen. Sollte sich eine Reform dieser Normen als notwendig erweisen, wird sie in der kürzestmöglichen Zeit erfolgen, damit in allen Finanzverfahren mehr Bürgernähe und noch bessere Rechtssicherheitseinrichtungen verwirklicht werden. Ich bitte Sie dabei um Ihre Mitarbeit.“ — Die können Sie haben, Herr Minister, denn es ist hoch an der Zeit — wenn nicht schon zu spät —, daß etwas geschieht.

Wir verlangen vom Bundesminister für Finanzen, daß er zu dieser Erklärung nicht nur steht, sondern uns auch ihre Durchführung nachweist, und zwar in kurzer Zeit. Denn wie ich heute vormittag schon gesagt habe: Es muß damit ein Ende sein, daß wegen einer verfehlten Steuerpolitik, wegen einer verfehlten Wirtschaftspolitik ein Finanzminister dazu übergeht, durch scharfe Maßnahmen, die in ihrer Art in der Kriminalverfolgung gar kein Vorbild haben, in der Art der Technik dazu übergeht, Geld herauszuholen aus der Wirtschaft, weil er es benötigt, um seine Fehler damit zu korrigieren. Da gehen wir nicht mit! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Derselbe Salcher hat im gleichen Jahr, als er noch mutig war, zu Beginn seiner Amtsperiode gesagt, nachzulesen im „Kurier“: Eine weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen werde man hauptsächlich über die Ausgabenseite erzielen können. Jetzt geben Sie das Geld nach wie vor mit vollen Händen aus, leider unterstützt von einem Koalitionspartner und von einem Staatssekretär. Ich muß das leider wiederholen, Herr Staatssekretär, was Sie als Abgeordneter gesagt haben.

Salcher sagte damals logisch: Die notwendige Konsolidierung des Budgets müsse durch Einsparungen und nicht durch neue Steuern erfolgen. Bitte, meine Damen und Herren, das war Salchers Idee noch im April 1981. Und was ist daraus geworden? — Die größte Belastungswelle der österreichischen Bevölkerung, die stärkste Benachteiligung der österreichischen Wirtschaft. Allein die Wirtschaft wird mit 15 Milliarden Schilling zur Kasse gebeten.

Was zurückkommt an Erleichterungen — was wir sehr wohl anerkennen — in der

Dkfm. Dr. Pisec

Frage der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer, das sind kleine Beträge, die nicht einmal eine Größenordnung von 2,5 bis 3,5 Milliarden Schilling erreichen. Gleichzeitig nimmt man aber der Bevölkerung die Wohnungsbeihilfe weg, läßt die Wirtschaft sie weiterbezahlen, um damit ein Loch zu stopfen. Man erhöht die Pensionsversicherungsbeiträge der Selbständigen. Da hat sich ja schon abgezeichnet, daß auch wieder die Unselbständigen erhöht werden müssen. Das war ja schon der Beginn.

Wir haben Ihnen gesagt: Tun Sie das nicht! Sie wollen es trotzdem tun.

Wir haben Ihnen gesagt, sichern Sie die Einkommen der Pensionisten, meine Damen und Herren von der SPÖ. Das können Sie aber nur, wenn das Wirtschaftswachstum gesichert ist. Das können Sie nur, wenn die Pensionen real mehr erhöht werden als die Inflationsrate ausmacht. Wir haben Ihnen noch bei der Diskussion des Belastungspaketes im Oktober gesagt: Hüten Sie sich davor, das Wirtschaftswachstum einzuengen!

Was ist Ihnen „gelingen“? — Die Inflationsrate ist vom Dezember bis zum Jänner von 3,8 auf 5,6 Prozent gestiegen. Sie wird im ganzen Jahr — nach einer Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstitutes — 5,3 Prozent betragen; die Pensionserhöhung 4 Prozent. Real verliert jedoch der Pensionist 1,3 Prozent an Kaufkraft.

Das ist „Sozialismus der Tat“! Das ist „Sozialismus der Tat“! Das ist das Ende einer gescheiterten sozialistischen Wirtschaftspolitik, durch die die Renten beschnitten werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich wundere mich, daß eine freiheitliche Partei da mitgeht. Aber was soll man denken, wenn der Vizekanzler und Parteiobmann sagt: Es muß etwas geschehen in der Änderung der Normen der Betriebsprüfung, denn so geht das nicht weiter. Bei Tagesgeschicklichkeit ist er ja da, denn wenn etwas zu erben ist in einer zeitungspublizistischen Sensation, da ist er ja schnell am Wort. Nur hat er vergessen, seinen eigenen Parteifreund zu informieren, denn sonst wäre es heute vormittag nicht möglich gewesen, daß er eine andere Meinung als Regierungsmitglied deponiert hat. Ich stelle das fest. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Staatssekretär Bauer, laut „profil“ haben Sie seinerzeit die Methoden, die die Steuerfahndung hatte, kritisiert, als die Trezore der Bank im Morgengrauen oder noch in

der Nacht durch Druckausübung auf den Filialleiter geöffnet und von fast allen der Inhalt entnommen wurde, also auch von Menschen, die dort ihre Habseligkeiten, ihre Wertgegenstände in ein Depot gelegt haben. Sie haben zwar Lichal heute zitiert — das war nicht ein sehr feiner Zwischenruf —, aber er hat schon recht, daß er eine stärkere Bewachung verlangt, denn die Kriminalitätsrate ist ja unter der Regierung gestiegen. Daher müssen ja die Leute ihre Sachen in das Banksafe legen. Wenn sie es aber tun, dann kommt der Büttel des Finanzministers und nimmt das weg. Bitte, was „wegnehmen“ heißt, das steht im Bürgerlichen Gesetzbuch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Staatssekretär Bauer! Sie haben damals — vollkommen richtig — als freigeählter Abgeordneter gesagt: das ist eine Verletzung verfassungsrechtlich gewährleisteter Rechte. Die überfallsartigen Einfälle der Fahnder nannten Sie eine „Mißachtung rechtsstaatlicher Grundsätze“. Ich bitte Sie, bekennen Sie sich dazu. Sie sind noch immer ein Vertreter des österreichischen Volkes, auch wenn Sie Ihr Nationalratsmandat zurückgelegt haben, aber Sie wurden gewählt. Bekennen Sie sich zu dieser Aussage und schaffen Sie in Ihrem Amt in der Frage der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung, nach dem, was bereits diskutiert und versprochen wurde, Ordnung! Dann nehme ich Sie als Staatssekretär und Vertreter von Wählern wieder ernst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Dann gibt es eine zweite Sache, die ist auch sehr lustig, die entwickelt sich jetzt. Bei aller Wertschätzung, die ich für den Herrn Bundesminister Zilk hege, mit dem mich sogar eine langjährige — fast würde ich sagen: persönliche — Freundschaft verbindet. Ich freue mich immer, wenn er eine neue Idee hat. Jetzt steht in der Zeitung: Zilk reduziert die Kosten der Schulbücher. Bitte nachzulesen, zwei Tage ist es her. Er hat eine phantastische Idee: er spart ein.

Bitte, daß die Medienleute manchmal ein kurzes Gedächtnis haben bei ihnen und bei uns leider nicht, das muß ich feststellen. Ich darf bitte daran erinnern, daß wir zum Zeitpunkt, als die Budgetdiskussion hier im Haus stattfand — ich selber war einer von jenen, die darüber gesprochen haben —, darauf hingewiesen haben, wie sich der Herr Finanzminister — er ist jetzt in der Milchbar, vielleicht hört er sich das aber an — gelobt hat, er spare 10 Millionen Schilling bei der Schulbuchaktion ein. Ich habe ihm gesagt: Ihr Budget, Herr Bundesminister, ist falsch, denn in die-

17422

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Dkfm. Dr. Pisek

sem Jahr werden 35 000 Kinder weniger zur Schule gehen, allein dadurch ersparen Sie bereits 30 Millionen Schilling. Da hat er darüber nachzudenken begonnen, mit dem Ergebnis, daß sein Ressortkollege Zilk nun diese Summe erfunden hat, die eingespart wird. Weniger Kinder gehen in die Schule, das ist die Realität! So kann man doch nicht Politik machen, meine Damen und Herren! Das ist ja nicht mehr glaubwürdig. Das ist ja selbst für Leute nicht glaubwürdig, die ein Budget nicht lesen können. Aber daß weniger Kinder weniger kosten bei den Schulbüchern, das weiß doch wohl jeder. Vielleicht distanziert man sich einmal von diesem Budgetansatz, wenn es leicht geht, irgendwann könnte das ja einmal notwendig werden. Das wäre viel gesünder als zu sagen, was hier beim Mittelstandsbericht gesagt wurde: Die sozialistische Regierung ist plötzlich so mittelstandsfreundlich. Das steht ja auch in einer Ihrer Parteipublikationen, daher mußten Sie sich dazu bekennen.

Nur einen Fehler haben Sie im Budget gemacht. Obwohl Steuererhöhungen vorgesehen sind, weil das Budget sonst nicht zu machen war, sind die Investitionen reduziert worden, und bis heute sagt niemand, daß man wieder auf die Werthöhe des Jahres vorher zurückkehrt. Die Investitionen wurden um 7,3 Prozent von 32,2 auf 29,84 Milliarden reduziert, meine Damen und Herren. Das habe ich dem Herrn Bundesfinanzminister vorgehalten. Was stellt sich aber jetzt heraus? Das Steuereinkommen des Jahres 1984 wird summa summarum um mehr als 10 Prozent netto mehr für den Bund betragen. Bitte stellen Sie sich das vor. Ich stelle das nur gegenüber.

Die Investitionen werden reduziert, weil Sie das Budget sonst nicht zusammenbringen. Die Pensionen erhöhen Sie nicht real, weil Sie das Geld nicht haben. Die Schulbücher reduzieren Sie nicht im Ansatz, weil Sie vergessen, daß es sowieso nicht mehr Kinder gibt. Das ist zwar nur ein kleiner Posten, aber es paßt zur Mentalität. Das Steueraufkommen steigt aber. Und jetzt setzt man auf dieses vermehrte Aufkommen, weil man diese Kuh nicht mehr melken kann. Der Grund liegt in der falschen sozialistischen Wirtschaftspolitik. Und wir sagen Ihnen mit aller Deutlichkeit: So kann man nicht weitertun, denn jetzt ist der Punkt erreicht, wo es nicht mehr geht.

Und wenn Sie sich jetzt nicht klar distanzieren von der Besteuerung der Abfertigung, dann werden Sie alle jene noch mehr verunsichern, die erwarten, daß wohlerwerbende

Rechte realisiert werden. Sie verunsichern jetzt schon wohlerworbene Rechte von Menschen, die noch arbeiten wollen, wenn sie in Pension sind, weil sie arbeitsfähig sind. Und es bleibt Ihnen vorbehalten, Leute im Alter von 55 Jahren in die Rente zu schicken und ihnen nicht zu erlauben, etwas zu tun. Das ist ja widersinnig! Und dann wird noch gestritten darüber, und Freund Sommer kämpft allein für seine Gruppen, ich brauche ihn gar nicht zu unterstützen. Das sind Dinge, die an der Glaubwürdigkeit jeglicher Vereinbarung rühren. Wenn das Budget einmal nicht geht, wird alles gebrochen, und zwar hintereinander. So kann man doch nicht glaubwürdig eine Regierung bilden und schon gar nicht regieren!

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie alle diese Bestrebungen zurück, machen Sie das gut durch klare Erklärungen.

Wenn Schambeck 24 verschiedenen Punkte vorgelesen hat, so lassen Sie mich nur zwei wiederholen, die mich als Wirtschaftstreibenden besonders berühren und interessieren: die Maschinensteuer des Sozialministers, der gleichzeitig Vizepräsident des Gewerkschaftsbundes ist. Wann werden Sie sich davon distanzieren? Das ist ein Rückschritt in die Zeit des Absolutismus, würde ich sagen. Jeder, der Nationalökonomie gelernt hat, weiß, wann das war. Proudhon hat das einmal gemacht. Er hat die Walfische einspannen wollen, daß sie auf den Meeren die Schiffe ziehen. Das war der Frühvorläufer des Sozialismus.

Und dann kam ein sogenannter Kapitalist, ein Fabrikant, der Marx geheißt hat. Der hatte andere Ideen, bei denen Sie heute noch verfangen sind. Aber Dallinger geht ja noch vor den Marx zurück mit der Maschinensteuer. Bitte, wann distanzieren Sie sich? Wir machen uns ja international lächerlich!

Dann sagen Sie: Wir machen etwas für die Wirtschaft, wir geben eine Investitionsprämie! — Da sind wir in der Frage noch nicht ganz handelseins. Denn wir sagen: Machen Sie es überall! Eine Investitionsprämie, und der Sozialminister will dann eine Steuer auf die Maschinen verlangen, die Sie steuerlich begünstigen? Ja weiß denn bei Ihnen im Regierungsteam niemand mehr, was der eine vom anderen sagt? Muß man Sie darauf aufmerksam machen? Sind Sie schon so weit, daß der eine das Gegenteil vom anderen sagt, verlangt, behauptet?

Und dann spricht man natürlich von einer Entwicklung in der Meisterschaft der Steuer-

Dkfm. Dr. Pisec

verfolgung. Dann kann das passieren, und darunter leiden wir alle. (*Bundesrat C e e h: Die 30 Minuten sind um!*)

Das zweite ist die 35-Stunden-Woche, meine Damen und Herren. Das ist doch nicht der Weg eines Regierungsmitgliedes, sich zu den Jusos zu begeben, damit irgendeine Gruppe wenigstens zustimmt. Denn daß die dem zustimmen, das ist klar! Die sind für alle diese utopischen Ideen zu haben.

Wenn aber heute unser Nachbar, die Schweiz, sich überhaupt nicht scheut, in der Frage 42 oder 40 Stunden eine Volksabstimmung zu machen, dann müssen Sie doch überlegen: Warum tun die das? Wenn die deutschen Gewerkschafter heute sagen, die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ist nicht aktuell, das können wir uns nicht leisten — und deren Wirtschaftskraft ist ein bißchen stärker als unsere —, dann muß doch Herr Dallinger endlich draufkommen, von diesem Irrsinnsvorhaben mit gleichzeitiger voller Lohnbezahlung abzugehen. In der Situation, in der Sie nicht in der Lage sind, das Budget zu decken und ohnehin jedem Geld wegnehmen durch die Steuererhöhung, da wollen Sie das auch noch verlangen? Das sind die zwei Punkte, wo ich Ihnen sage: Das Fortsetzen der Verunsicherung führt dazu, daß wir in immer größere Schwierigkeiten gelangen. (*Bundesrat C e e h: Die 30 Minuten sind um!*)

Oder wie soll man denn das sonst nennen, wenn die Kraftfahrzeugsteuer um 50 Prozent lässig erhöht wird? Sie erinnern sich an die Lkw-Steuer unseligen Angedenkens. Im Zuge der normalen Tarifreform, die Ihnen jetzt eingefallen ist, erhöhen Sie die Straßenverkehrssteuer um glatte 50 Prozent wie nichts! (*Ruf bei der SPÖ: Was machen eigentlich die Schweizer?*)

Dann kriegen wir eine Retorsion, Herr Staatssekretär! Von den Italienern kriegen wir das Geld zurück, ein riesiger Papierkrieg! Wozu brauchen wir es da erst einheben? Die Ausländer zahlen sogar noch weniger als wir, die müssen ein bißchen weniger Straßenverkehrssteuer zahlen. Und dann geht das noch so weiter, bitte: Von der Türkei kriegen wir sie nicht zurück. Aber von da ist ein kleiner Schritt dazu, eine Maut einzuheben, und dazu wird es sicher eines Tages auch bei uns kommen, das sehe ich schon. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Denn jetzt ist es schon soweit, daß die Gebühr der Brenner Autobahn von 5 000 S bei

38 Tonnen bereits erhöht wird auf 17 000 S. Das sind 340 Prozent. Von einer Regierung, die sagt: Wir sind wirtschaftsfreundlich! — Das ist Wirtschaftsfeindlichkeit im höchsten Maße! Und das gehört angeprangert, in jeder Hinsicht angeprangert, meine Damen und Herren! Bemühen Sie sich lieber, daß jene Kontakte, bei denen wir Ihnen geholfen haben bei der Europäischen Gemeinschaft in der Frage einer Straßenförderung, die geschehen sollte, endlich zum Erfolg gelangen, statt hier eine Branchengruppe zu schröpfen, die sich logischerweise dann zu wehren beginnt.

Die Auswirkungen sehen Sie ja: Unsere Transitstraßen werden plötzlich verstopft. Das ist wieder eine Auswirkung Ihrer Steuer- und Regierungsart und -technik! Ich erinnere mich noch sehr genau, als ich damals an der Grenze war, als Androsch diese Steuer einführte. Und heute erhöhen Sie sie, ohne mit der Wimper zu zucken.

Gehen Sie diesen Weg nicht weiter, denn wir werden Ihnen auf diesem Weg weder folgen noch werden wir dazu schweigen.

Wir werden ununterbrochen darauf hinweisen, was Sie falsch machen, und wir werden von Ihnen verlangen, daß Sie einen Weg gehen, der die Wirtschaft nicht schädigt, sondern der der Wirtschaft hilft. Wir werden verlangen, daß in deutlichen Erklärungen — und ich tue es hiemit — die Verunsicherung der österreichischen Wirtschaft und der Bevölkerung beendet werden muß; daß nicht ununterbrochen neue Steuerdiskussionen entstehen.

Und ich verlange hier an dieser Stelle, daß das Versprechen des Finanzministers zu einer Neuordnung der gesetzlichen Grundlage der Betriebsprüfung und Steuerfahndung gemacht wird, damit den Selbständigen das Gefühl genommen wird, daß sie schlechter behandelt und stärker belastet werden als die gesamte andere Bevölkerung. Das ist ein Weg, unserer Wirtschaft zu helfen, aber nicht ihr zu schaden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß die Redezeit nicht überschritten wurde, daß ich den Vorsitz führe und das bestimme. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesrat C e e h. Ich erteile es ihm.

Bundesrat C e e h (SPÖ, Kärnten): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Schambeck hielt es für richtig, die Stim-

17424

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Ceeh

mung aufzuheizen und anzuheizen. Ich aber meine, bei einer Innentemperatur von fast 24 Grad Celsius auf diesem Thermometer da drüben wäre es besser, etwas Energie zu sparen. Und ich meine auch, daß es empfehlenswert wäre, etwas energiebewußter im Parlament zu agieren.

Zu seinem Schlußwort meine ich: Ein Weniger an Gehässigkeit wäre mehr an Substanz. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Als Antwort auf seine Ausfälligkeit mir gegenüber darf ich in aller Bescheidenheit feststellen, daß ich mich nicht für das letzte Universalgenie halte; ich meine aber, daß ganz offensichtlich er, der Herr Professor Schambeck, sich selber für ein solches Universalgenie hält. Aber das ist seine Sache.

Sein Papier — er ist ja der Erstunterzeichner — bestätigt, daß ich mit dem recht habe, was ich jetzt anschließend sagen werde. Einen Teil des Inhaltes seines heutigen Papiers kennen wir schon lange. Ich habe im Laufe der vielen Jahre das „Vergnügen“ gehabt, Kollege Nigl, einige seiner Papiere vorzufinden, und ich habe nicht nur einmal hier festgestellt, Herr Kollege Nigl, daß ich bedauere, wenn jemand mehr von sich hält, als er halten kann.

Die Zahlenspielerereien mit den Prozentsätzen in diesem Papier kennen wir schon lange. Das ist ein alter Hut: das Doppelte von wenig sind halt 100 Prozent Zunahme! Das Zweifache von wenig sind halt 200 Prozent Zunahme! Sie rechnen immer so, wie Sie es brauchen. Das ist ein alter Hut.

Sie stellen die Anpassungen der Tarife und der Gebühren so hin, als wären es unverantwortliche und unnötige Preiserhöhungen, und das trotz der Tatsache, daß jeder Staat mit den Gebühren und mit den Tarifen klarerweise der Teuerungsrate folgen muß. Daß es völlig unmöglich ist, Gebühren und Tarife für alle Ewigkeit einzufrieren, wissen Sie genauso wie wir. Sie reden aber den Menschen das Gegenteil ein, weil Sie meinen, daß es immer noch Menschen gibt, die glauben, was Sie reden, und die glauben, was Sie ihnen erzählen.

So kritisieren Sie wieder einmal die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge, obwohl Sie ganz genau wissen, daß gerade die Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, deren Anhebung Sie in diesem Papier kritisieren, die Leistungen bei weitem nicht decken, bei weitem nicht, Kollege Pisec, auch deine

nicht. Jeder weiß inzwischen, daß der Steuerzahler — nicht der Bund, sondern der Steuerzahler — zu den Pensionsbeiträgen der Selbständigen mehr als 70 Prozent dazugibt. Alle wissen es, nur Kollege Pisec anscheinend nicht. *(Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.)* Alle wissen es, nur Herr Kollege Pisec weiß es offensichtlich noch immer nicht.

Alle wissen inzwischen längst auch, daß die Pensionsversicherung der Bauern die am meisten defizitäre ist. Jedes kleine Kind weiß inzwischen, daß sogar die Krankenversicherung der Landwirtschaft jedes Jahr einen Zuschuß von über 600 Millionen Schilling benötigt, und trotzdem kritisieren Sie die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, weil Sie meinen, daß es noch immer Leute gibt, die Ihnen Ihren Unsinn glauben.

Ich habe vorhin die Zahlenspielerereien des Kollegen Schambeck bewußt als „unsinnige Unwahrheiten“ bezeichnet und weiß, daß ich damit einen Ordnungsruf riskiert habe. Ich habe aber trotzdem keine Angst vor einem Ordnungsruf, weil es eine absolute Unwahrheit und eine unsinnige Unwahrheit ist zu behaupten, daß nun jeder erwerbstätige Österreicher im Jahr 9 000 S mehr abliefern muß. So wie das in diesem Papier steht, ist es eine absolut unsinnige Unwahrheit! Deswegen erlaube ich mir, das da zu sagen. Tatsachen wird man wohl noch festhalten dürfen.

In dem Papier wird offensichtlich ohne jede Sachkenntnis auch von der Steuerreformkommission gesprochen. Obwohl jeder von Ihnen, jeder von uns vor Weihnachten diese Dokumentation *(der Redner zeigt sie)* bekommen hat, scheint sie keiner von der ÖVP gelesen zu haben. Sonst wäre es geradezu unmöglich, die Frage 1 zu stellen. Schon in der Einleitung zu dieser Dokumentation wird sogar sehr ausführlich auf die Frage 1 Ihrer Anfrage Bezug genommen. Aber lesen ist anscheinend etwas, was Ihnen nicht paßt. Sie wollen gar nicht lesen, sondern Sie wollen nur polemisieren und wollen die Leute verunsichern, und das ist das, was ich insbesondere Ihnen, Herr Kollege Raab, vor Augen halten muß, denn Sie tun das ja immer wieder. Diese Verunsicherungs- und Verteufelungspolitik der ÖVP, eine Politik, die wir seit Jahren miterleben müssen, ist auf das schärfste abzulehnen. *(Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Raab: Dallinger und Salcher, die verunsichern uns!)*

Ich empfehle jedem, Herr Kollege, auch Ihnen, daß Sie sich mit diesen Dingen beschäftigen: ein ausführliches Studium die-

Ceeh

ser beiden Dokumentationen wäre gut. Wenn Sie das gelesen hätten, dann wäre Ihre dringliche Anfrage völlig unnötig gewesen. Dann hätten Sie zumindest gemerkt, wie kompliziert die Materie wirklich ist.

Zu einigen anderen Feststellungen des Kollegen Schambeck muß ich sagen: Wir befinden uns zwar in der Endphase des Faschings, aber daß er als Erstunterzeichner an den Bundesminister für Finanzen Fragen stellt, für die dieser Minister ganz offensichtlich überhaupt nicht zuständig ist, finde ich schon einigermaßen kurios, zumal dann, wenn eine solche Anfrage von einer Person unterzeichnet wird, die sich als anerkannter Kenner der parlamentarischen Materie bezeichnet. (*Bundesrat Ing. Nigl: Und zwar?*) Das ist hart, genauso hart wie seine Äußerung. (*Bundesrat Ing. Nigl: Ich habe gefragt: „Und zwar?“, nicht: „Das ist hart!“ Also: „Und zwar?“*) Ist recht, Herr Kollege Nigl, du kommst auch noch dran. (*Bundesrat Ing. Nigl: Ich hätte gerne eine Antwort!*) Ja du kommst auch noch dran. Ich werde dir gleich nachher die Antwort geben.

Aber: schön der Reihe nach. (*Bundesrat Ing. Nigl: Bitte § 80 ASVG lesen! Da ist der Finanzminister zuständig! Daher ist diese Frage berechtigt! Diese Schulmeisterei geht in die Hose, aber in die rote! — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Wenn Herr Kollege Nigl ausgeredet hat, darf ich fortsetzen und mich mit der Verunsicherungs- und Verteufelungspolitik seiner Partei weiter beschäftigen. Eine solche Verteufelungspolitik wird, wie wir alle in den letzten Jahren sahen und sehen, auch im Bundesrat offensichtlich weiter angewandt. Ich frage mich nur, warum. Uns brauchen Sie, bitte, nicht zu belehren, denn wir wissen einiges, und Sie brauchen nicht zu glauben, daß Sie hier in Parteiveranstaltungen sind. Es sieht beinahe so aus, als würden Sie sich da einüben mit Ihren Argumenten. Deswegen tun Sie das, eben weil Ihre offensichtlich gezielte Kampagne ein psychologischer Krieg der verbrannten Erde ist, wie Sie ihn seit Jahren betreiben.

Ihre Verteufelungs- und Verunsicherungspolitik ist so miserabel, daß man wirklich schon sagen kann: Das ist eine Schande für eine Partei, die sich „Volkspartei“ nennt. Ich weiß schon, im Bundesrat so zu agieren ist schon wichtig, zumal man sich ab und zu einmal auch das Fernsehen bestellen kann, zumal man dann zumindest ab und zu einmal in der Presse sein kann und sie dann wieder

wegschickt. Wir wissen das schon. — Aber Schwamm drüber!

Kontrolle und Kritik, meine Damen und Herren, ist selbstverständlich das Recht der parlamentarischen Opposition. Das habe ich nie bestritten; ich kann es nur unterstreichen.

Ja zu Kontrolle und Kritik — das, was Sie seit Monaten, ja seit Jahren aber machen, ist etwas ganz anderes! Sie meinen, daß Sie uns prügeln, setzen aber Aktionen, die das ganze Volk treffen, nicht nur die Wirtschaft, die Sie laufend verunsichern. Sie fügen nicht nur unserem Volk, sondern auch der Demokratie mit Ihrer Verteufelungspolitik großen Schaden zu. Und das ist etwas, was wirklich zu verneinen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Auch in Ihren Printmedien ist es nicht anders. Vor einiger Zeit konnte man in einer bürgerlichen — Herr Kollege Pisek wird natürlich wieder abstreiten, daß das etwas mit der ÖVP zu tun hat —, jedenfalls in einer bürgerlichen Zeitung lesen, daß es wieder einmal einen neuen Erlaß im Bundesministerium für Finanzen gibt, nach dem angeblich — so hieß es dort — der Zahnersatz bei Einfuhr an den Grenzen besonderen Kontrollen zu unterziehen ist.

Es ist klar, daß diese Mär nicht gestimmt hat. Wozu sollte sie auch stimmen? Man setzt mehr solche Märchen in Umlauf, weil man meint, daß es sinnvoll und zweckmäßig ist, die Menschen immer wieder mit solchen Geschichten zu verunsichern. Und das ist wirklich etwas, was man ablehnen muß; aber es kommt immer wieder.

Inzwischen hat das Bundesministerium für Finanzen längst festgestellt, daß daran kein wahres Wort ist, daß es keinen alten und keinen neuen Erlaß gibt. Es ist klar, daß der Zahnersatz, sofern er herausnehmbar ist und sofern man ihn wirklich importiert, an und für sich nach unseren Rechtsvorschriften zollpflichtig ist. Aber das wurde ja nicht behauptet. Es wurde behauptet, es gebe einen neuen Erlaß mit verschärften Maßnahmen.

Aber selbstverständlich hat man es nicht der Mühe wert gefunden in dieser bürgerlichen Presse, die längst klargestellte Angelegenheit in der gleichen Form wieder richtigzustellen. Das ist natürlich nicht notwendig! Das ist ein kleines Mosaik, wie man diese Verteufelungs- und Verunsicherungskampagne führt. (*Bundesrat Köpf: Zahnlose ÖVP! — Bundesrat Ing. Nigl: Wir sind für alles verantwortlich, das nehmen wir hin!*)

17426

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Ceeh

Für alles Gott sei Dank nicht! Das täten Sie gern, das ist ja der Zweck ihrer Bemühungen. Aber so weit sind wir nicht, daß Sie für alles verantwortlich sind. Für das Wichtigste sind Gott sei Dank nach wie vor die Sozialisten verantwortlich.

Aber, falls sich Herr Kollege Kaplan nicht angesprochen fühlt, und auch wenn der Kollege Dr. Mautner-Markhof nicht da ist, Sie können es ihm ja ausrichten. Ich sage ausdrücklich: leider.

Unter den Printmedien, die ausdrücklich der ÖVP zuzuzählen sind — neuerdings, ich werde Ihnen auch sagen warum —, befindet sich leider Gottes auch der Pressedienst der Industriellenvereinigung. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß dort ein gewisser Dkfm. Milan Frühbauer sitzt, der sich völlig selbstverständlich in einer anderen Zeitschrift des Österreichischen Akademikerbundes als ÖVP-Aktivist bezeichnet, und im Pressedienst der Industrie agiert er als solcher. Sonst wäre es ja nicht möglich, daß er in diesen Mitteilungen, die nach Informationsblättern aussehen, aber ein Manipulationsobjekt sind, so schreibt oder schreiben läßt, wie er schreibt.

Ein Beispiel, wenn Sie es nicht glauben, aus der jüngsten Zeit, Sie alle kriegen jeden zweiten Tag dieses „Informationsblatt“. Vor einigen Tagen steht wieder drinnen — bezogen auf den Kunden, also auf den Normalverbraucher —: Inzwischen hat der Mehrwertsteuersatz schon ein Fünftel des Preises erreicht. — Sachlich völlig richtig. Geht dennoch an der Tatsache vorbei, daß der Käufer den Preis samt Mehrwertsteuer, also den Bruttopreis, als den Preis betrachtet. Klar, er hat ja keinen Vorsteuerabzug. Das heißt umgekehrt, der Käufer empfindet die Mehrwertsteuer, den normalen Satz, als das Sechstel. Die Industriellenvereinigung macht daraus, sachlich völlig korrekt, ein Fünftel. Sie sagt natürlich nicht dazu: des Nettopreises, weil sie weiß, daß der Nettopreis für den Konsumenten nichts bedeutet. Für mich ein Musterbeispiel der Frühbauerischen Manipulation. Und solche Manipulationen gibt es in diesem Blatt am laufenden Band. (*Bundesrat Kaplan: Das muß man der Industriellenvereinigung sagen!*) Jawohl, das ist der ÖVP-Aktivist Dkfm. Milan Frühbauer, ob es Ihnen nun paßt oder nicht.

Der Herr Staatssekretär Bauer hat am Anfang der Tagesordnung heute hier erklärt, die ÖVP setzt bewußt auf die Emotion. Herr Staatssekretär! Ich bin fast Ihrer Auffassung. Fast! Ich gehe dennoch etwas weiter: Sie set-

zen nicht nur bewußt auf die Emotion, sondern Sie wecken die Emotionen ganz bewußt, um sie zu mißbrauchen. Das ist Ihr Zweck! Sie wollen ja nicht die Sache darstellen, Sie wollen nicht informieren, Sie wollen die Leute emotionalisieren. Sie wollen sie verhetzen, weil Sie glauben, damit uns, uns Sozialisten und unsere Regierung zu treffen. Und treffen tun Sie das gesamte Volk genauso wie die Wirtschaft, die Industrie, Sie treffen damit alle! Das ist etwas, was verwerflich ist, und das werfe ich Ihnen deshalb auch vor. Sie kochen überall Ihr Süppchen, ohne jede Rücksicht darauf, was dann passiert. Das habe ich schon vorhin als die Politik der verbrannten Erde bezeichnet. Das ist es nämlich auch.

Ich weiß, daß in Ihren Reihen eine ganze Menge von Personen sitzt, die vernünftig genug sind, zu wissen, daß diese Politik falsch ist. Und ich rufe alle diese vernünftigen Personen auf: Sorgen Sie dafür, daß die Propagandisten unter Ihnen — das sind diejenigen, die Sie in diese falsche Richtung manipulieren — mit dieser Verteufelungs- und Verhetzungspolitik endlich aufhören, damit sie aufhören, bevor es zu spät ist, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Bundesrat Rosemarie Bauer. Ich erteile ihr dieses.

Bundesrat Rosemarie Bauer (ÖVP, Niederösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg, Herr Staatssekretär, ohne daß ich Ihr parlamentarisches Vertretungsrecht in Frage stellen möchte, möchte ich dennoch feststellen, daß es uns außerordentlich leid tut und daß ich es bedauere, daß unsere Ausführungen für den Herrn Minister von so geringem Interesse sind, daß er dieses Forum verlassen hat. (*Beifall bei der ÖVP. — Rufe bei der SPÖ: Eine verständliche Reaktion!*)

Wenige Wochen nach Inkrafttreten des Belastungspaketes müssen wir feststellen, daß die befürchteten Auswirkungen dieser Maßnahme (*Bundesrat Schachner: Jetzt ist es Ihr herausgerutscht, das darf doch nicht wahr sein, wenn das der Bergmann hört!*) voll eingetroffen sind, ja daß diese sogar bei weitem übertroffen werden. Der Griff in die Taschen der Steuerzahler zeigte bei Familien mit einem durchschnittlichen Einkommen verheerende Auswirkungen. Bei Jungfamilien und Beziehern kleiner Einkommen, die den Großteil ihres Einkommens für Nahrung, Wohnung und Beheizung ausgeben müssen, hat sich die finanzielle Situation durch die

Rosemarie Bauer

Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bei Grundnahrungsmitteln um 25 Prozent und bei Energie um 54 Prozent drastisch verschärft.

Wir haben noch vor Inkrafttreten des Belastungspaketes angenommen, daß die Leistungskürzungen, daß Steuer- und Tarifierhöhungen jeden österreichischen Familienerhalter im Jahr 1984 zirka 8 000 S kosten würden. Bereits heute müssen wir feststellen, daß nach Berechnungen das Familieneinkommen im Jahr 1984 um 10 500 S gesenkt wird, wobei die Inflationsrate allein den Familien 4 000 S im Vergleich zum Vorjahr wegnehmen wird. Vor allem kinderreiche Familien sind Opfer dieser Belastungswelle. Sie werden durch die rapide Kostensteigerung an ihrem Lebensnerv getroffen, denn bei den notwendigen Dingen, und zwar bei den lebensnotwendigen Dingen, kann nicht mehr gespart werden.

Die beabsichtigte und in Kürze auszuzahlende einmalige Teuerungsabgeltung, die am 1. April ab dem dritten Kind ausbezahlt wird, ist angesichts der explodierenden Kosten eine Lappalie, wobei Familien mit zwei Kindern — und das ist eine nicht unbeträchtliche Anzahl — eigentlich leer ausgehen. Somit greift die Regierung nicht nur in die Brieftaschen der Reichen, sondern sie holt sich auch Schilling für Schilling aus den Geldbörsen der Ärmsten, was übriges auch durch die Streichung der Wohnungbeihilfe — das ist eine Lappalie von 30 S — dokumentiert wird.

Diese Regierung macht eigentlich auch nicht vor den Zinserträgen der Kindersparbücher halt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den Opfern, die Ihrer Meinung nach von allen — auch von den Familien — gebracht werden müssen — und das war ja damals die Sprachregelung anlässlich des Beschlusses des Belastungspaketes —, schmälern Sie nicht nur die Lebensexistenz derselben, sondern greifen Sie bereits ganz massiv das Existenzminimum an. Wir sprechen heute daher zu Recht von einer neuen Armut. Berechnen wir das Pro-Kopf-Einkommen der Familien, so müssen wir feststellen, daß ein Großteil der österreichischen Familien bereits unter der Armutsgrenze lebt (*Bundesrat Dr. Amброzy: Wo ist denn die Armutsgrenze?*), und es sollte auch bei steuerlichen Maßnahmen immer dieses Pro-Kopf-Einkommen in Betracht gezogen werden. Das ist jener Betrag, der auch den Ausgleichszulagenempfängern zur Verfügung steht. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schachner: Der*

Großteil liegt darunter, darum kriegt er eine Ausgleichszulage!)

Aber ich nehme an, Sie brauchen diesen Nachhilfeunterricht sicher nicht. Meine Herren, ich darf Ihnen sagen, daß Sie mit dieser Art von Zwischenrufen auf keinen Fall mein Selbstbewußtsein zertrümmern können! (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schachner: Die Zeile sollen Sie nicht verlieren! Ihr Selbstbewußtsein können Sie daher behalten!*)

Das ist mein gutes Recht, mich an ein Konzept zu halten. Das erspart mir, daß ich vielleicht abgleite wie mein Vorredner, der Herr Ceeh, und daß ich beim Sachlichen bleibe. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In Österreich gibt es 500 000 Familien, die mit einem Einkommen auskommen müssen. Laut Sozialbericht gibt es heute gewaltige unververtretbare Einkommensunterschiede. Das Durchschnittseinkommen der Bestverdienenden lag 1982 30mal höher als jenes der untersten Einkommensschichten. Die Einkommensverteilung ist also in den 13 oder 14 Jahren sozialistischer Regierung nicht gerechter geworden.

War die Anzahl der Ausgleichszulagenempfänger schon bisher stark steigend, so hat sich das Belastungspaket als geradezu beschleunigend für die neue Armut erwiesen. Bei Pensionen gibt es einen Kaufkraftverlust von 3 Prozent. Tausenden Haushalten wird Gas und Strom abgeschaltet, Mietrückstände und Delogierungen nehmen enorm zu. Nur ein Beispiel: In Wien wurden vom Oktober 1982 bis Mai 1983 9 323 Haushalten Gas und 9 274 Haushalten der Strom abgeschaltet. Die Mieten liegen im Durchschnitt um 2 400 S höher. 15 235 Wiener Haushalte sind mit ihrer Miete im Rückstand, es gab über 119 Delogierungen, und 403 Verfahren sind noch anhängig.

1981 wurden in Österreich rund eine Million Menschen gepfändet, heute steigt diese Zahl rapid an. Die Sozialhilfebudgets müssen in den einzelnen Bundesländern drastisch erhöht werden: In Wien zum Beispiel — wenn ich bei Wien bleiben darf — um 42 Prozent, in Niederösterreich lag diese Erhöhung im Jahr 1983 sogar bei 50 Prozent. (*Bundesrat Dr. Amброzy: Dort ist ja der Ludwig!*)

Neben den erhöhten Lebenserhaltungskosten sind die Familien noch von verschiedenen anderen Maßnahmen der Belastungswelle betroffen. Täglich fahren Tausende

17428

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Rosemarie Bauer

Familienväter zu ihren Arbeitsplätzen und müssen allein durch die Erhöhung der Kfz-Steuer eine Teuerung von 60 Prozent auf sich nehmen, wobei noch die Versicherungssteuer und die Mehrwertsteuererhöhung beim Normalbenzin hinzuzurechnen wären. Benutzen sie aber die Bundesbahn, so trifft sie die Erhöhung der Bahntarife.

Ihre illusorischen Behauptungen, diese Belastungswelle würde eine wirtschaftsbelebende und arbeitsplatzsichernde, ja arbeitsplatzschaffende Auswirkung haben, erweist sich von Woche zu Woche mehr als Trugschluß. Die Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes, daß mit dem Belastungspaket 1 Prozent Wirtschaftswachstum verhindert wird, was die Vernichtung von 20 000 Arbeitsplätzen bedeutet, bewahrheitet sich immer mehr.

In Niederösterreich gibt es mit Stand Ende Jänner 1983 33 000 Arbeitslose. Eine Spitzenmeldung kommt von Zwettl, wo es 17 Prozent Arbeitslose gibt. Von diesen 33 000 Arbeitslosen sind 10 420 Frauen. Die Arbeit suchenden Schulabgängerinnen sind hier gar nicht mitgerechnet, und vielfach sind Frauen die ersten, die von der Arbeitslosigkeit betroffen werden. Oder sie können nach erfolgter Kindererziehung keinen Arbeitsplatz finden, sie fehlen in dieser Statistik.

Nach wie vor klafft die Einkommensschere zwischen Männer- und Fraueneinkommen stark auseinander. Zum Beispiel lag das durchschnittliche Arbeitereinkommen im Jänner 1983 bei Männern bei 11 510 S, bei Frauen bei 7 449 S, das heißt, daß die Frau nur 65 Prozent des männlichen Gehaltes bekommt. Bei den Angestellten liegt der männliche Durchschnittsverdienst bei 16 879 S und bei den Frauen bei 10 122 S. Hier verdient die Frau 60 Prozent des männlichen Gehaltes. (*Bundesrat Dr. Ambrözy: In der Privatindustrie!*) In der Privatindustrie liegt dieser Prozentsatz bei 40 Prozent. Bei gleicher Qualifikation und gleicher Arbeitszeit liegt das Durchschnittseinkommen der Männer rund 30 Prozent höher als das der Frauen, in der Privatwirtschaft bei 40 Prozent. (*Bundesrat Schachner: Die ÖVPLer zahlen nicht gern!*)

Neben den finanziellen Auswirkungen müssen Frauen in zunehmendem Maße, vor allem auch alleinstehende Mütter, das Pendlerschicksal auf sich nehmen, um überhaupt noch arbeiten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren

von der Regierungspartei! Wenn Sie so stolz darauf sind, daß Sie in einer bisher einmaligen Situation in die Wohnungen der Arbeitnehmer gegangen sind, so möchte ich Sie auffordern, einmal einen Tag das Schicksal eines Pendlers oder auch einer Pendlerin mitzufolgen und mitzuvollziehen. Wenn Sie mit diesen Leuten sprechen, dann würde der Herr Cehe auch die entsprechende Antwort darauf bekommen, weil er meint, daß wir die Emotionen schüren. Wir brauchen diese Emotionen nicht zu schüren, sie sind in der Bevölkerung. Und wenn Sie immer, Herr Kollege, Niederösterreich schmähen: Wir haben in Niederösterreich eine Wahl geschlagen, die eine klare Antwort auf das Belastungspaket ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein ganz konkretes Beispiel: Wir waren bei den Pendlern. Eine Pendlerin aus dem Grenzland Niederösterreichs, aus Retz, aus jenem Bereich, wo Bundeskanzler Dr. Kreisky versprochen hat, dort wird er den breiten Gürtel des Wohlstandes streuen — die Bewohner dort warten immer noch —, verbringt im Tag vier Stunden allein im öffentlichen Verkehrsmittel, wobei der Weg vom Wohnort zum Bahnhof und wieder zurück gar nicht mit eingerechnet ist. Sie verläßt ihre Familie um halb 6 Uhr früh und kehrt erst wieder um 20 Uhr in die Wohnung zurück. Sie hat drei Kinder im Alter von zwei bis neun Jahren und sieht diese in der Regel nur am Wochenende. Dasselbe gilt auch für die pendelnden Familienväter. (*Bundesrat Schachner: Und diesen Frauen wollten Sie nicht einmal das Pendlerpauschale geben! — Bundesrat Ing. Nigl: Auch die sozialistischen Arbeiterkammerräte in der Steiermark haben das abgelehnt!*) Jahrelang urgiert die ÖVP im Parlament den Pendlerzuschuß, um wenigstens hier finanziell eine Hilfe anzubieten, und er wurde einige Male von der damaligen sozialistischen Alleinregierung abgelehnt.

Unserer Jugend wird vom Kindesalter an — und zwar vom Kindergarten an beginnend — das Pendlerschicksal aufgepfropft. Neben dem finanziellen Aufwand und den psychischen Belastungen des Pendelns ist gerade bei den Jugendlichen auch die Entwurzelung aus ihrer Heimat zu vermerken und aufzuzeigen, denn sie erleben ihre Heimat und ihr Zuhause nur als Schlaf- und Wohnstätte und sind aus dem gesellschaftlichen, kulturellen Geschehen weitgehend ausgeschlossen. In den Pendlerzügen sind die Gesichter geradezu von der Hoffnungslosigkeit dieser Situation gekennzeichnet.

Wenn sich das Land Niederösterreich nun

Rosemarie Bauer

entschlossen hat, neben der Initiative zur Wirtschaftsbelebung und zur Verbesserung der Verkehrssituation die Pendlerpauschale einzuführen — weil sie der Bund trotz mehrmaligem Antrag der ÖVP nicht einführt und Niederösterreich sich nun entschlossen hat, hier helfend einzugreifen, und wenn diese Pendlerpauschale in Kraft tritt... (*Bundesrat Stepáncik: Nach jahrelangen Bemühungen der Sozialisten!*) Das glauben Sie selbst nicht, Herr Kollege. Die haben versucht, das der Bevölkerung zu erklären, aber die Bevölkerung kennt die Ablehnung im Parlament. Daher können die Sozialisten Niederösterreichs auf den Zug nicht mehr aufspringen, Herr Kollege. Das ist nicht möglich. (*Beifall bei der ÖVP.*) Versuchen Sie das nicht. Sie machen sich die Sache zu einfach. Und wer die niederösterreichischen Sozialisten in ihrer Agilität kennt, glaubt das von dieser Seite her schon überhaupt nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn also jetzt das Pendlerpauschale in Kraft tritt, dann wird es fallweise überhaupt nicht wirksam sein, weil die Bundesregierung durch diese Preis- und Tariferhöhungen faktisch das, was das Land hier als Hilfe gibt, wegsteuert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist die Tatsache, und das ist die Dramatik. (*Bundesrat Ing. Nigl: Und im übrigen gibt es in Wien und in Kärnten kein Pendlerpauschale — damit Sie das wissen!*) Ja, richtig, in den sozialistischen Bundesländern. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für all diese aufgezeigten Auswirkungen sind die Mitglieder dieser Koalitionsregierung verantwortlich. Ich möchte hier nicht weggehen, ohne zu bemerken, daß besonders die Frau Minister Karl dafür verantwortlich ist, die durch ihr lautes Schweigen und die völlige Ignoranz der zunehmenden Problematik im Familienbereich immer und wieder einmal mehr dokumentiert, daß Familienpolitik tatsächlich nicht ihre Domäne, sondern für sie lediglich ein Lippenbekenntnis ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Holger Bauer. Ich erteile dieses.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen **Dkfm. Bauer**: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Bundesrates! Ich habe das Gefühl und den Eindruck gewonnen, daß Sie mit meinen Ausführungen anläßlich meiner ersten Wort-

meldung vom heutigen Tage nicht ganz einverstanden waren, was den Inhalt anlangt. (*Bundesrat Ing. Nigl: Dieses Gefühl trägt Sie nicht!*) Lassen Sie mich ausreden, Herr Bundesrat!

Vom Inhalt her war es nicht verwunderlich. Sie haben aber sicherlich auch den Ton dabei gemeint. Sie haben gemeint, es sei zu polemisch gewesen, und der Herr Vorsitzende Schambeck hat dann auch die Ungebührlichkeit von Zwischenrufen moniert.

Ich nehme das sehr ernst, Herr Bundesrat Schambeck. Es ist nicht üblich, es ist aber auch nicht verboten, wenn Sie die Geschäftsordnung kennen. Es steht nirgends, daß das nicht statthaft wäre. (*Bundesrat Dr. Schambeck: Auf diese Neueinführungen können wir verzichten, Herr Staatssekretär!*) Ich bitte Sie aber um Verständnis, daß über Neueinführungen nicht Sie allein befinden werden. Gültigkeit, Herr Bundesrat Schambeck, nehme ich an, wird auch für Sie und Ihre Fraktion die Geschäftsordnung besitzen, und da steht eben nichts drinnen.

Aber ich wollte ja gar nicht darauf hinaus. Ganz im Gegenteil, ich wollte etwas ganz anderes sagen. Ich wollte um Verständnis dafür bitten, daß Sie das provozieren, im Sinne des Sprichwortes: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Sie provozieren das. Sie provozieren einen gewissen polemischen Ton, und ich gebe gerne zu, daß auch ich mich dann eines solchen Tones befleißigt habe.

Die vorliegende dringliche Anfrage, ich nehme an, konzipiert von Herrn Bergmann, ist ja wieder ein Paradebeispiel dafür. Und ich bitte um Verständnis dafür, daß man halt dann so antwortet, wie man gefragt wird. Wenn hier die Rede ist von „zaghafte Dementis“, „Vorpreschen“, „Mallorca-Paket mit Steger-Zuschlag“ und „sozialistische Koalitionsregierung“ und derartiges mehr, ist man halt versucht, ebenso zu antworten. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ja, das ist Ihr gutes Recht, ich sage es ja, ich streite es Ihnen nicht ab. Ich bitte nur um Verständnis, daß man dann versucht, in einem ähnlich polemischen Ton zu antworten. Es fällt einem schwer, dann nicht zu sagen: Und so antworte ich der Ludwig-Mock-Opposition wie folgt. (*Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Dr. Schambeck: Das Schicksal der Kreisky-Partei: Sie muß jetzt vom Staatssekretär Bauer verteidigt werden! Das Erbe des großen Mannes, die Hinterlassenschaft*)

17430

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Staatssekretär Dkfm. Bauer

von Herrn Dr. Kreisky — leider! — Lebhaftige Gegenrufe bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was den harten Kern Ihrer dringlichen Anfrage ausmacht, nämlich die angebliche Ankündigung von neuen Belastungspaketen durch meine Wenigkeit, so gehen Sie auch wieder — ich nehme an, wider besseres Wissen — von falschen Tatsachen aus, indem Sie ein abgegliches Interview in der „Presse“ zum Gegenstand ... (*Bundesrat Dr. Pisec: Im „Kurier“!*) Entschuldigen Sie, ich kann ja Ihre Anfrage lesen; Sie sollten es auch tun. Hier steht: „... kündigte der Staatssekretär im Finanzministerium, Dkfm. Holger Bauer, in einem Interview mit der ‚Presse‘ an.“

Herr Bundesrat Pisec! Es steht mir nicht zu, Ihnen Ratschläge zu erteilen. Nur sollten Sie vielleicht auch den Text Ihrer dringlichen Anfrage vorher lesen, bevor Sie dazu Stellung nehmen. Aber das ist zugegebenermaßen Ihre Angelegenheit.

Es beginnt damit, daß man eben, ich nehme an, der Herr Bergmann, ganz bewußt das Wort „Interview“ gewählt hat, wohl wissend, daß es kein Interview in der „Presse“ gegeben hat, weil es ganz einfach ein Bericht, die auszugsweise Wiedergabe eines ... (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani** (*das Glockenzeichen gebend*): Keine Zwischenreden, bitte. (*Bundesrat Kaplan: Da steht ausdrücklich: Presse-Gespräch mit dem Finanzstaatssekretär Holger Bauer!*)

Staatssekretär Dkfm. **Bauer** (*fortsetzend*): Vielleicht haben wir zwei verschiedene Texte. — Ich habe hier die dringliche Anfrage der Bundesräte Dr. Schambeck et cetera: „Ein neues Belastungspaket für die Arbeiter und Angestellten kündigte der Staatssekretär im Finanzministerium, Dkfm. Holger Bauer, in einem Interview mit der ‚Presse‘ an.“ — Punkt, Ende des Zitats aus Ihrer dringlichen Anfrage. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich ersuche ja um Ihr Verständnis und möchte in aller Ruhe darlegen, wie es dazu gekommen ist und welchen Mißverständnissen Sie hier aufsitzen. (*Bundesrat Ing. Nigl: Und der Czettel!*) Es war kein Interview. Das ist eine ganz wesentliche Feststellung, auch wenn Sie vielleicht meinen, das sei vernachlässigbar.

In einem Interview werden wörtliche Zitate

in Form von Frage und Antwort wiedergegeben, während der Bericht einer Zeitung meist die verkürzte Wiedergabe eines längeren oder kürzeren Gespräches ist. Im gegenständlichen Fall handelt es sich um die Wiedergabe eines solchen langen Gespräches mit dem Redakteur der Zeitung „Die Presse“.

Ich sage Ihnen jetzt ganz offen und ehrlich und ich verbürge mich dafür, daß das die Wahrheit ist, wie es zu diesem Satz, den der Redakteur hier in der Vereinfachung und Verkürzung geschrieben hat, gekommen ist, in dem es heißt: „Kompromißbereit sei man aber bei Gesprächen über die Abschaffung des Kfz-Pauschales und die Einführung der Besteuerung von Überstunden und Abfertigungen.“ Danke, Sie sind leicht zu unterhalten, Herr Bundesrat. (*Bundesrat Ing. Nigl: Gelacht haben aber die anderen, die von der SPÖ!*)

Im Zuge eines längeren Gespräches von etwa eineinhalb Stunden, bei dem mehrere Themen erörtert worden sind, ist auch die Frage der Steuerreform diskutiert worden. Der Redakteur Horwitz von der Zeitung „Die Presse“ hat gemeint: Wie schaut denn das aus? — Ich habe ihm die Grundsätze gesagt, die Sie alle kennen: aufkommensneutral, Versuche, durch Streichung von steuerlichen Ausnahmebestimmungen den Tarif zu senken und so weiter und so fort.

Darauf sagte er: Welche steuerlichen Ausnahmebestimmungen meinen Sie denn da? Über den 13. und 14. Monatsgehalt, über die höhere Besteuerung werden Sie ja wahrscheinlich nicht mehr reden. Das ist ja ausdiskutiert. — Ich habe gesagt: Sehr richtig. Ich kann mir auch schwer vorstellen, daß man in einer Zeit, in der Sozialausgaben immer weniger leicht und immer schwieriger zu finanzieren sind, die steuerliche Begünstigung der Selbstvorsorge in diesem Bereich streicht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß wir die steuerliche Förderung von Eigentumsbildung angreifen und hier drastisch, dramatisch oder überhaupt streichen.

Daraufhin hat mich der Redakteur unterbrochen und hat gesagt: Dann bleiben aber von den großen Brocken zur Senkung des Steuertarifs nur mehr Abfertigung, Kfz-Pauschale und Überstunden über. — Und ich habe darauf gesagt: Jawohl, so ist es.

Daraus hat der Redakteur — ich will jetzt gar nicht sagen, manipulativ, das ist in dem Fall nicht so, sondern einfach aus dem notwendigen Zwang heraus, zu verkürzen, zu

Staatssekretär Dkfm. Bauer

vereinfachen — seinerseits den Schluß gezogen, kompromißbereit sei man über diese Fragen. Das ist also die ganze Geschichte dieser Angelegenheit.

Und jetzt sage ich Ihnen noch einmal etwas dazu. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Entschuldigen Sie, wenn ich Sie, mit diesen in Ihren Augen vielleicht nebensächlichen Dingen, so lange in Anspruch nehme, aber ich sage es, damit man sieht, wie das politisch läuft und gemacht wird.

Es ist dann einer Ihrer Fraktionskollegen — nicht aus dem Bundesrat, sondern aus dem Nationalrat —, mit dem ich mich sehr gut spreche, zu mir gekommen und hat gesagt: Ich habe mit großem Interesse gehört, daß du in den gegenständlichen Fragen kompromißbereit seist oder daß die FPÖ kompromißbereit sei. — Ich habe ihm das dann genauso erklärt, wie ich es jetzt Ihnen zu erklären versuchte, und er hat darauf gesagt: Ja, ja, ich habe mir das eh so vorgestellt, ich verstehe das auch so; es geht ja auch nicht anders, wenn man wirklich den Tarif senken möchte; aber du wirst verstehen, daß wir angesichts der Arbeiterkammerwahlen schon ein bisschen was draus machen wollen und müssen. — Gut. Das ist sein gutes Recht. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, ja!

Wenige Stunden später steht ein Redakteur des „Kurier“ bei mir und sagt: Herr Staatssekretär, wir machen eine große Geschichte über die Steuerreform! — Ich habe nicht zuletzt auf Grund dieser Ankündigung den Braten gerochen und bin natürlich nicht in diese groß aufgestellte Falle hineingelaufen, sondern ich habe gesagt: Ich sage Ihnen nur, es kann keine Schlechterstellung der Arbeitnehmer durch die Steuerreform geben, weil das oberste Prinzip dieser Steuerreform die Aufkommensneutralität ist; also jede Streichung von steuerlichen Begünstigungen, welche auch immer das sein mögen — es gibt darüber noch keine Verhandlungen und keine Absprachen mit Ausnahme des 13. und des 14. Monatsgehaltes —, wird an die Arbeitnehmer weitergegeben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das hat natürlich den „Kurier“ nicht gehindert, Schlagzeilen zu produzieren wie: Auf Abfertigung droht nun höhere Steuer! — Und da er keine Originalzitate von mir oder von irgend jemandem anderen bekommen hat, die das stützen, greift er halt zu dem üblichen Schmäh und sagt: „Aus dem Finanzministerium sickerte durch.“ — Und auf das stützen Sie Ihre heutige Anfrage! Ich erlaube mir die

Frage, ob das seriöse, staatstragende Politik ist. Ich glaube nicht. (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec. — Zwischenruf des Bundesrates Ceeh.*)

Herr Bundesrat Pisec ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ja, ich habe ohnehin vor, mich auch mit Ihren Ausführungen noch etwas detaillierter zu beschäftigen, nämlich mit den Passagen, in denen Sie so lauthals die Ihrer Meinung nach so schlimmen Konsequenzen dieses Maßnahmenpakets beklagt haben und wo Sie von einem wirtschaftsfeindlichen Kurs dieser sozial-liberalen Koalitionsregierung gesprochen haben. Das ist Ihr gutes Recht. Sie können die Dinge subjektiv so sehen wie Sie wollen oder wie Sie meinen, sie als Vertreter der Opposition in diesem Fall und nicht der Wirtschaft — das möchte ich deutlich auseinanderhalten — sehen zu müssen.

Sie werden mir gestatten, daß ich zur Beurteilung dieses Kurses nicht meine Weisheiten und Sentenzen vor Ihnen ausbreite, sondern drei oder vier Leute zu Wort kommen lasse, von denen wir wahrscheinlich gemeinsam der Auffassung sind, daß die von den Dingen etwas verstehen.

Ich beginne mit der Zeitung „Die Presse“, mit dem Leiter der Wirtschaftsredaktion Horwitz, der sicherlich nicht im Verdacht steht, die Geschäfte dieser Bundesregierung zu besorgen. Er hat in Zusammenhang mit diesem Kurs und mit dem Maßnahmenpaket folgendes geschrieben, und ich zitiere aus diesem Artikel: In Österreich ... (*Bundesrat Ing. Nigl: Jetzt stimmt sie wieder, die Zeitung!*) Ich habe ja gar nicht gesagt, daß das nicht gestimmt hat, was er gesagt hat. Ich habe nur versucht, Ihnen dazulegen, wie er auf Grund von journalistischen Sachzwängen diese Vereinfachung und Verknappung aus dem Gesagten gezogen hat. Ich habe nicht gesagt, daß er manipuliert hätte, daß er das erfunden hätte oder sonst irgend etwas. Ich habe nur gesagt, wie es dazu gekommen ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Bitte sehr. Daher, glaube ich, darf ich mit Fug und Recht diese Zeitung auch in Zukunft weiterhin zitieren. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*) Ich weiß, Sie hören das nicht gerne, Herr Kollege Pisec, aber bitte lassen Sie mich das doch zitieren. So unangenehm wird es Ihnen ja nicht sein. Wenn Sie als Interessenvertreter dächten und nicht als Oppositionspolitiker, müßten Sie ja damit sehr einverstanden sein, was auch hier gesagt und geschrieben wird. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Staatssekretär Dkfm. Bauer

Hier heißt es in einem sehr langen und ausführlichen Bericht: In Österreich war seit jeher der goldene Mittelweg üblich. Das zeigt sich ganz deutlich auch am Belastungspaket. — Das ist seine Diktion, also er beleuchtet sehr kritisch; ich zitiere jetzt weiter. — Es ist mit allen Einschränkungen, die Steuererhöhungen nun einmal grundsätzlich bedeuten, eher wirtschaftsfreundlich. Die Mehrwertsteuer ist jedenfalls exportneutral, weil die entrichteten Beträge bei jeder Ausfuhr rückerstattet werden. Bei Inlandslieferungen ist die Mehrwertsteuer für Unternehmen zumindest theoretisch kostenneutral. Die beschlossenen Ankurbelungsmaßnahmen — also er sieht sehr wohl auch solche — enthalten eine geschickte Kombination von sozialistisch motivierter Direktförderung und liberaler genereller Verbesserung des Wirtschaftsklimas. — Ende des Zitats, dem ich nichts hinzufügen habe. *(Zwischenruf des Bundesrates Ing. Nigl.)*

Wenn Ihnen vielleicht ein Journalist zuwenig Fachmann sein sollte — ich sage nicht, daß er es mir ist —, dann darf ich Ihnen auch noch den Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes zitieren, und zwar in Anbetracht dessen, daß sich die Frau Bundesrat Bauer, glaube ich, in Ihrer Wortmeldung auch auf das Wirtschaftsforschungsinstitut bezogen hat. Der Leiter dieses Wirtschaftsforschungsinstitutes, der Herr Helmut Kramer, hat in einem Vortrag, den ich selbst gehört habe, unter anderem folgendes gesagt; ich zitiere nur zwei Sätze: Die Methode, ein Budget in einer wirtschaftlichen Schwächeperiode zu sanieren, ohne jemandem weh zu tun, ist noch nicht erfunden. Das Maßnahmenpaket läßt aber immerhin das Bemühen erkennen, die durch lange Jahre der Rezession ohnehin ziemlich in Mitleidenschaft gezogenen Unternehmungen eher zu schonen. *(Ruf bei der ÖVP: Das Budget ist aber noch nicht saniert! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Als letztes darf ich den Herrn Professor Knapp, den Herausgeber der „Finanznachrichten“, auch nur mit zwei oder drei Sätzen, gerade in Richtung des Vertreters der Bundeswirtschaftskammer zitieren. Er sagt in einem veröffentlichten Brief an diese Bundeswirtschaftskammer: Ich habe alles Verständnis dafür, daß die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft aus Rücksichtnahme auf ihre jedesmal mit Abstand größte Wahlfraktion Hemmungen hat, die angebotsorientierte und — ich beharre darauf — unternehmensfreundliche Schlageite dieses Ansatzes einer Budgetkonsolidierung hervorzuheben. Ich frage mich nur, ob nicht auch in Fällen wie

diesem die der Bundeskammer wohlvertraute Interessenabwägung Platz greifen müßte, nämlich: Liegt es wirklich im Interesse der Kammermitglieder, sie in ihrem fiskalischen Verfolgungswahn — nicht ich sage das, sondern Professor Knapp! — noch zu bestärken, oder bedürften die österreichischen Unternehmer gerade in schwierigen Zeiten nicht eher der Ermutigung durch ihre Interessenvertretung? — Ende des Zitats. *(Zwischenrufe des Bundesrates Dr. Pisec.)*

Herr Bundesrat Pisec, in aller Bescheidenheit würde ich Sie bitten, ohne irgendeinen Ratschlag erteilen zu wollen — das steht mir nicht zu, das steht mir nicht an —, auch diese Überlegung in einer stillen Stunde zu durchdenken. Wenn Sie nur Opposition betreiben wollen, wenn Sie nur Obstruktion betreiben wollen, dann müssen Sie den Weg weitergehen, den Sie heute eingeschlagen haben. Wenn Sie im Interesse der Gesamtheit, wenn Sie staatstragend denken, wenn Sie im Interesse der Wirtschaft und der Konsumenten denken, dann sollten Sie einmal diese Überlegungen des Herrn Professors Knapp in einer stillen Stunde, wie ich meine, wirklich ernsthaft überlegen. *(Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec. — Gegenruf des Bundesrates Ceeh. — Neuerlicher Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.)*

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Kollege Pisec! Keine Zwischenreden! — *(Bundesrat Schachner: Wir könnten einen Billardtisch aufstellen da hinten!)*

Staatssekretär Dkfm. **Bauer** *(fortsetzend)*: Letzter Punkt meiner Wortmeldung, meiner Ausführungen: Es waren auch wieder Sie, Herr Kollege, darf ich sagen, Kollege Pisec, der vom größten Belastungspaket aller Zeiten gesprochen hat. Ich darf Ihrem Erinnerungsvermögen ein bißchen nachhelfen. *(Bundesrat Ing. Nigl: Stimmt nicht, es kommt noch ein größeres! — Heiterkeit bei der ÖVP.)* Nein, es gab schon ein größeres, Herr Bundesrat, nein, es gab schon ein größeres! *(Bundesrat Ing. Nigl: Nein, es kommt noch ein größeres! — Ruf bei der SPÖ: „Paukenschlag“!)*

Gerade weil auch der Name übrigens meines ehemaligen Hochschullehrers Professor Koren gefallen ist: Es gab schon einmal ein Belastungspaket *(Zwischenrufe bei der ÖVP)*, ein Belastungspaket, es gab schon einmal ein sogenanntes Budget der harten Realitäten *(Bundesrat Suttner: „Notopfer“!)*, wie man es damals genannt hat, und einen Paukenschlag hat es schon einmal gegeben, von

Staatssekretär Dkfm. Bauer

dem auch heute wieder die Rede ist. Daher hat es mich sehr interessiert, und ich war einigermaßen verwundert, ... (*Ruf: Einmaliger Zufall! — Bundesrat Dr. Pisec: Solche Paukenschläge...! — Anhaltende Zwischenrufe des Bundesrates Dr. Pisec.*) Bitte kann man den Herrn Bundesrat vielleicht ...

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Herr Kollege Pisec, ich habe Sie bereits einmal gewarnt, keine Zwischenreden zu halten. Beim nächsten Vorfall erhalten Sie den Ruf zur Ordnung. — Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dkfm. **Bauer** (*fortsetzend*): Ich war daher einigermaßen verwundert, daß die Fraktion der Österreichischen Volkspartei im Bundesrat die Erhöhungen wie etwa bei der Mehrwertsteuer, bei der LKW-Steuer, bei der Versicherungssteuer, bei der Schaumweinsteuer, bei den Postgebühren, bei den Telefongebühren und bei den Bahntarifen so vehement kritisiert. Ich habe mir mittlerweile erkunden lassen, welche Steuern damals, in den Jahren 1968 und 1969, erhöht worden sind. (*Bundesrat Dr. Pisec: Damals hat es keine Arbeitslosen gegeben! — Widerspruch bei der SPÖ.*) Ja, bitte, das ist ein Gegenargument, Herr Bundesrat. Das, was Sie hier von sich geben, ist ja eher kontraproduktiv. (*Zwischenruf des Bundesrates Schachner.*) Das darf ich nicht sagen.

Es hat damals, im Jahre 1967, unter dem Finanzminister Schmitz eine Verdoppelung des Budgetdefizits gedroht. Ich gebe zu: bei wesentlich geringeren absoluten Zahlen. Aber überschätzt hat er sich um 100 Prozent, der Herr Finanzminister Schmitz. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*) Und er hat dann am 10. Jänner 1968 die Rechnung in Form eines Abgabenänderungsgesetzes präsentiert. (*Weiterer Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*)

Er hat — hören Sie bitte zu, seien Sie doch so freundlich, und hören Sie fünf Minuten zu, ich bin gleich am Ende. (*Anhaltende Zwischenrufe des Bundesrates Dr. Pisec. — Bundesrat Ceeh: Zuhören kann er nicht!*) Er hat damals das erhöht, was Sie heute lautstark kritisieren, nämlich die Umsatzsteuer. Es wurden damals die Gebühren in acht Bereichen erhöht. Es wurde die Körperschaftsteuer erhöht. Es wurde die Gewerbesteuer erhöht — Sie haben das erhöht, eine angeblich unternehmensfreundliche Partei —, die wir heute in zwei Etappen, in drei Etappen senken werden. (*Neuerlicher Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*) Es wurde damals die Vermögenssteuer erhöht. Es wurde die

Beförderungssteuer erhöht. Es wurde die Versicherungssteuer erhöht, was Sie heute so vehement beklagen und als falsch hinstellen. Es wurde die Tabaksteuer erhöht. Und dann kam der große Paukenschlag; der kam ja erst unter Professor Koren. Es hat dann eine zehnprozentige Autosondersteuer gegeben (*Bundesrat Molterer: Und die Luxussteuer?*), und es wurde eine zehnprozentige Sonderabgabe auf alkoholische Getränke eingeführt, und — das möchte ich gerade angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes um die Sitze in der Arbeitnehmervertretung hervorstreichen — es wurde damals als harter Kern dieser Steuererhöhungen die Lohn- und Einkommensteuer um 10 Prozent linear hinaufgesetzt. (*Bundesrat Dr. Pisec: Vorher wurde sie gekürzt!*) Das war damals Ihre Politik. Ich habe mir auch hochrechnen lassen, ob die 17 Milliarden Schilling, die durch dieses Maßnahmenpaket, was zugegebenermaßen nicht erfreulich ist, dem Fiskus zufließen werden, vielleicht mehr ausmachen, als das, was Sie damals beschlossen haben. Ich habe mir das in der volkswirtschaftlichen Abteilung des Finanzministeriums hochrechnen lassen. Diese Steuer- und Tariferhöhungen, von denen ich hier gesprochen habe, machen auf der Preisbasis 1. Jänner 1984 21,2 Milliarden Schilling aus. Es fehlt Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, meiner Meinung nach — der Bibelspruch: Nicht an ihren Worten, an ihren Taten sollt ihr sie erkennen, besitzt gerade für Sie Gültigkeit — jede Berechtigung, das zu kritisieren. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*) Es gab damals einen Unterschied: Eingespart haben Sie keinen Groschen! Das ist der Unterschied: Eingespart wurde damals nichts. (*Neuerlicher Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*) Also, ich würde schon glauben, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man die Dinge so sehen soll, wie sie wirklich sind. (*Anhaltende Zwischenrufe des Bundesrates Dr. Pisec.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani**: Wegen wiederholten Dazwischenredens trotz Verwarnung erteile ich Herrn Bundesrat Pisec den Ruf zur Ordnung. Ich bitte, das zu protokollieren. (*Zwischenruf des Bundesrates Dr. Pisec.*)

Staatssekretär Dkfm. **Bauer** (*fortsetzend*): Als weitere Antwort auf die Feststellungen, diese Politik und dieses Maßnahmenpaket wären so wirtschaftsfeindlich, arbeitsplatzvernichtend, drei Kernsätze — nur drei Kernsätze! — aus dem jüngsten Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts, jenes Instituts, in dem auch Sie sozialpartnerschaftlich vertre-

17434

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Staatssekretär Dkfm. Bauer

ten sind, wo keine Gefahr besteht, daß hier Schönfärberei betrieben wird. Und daran anschließend drei vergleichende Wirtschaftsdaten.

Erster Kernsatz aus dem jüngsten Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts — ich zitiere wörtlich —: Die österreichische Wirtschaft hat sich von ihrem Konjunkturtiefpunkt Ende 1982 Anfang 1983 deutlich gelöst.

Zweiter Kernsatz: Die Aufwärtsbewegung der heimischen Konjunktur setzt sich langsam, aber stetig fort.

Dritter Kernsatz: Die Arbeitsmarktlage hat sich stabilisiert, die Betriebe schreiben wieder mehr offene Stellen aus.

Und nun noch drei vergleichende Wirtschaftsdaten. Prognostiziertes Wirtschaftswachstum für das heurige Jahr, und zwar real: 1,5 bis 2 Prozent für Österreichs prognostiziertes Wirtschaftswachstum für OECD-Europa — ich brauche hier nicht zu erklären, um welche Staaten es sich hierbei handelt, und zwar um die industriellen Nachbarstaaten —: 1,5 Prozent. (*Zwischenruf des Bundesrates Molterer:* Wir liegen damit im guten, vielleicht sogar etwas über dem guten europäischen Durchschnitt.)

Zweite vergleichende Wirtschaftszahl: die Inflation; diese ist heute bereits erwähnt worden. Prognostiziert: 5,2 bis 5,3 Prozent für Österreich; OECD-Europa 7,5 Prozent. (*Bundesrat Raab:* In Amerika! In England!) Wir liegen also deutlich unter dem europäischen Durchschnitt, von den Spitzenreitern gar nicht zu reden.

Dritte und letzte Zahl aus dem Bereich der Wirtschaftsprognosen: die Arbeitslosenrate; diese ist besonders beeindruckend. (*Zwischenruf des Bundesrates Molterer:*) Prognostiziert: 5,2 Prozent für Österreich; OECD-Europa durchschnittlich 11,5 Prozent. Meine sehr geehrten Damen und Herren, 11,5 Prozent!, also mehr als das Doppelte dessen, was wir in Österreich im heurigen Jahr zu erwarten haben. Von den Spitzenreitern Belgien, Niederlande, Spanien mit 15, 16, 17, 18 Prozent überhaupt nicht zu reden. Ich würde höflich bitten, das einmal zur Kenntnis zu nehmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender-Stellvertreter **Schipani:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Jürgen Weiss gemeldet. Gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Bun-

desrates verlege ich die Worterteilung dazu an den Schluß der Debatte.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Schachner.

Bundesrat **Schachner** (SPÖ, Steiermark): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bereits zum Ausdruck gekommen: Es dürfte allein das Buhlen um die Wählergunst bei den Arbeiterkammerwahlen sein, die zu dieser heutigen dringlichen Anfrage und auch zu dem Entschließungsantrag geführt hat. Der Erstunterzeichner des Entschließungsantrages ist ja ein Arbeiterkammerfunktionär. Ich verstehe es ganz gut, daß er für die Wahl in seinem Bundesland noch ein bißchen Berufung auf seine große Rede im Parlament braucht. (*Bundesrat Molterer:* Darauf können Sie sich nicht stützen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber das eine, was mich an der ganzen Angelegenheit so sehr frappiert hat, ist, daß sich Herr Professor Schambeck, der für sich in Anspruch nimmt, zu Recht Hochschulprofessor zu sein, versteigt und solche Anfragen stellt. (*Bundesrat Molterer:* Das braucht er gar nicht in Anspruch zu nehmen!)

Aber im gleichen Atemzug beschwert er sich dann in seiner Begründung darüber, daß der Stil in diesem Haus ihm nicht mehr passe, und er erteilt Lektionen in schulmeisterlicher Manier. (*Bundesrat Raab:* Das war der Ceeh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das dürfte scheinbar jener Stil sein, den man im Kernland der Ludwig-Mock-Partei als „neuen Realismus“ bezeichnet. (*Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Heller:* Mit Zimperl zusammen!)

Der „Neuer Realismus“ und das „allgemeine Umdenken“ sind Zitate, die ich dem ÖVP-Pressedienst vom 23. Januar 1984 entnommen habe, übertitelt: „Mock in der Erklärung zur Lage der Nation.“ Unter dem Standbild des siegreichen Prinzen von Savoyen im Belvedere hat Mock die Nation mit seinen Erklärungen erheitert, möchte ich beinahe sagen. (*Bundesrat Ing. Nigl:* Der Kreisky ist vor dem Kaiser-Bild gesessen!)

Diese Aussendung des „ÖVP-Pressedienstes“ hat mich ein wenig verwirrt, und zwar durch die Überschrift, die ich hier finde, eine Headline beginnend mit: „Lohnsteuersätze um 20 Prozent senken.“ Nachdem ich mich

Schachner

ein bisserl vorbereitet habe auf meine Wortmeldung, habe ich mir gedacht, ich werde in dieser Aussendung des Pressedienstes nun sehr wesentliche und bemerkenswert Ergüsse des Herrn Bundesparteiobmannes der ÖVP zu einer allfälligen Einkommensteuer- beziehungsweise Lohnsteuerreform finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zuerst geglaubt, mir fehlt eine Seite, aber sie sind glücklicherweise alle durchnumeriert. Sie werden in dem vierseitigen Papier kein einziges Wort zur bevorstehenden Einkommensteuer- und Lohnsteuerreform finden, weil Mock offensichtlich nicht gewußt hat, was er dazu sagen soll. *(Beifall bei SPÖ.)*

Einige Zeit später gibt Mock dann so bemerkenswerte Aussprüche von sich, die man erst einmal ganz, ganz langsam lesen muß, und dann kommt man drauf, Mock müßte eigentlich demnächst die Ehrenmitgliedschaft bei der SPÖ verliehen bekommen. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist auch deshalb langsam geschrieben worden, damit Sie es langsam lesen können! — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Es heißt hier: „Es ist nicht zu akzeptieren, daß das Steuersystem ermöglicht, daß einige wenige, besonders Informierte, selbst bei hohem Einkommen durch Ausnutzung aller Schlupflöcher beinahe ohne Steuern davorkommen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der rechten Seite! Sie bezeichnen sich ja immer als „Unternehmerpartei“. Bitte, als Vertreter der Unternehmer, zeigen Sie das bitte aber nicht vor und reden Sie nicht davon bei Ihren Versammlungen mit Industriellen et cetera. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Das wurde aber nicht im „ÖVP-Pressedienst“ verlautbart, nicht bei der „Erklärung zur Lage der Nation“, sondern ist dann nachher gekommen; anscheinend hat er auswärts nachdenken lassen. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, zu Ihrer dringlichen Anfrage. Hier möchte ich mich nur mit einem Punkt auseinandersetzen. Sie fragen den Herrn Minister — Sie fragen hier den falschen, das wissen Sie selber, das müssen auch Professoren wissen ... *(Bundesrat Ing. Nigl: Dann müssen Sie ihn halt austauschen, den Herrn Minister! — Bundesrat Dr. Bösch: Sie sollten den Professor Schambeck austauschen!)* Da müßten Sie den Erstunterzeichner Ihrer dringlichen Anfrage unter Umständen fragen,

aber das will ich nicht unterstellen, das steht mir ferne. *(Bundesrat Dr. Bösch: Wir haben uns bereits an ihn gewöhnt! — Bundesrat Ing. Nigl: Aus Tirol ist schon einmal ein „Friedl mit der leeren Tasche“ gekommen!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ÖVP fragt also den Herrn Minister, ob er ausschließen kann, daß ... Dazu muß ich wohl sagen, wenn ich mich mit einer grundlegenden Überlegung befaße in bezug auf Abänderung des Einkommensteuergesetzes, dann gibt es überhaupt keinen einzigen Paragraphen in diesem Gesetzeswerk, der nicht in Diskussion stehen würde. Es stehen sogar jene Paragraphen in Diskussion, die es noch gar nicht gibt, es aber vielleicht nach Ansicht einiger oder mehrerer geben sollte.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Das ist aber überhaupt kein schändliches Unterfangen, wie es anscheinend in Ihren Augen dasteht. Wenn man diskutiert, wenn man berechnet und wieder berechnet, wenn man alle Anträge, die hier eingebracht werden, und alle Anmerkungen, die gemacht werden, in seine Überlegungen miteinbezieht, dann tut man ja das, was Sie vor geraumer Zeit selber verlangt haben. Sie haben das nicht als erste verlangt, aber Sie haben es auch verlangt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Auch Mock hat es zum wiederholten Male in seinem Papier verlangt.

Es sind ganz bemerkenswerte Denkanstöße, die er hier gibt, bemerkenswert insofern, da die Österreichische Volkspartei — eine sicher in sich ein wenig gespaltene Partei — unter anderem aus einem Arbeitnehmerflügel, der jetzt gerade vor der Arbeiterkammerwahl steht, und einem Unternehmerflügel besteht, und Sie wird sich schwer tun, das, was dem einen frommt, dem anderen weiszumachen. *(Ruf bei der ÖVP: Das ist nicht euer Problem!)*

Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich zurück an die Diskussion, die wir geführt haben knapp vor Weihnachten, und zwar im Zuge der Mittelzuführungen an die verstaatlichte Industrie, und da fällt mit wieder so einiges ein. Sie von der ÖVP haben damals begonnen, die Quadratur des Kreises zu entdecken, und Sie sind heute diesem unmöglichen Vorhaben wieder einen Schritt nähergekommen. Sie haben nämlich damals zu den 16,6 Milliarden Schilling einen nicht-quantifizierten Betrag für alles, was gut und teuer wäre, für alles, was man sich nur ausdenken kann an guten Maßnahmen, dazuge-

17436

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Schachner

fordert. Auf der anderen Seite verlangen Sie aber, daß das Budget saniert werden muß: Es müßte eine neue Politik kommen, es müsse sich vieles ändern, sagen Sie. Ihre Kollegin Bauer hat von der neuen „Armut in Österreich“ gesprochen, auch von der der unselbständig Erwerbstätigen; die Rentner und die Pensionisten sollen mehr bekommen. Es soll mit einem Wort global mehr ausgegeben werden, es darf weniger eingenommen werden und daneben soll noch das Budget saniert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP! Wer so argumentiert, hat keinen Anspruch darauf, ernst genommen zu werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es hat uns bei dieser Diskussion um die Mittelzuführung Herr Bundesrat Pisec gemahnt, wir sollen doch einmal für die neue Politik „Anleihen“ im Ausland aufnehmen, wir sollten doch beispielsweise schauen, was die Mrs. Thatcher in England macht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich zitiere die „Frankfurter Allgemeine“ — hier finde ich den Anschluß an die Kollegin Bauer. Die „Frankfurter Allgemeine“ schreibt davon, daß sich bereits jeder siebente Engländer unter der Armutsgrenze befindet. Aber das sind nicht nur jene, die bereits aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind infolge Alters oder infolge Arbeitslosigkeit, sondern hier gibt es Leute, die ganztätig beschäftigt sind und trotzdem unter dem Existenzminimum leben. *(Bundesrat Molterer: Infolge einer langen sozialistischen Regierung!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP! Wenn das die neue Politik sein soll, die Sie uns einreden wollen, dann sage ich nur: Dankeschön, Dankeschön im Namen des größten Teiles des österreichischen Volkes, das mit Ihrer neuen Politik, die Sie offensichtlich haben wollen, ganz sicher unter die Armutsgrenze fallen würde. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, Sie konnten ja gar nicht annehmen, daß wir diesem Entschließungsantrag beitreten. Das wäre zuviel des Kasperltheaters gewesen, wenn wir das getan hätten. Ernst genommen können Sie es ja selber nicht haben, sonst hätten Sie nicht so lückenhaft und schwach begründet.

Es ist auch dann in den Ausführungen des Herrn Professor Schambeck gesagt worden, wir hätten 24 neue Steuern in den letzten Jahren erfunden. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Angekündigt!)*

Wenn man heute eine Rechnung schreiben

muß — was zum guten Ton unter Kaufleuten gehört —, so bezeichnet das Herr Professor Schambeck als „neue Steuer“. So geht das doch wirklich nicht! So kann man die Menschen draußen nicht manipulieren! Darum geht es Ihnen aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, so habe ich zumindest das Gefühl. Sie dürfen sich nicht beschweren, Herr Professor Schambeck, über einen neuen Stil oder über einen schlechten Stil, wenn also auch in ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Er hat Otto Bauer zitiert. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Klassenkampf!)*

Sie meinen Minister Dallinger, Dallinger hat nicht zum Klassenkampf aufgerufen, sondern Dallinger hat ein altes Zitat von Otto Bauer ... *(Bundesrat Dr. Schambeck: Hesoun hat von „Klassenkampf“ gesprochen...!)* Da war ich nicht dabei, darüber kann ich nicht sprechen, aber ich bin davon überzeugt, daß Sie auch hier Dinge aus dem Zusammenhang gerissen haben. Sie haben wahrscheinlich in Niederösterreich so lange provoziert, bis Sie das gehört haben, was Sie hören wollten, genauso wie Sie Herrn Staatssekretär Bauer heute provoziert haben. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Keine dummen Fragen stellen!, das ist Ihr „Demokratieverständnis“!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Schlusse kommand möchte ich folgendes sagen: Wir müssen Ihren Entschließungsantrag ablehnen, wir können diesem nicht beitreten, denn sonst würden wir uns des Verrates an der Öffentlichkeit schuldig machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Köstler. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Köstler (ÖVP, Oberösterreich): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schachner, Sie sind zwar ein von Ihrer Fraktion hier ans Rednerpult Gesandter, aber keineswegs Geschickter gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Darauf wird ja noch näher mein Freund Karl Kaplan eingehen.

Bevor ich mich mit der Materie selbst befasse, Herr Staatssekretär Bauer, kann ich nicht umhin, doch noch einige Bemerkungen zu Ihrer Rede zu machen. Sie haben recht: Es gibt eine Geschäftsordnung im Bundesrat. Über die Handhabung dieser Geschäftsordnung in dem Punkt, den Sie zuerst erwähnt

Köstler

haben, wird Sie dann Bundesrat Jürgen Weiss in einer tatsächlichen Berichtigung aufklären; ich möchte daher nicht näher darauf eingehen.

Aber es gibt nicht nur eine Geschäftsordnung, es gibt hier auch Sitten und eine gewisse Gangart von seiten der Regierungsmitglieder, die sich auch meistens dieser Gangart befleißigt haben. Es gab nur eine negative Ausnahme in der Vergangenheit, und das war ein Staatssekretär namens Schöber, den wir aber doch auf den Boden der Realität zurückgeführt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihre Ausführungen, Herr Staatssekretär Bauer, beweisen, daß die österreichischen Wähler gut daran getan haben, solche Entscheidungen zu treffen, daß Ihre Partei nicht einmal mit einem einzigen Sitz im Bundesrat vertreten ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zur dringlichen Anfrage selbst. Ich kann es Ihnen nachfühlen, daß Sie, wenn wir das Wort „Belastungspaket“ aussprechen, in einen wüsten Entrüstungssturm ausbrechen und selbst immer nur vom „Maßnahmenpaket“ sprechen.

Da ich heute, so wie immer, friedlich gestimmt bin *(Heiterkeit bei der SPÖ)*, darf ich Ihnen eine neue Definition vorschlagen. Einigen wir uns vielleicht auf folgendes: Die Regierung hat ein Maßnahmenpaket geschnürt und wenn man dieses öffnet, so kommen für die Bevölkerung überaus große Belastungen heraus. Dann haben wir beide Begriffe vereint. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn was die Landwirtschaft anbelangt, so kann doch keinesfalls die Rede davon sein, daß da positive Maßnahmen gesetzt wurden. Man verlangt also jetzt vom österreichischen Volk, den Gürtel enger zu schnallen, und meistens sagen das diejenigen, die selbst nur Hosenträger tragen, wobei ich nicht einmal weiß, ob der Herr Finanzminister solche trägt. *(Ruf bei der SPÖ: Dringliche Anfrage stellen!)* Die Regierung selbst legt keine Vorbildfunktion, was die Spargesinnung anlangt, an den Tag.

Wir haben folgendes Phänomen. Herr Staatssekretär, sollten Sie einmal Gelegenheit haben, einer Bundesversammlung beizuwohnen *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Hatte ich bereits!)*, und zwar im alten Reichsratsitzungssaal, wo sich eine Regierungsbank befindet — nicht einmal eine kleine Regierungsbank —, werden Sie dort feststellen, daß

alle Mitglieder der derzeitigen Bundesregierung gar nicht Platz hätten auf dieser Regierungsbank, wir hätten dann vielleicht ein zusätzliches Phänomen — das wäre eine Aufgabe für Sie —, und zwar einen stehenden Staatssekretär. *(Ruf bei der SPÖ: Sie stehen ja auch! — Weitere Zwischenrufe.)* Ein Steher ist sicher nicht schlecht, und wenn Sie den Steger meinen, so haben Sie sicher recht, jedoch fällt der von Fall zu Fall um.

Meine Damen und Herren! Die Regierung selbst regiert ja nicht, das ist doch eine Tatsache. Wenn sie jedoch einmal versucht zu regieren, wie am Beispiel Investitionsprämiengesetz zu sehen war, dann kommt sie drauf, daß dieser Gesetzentwurf zurückgezogen werden muß, weil er nicht administrierbar ist und man muß ihn neuerlich behandeln. Wenn Sie also einmal zu regieren versuchen, dann in einer Husch-Pfusch-Manier.

Sie regieren nicht, sondern Sie reagieren, und hier beneide ich den Herrn Bundeskanzler nicht besonders. Er muß zum Beispiel reagieren auf Aussagen des Sozialministers Dallinger, der mit seinen Aussprüchen, man möchte fast sagen, das Unterhaltungsprogramm der Regierung vollinhaltlich bestreitet.

Herr Staatssekretär, darf ich Ihnen — in Klammer gesetzt — vielleicht folgendes sagen: Sie müssen Überlegungen anstellen — damit meine ich nicht Sie persönlich, sondern Ihre Partei — wenn sich jetzt wieder eine Entwicklung anbahnt — das gilt für alle, die wir in diesem Hause beisammen sind —, bei der es neuerlich eine Privilegienabbaudiskussion gibt. Ich glaube, es wäre nicht gut, wenn der freiheitliche „Stern des Südens“ am blauen FPÖ-Himmel eine Verbindung eingeht, die sich nicht gut anlassen wird, denn es ist klar, meine Damen und Herren — wir haben das immer so gesehen und jetzt bewahrheitet sich das —: Solange wir Abgeordnete nicht in einem knöchellangen Büberhemd hier vor den Toren des Parlaments stehen und dort die Gelübde der Armut und Keuschheit ablegen, wird man noch immer nicht zufrieden sein. Ich glaube also, es wird notwendig sein, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, damit endlich die andauernde Diskussion vom Tisch verschwindet.

Der Kanzler kann zwar viel verdecken, sehr viel verdecken, aber einmal kommt auch für ihn der Tag beziehungsweise die Stunde der Wahrheit. Aber vielleicht ist die Untätigkeit der Regierung für die österreichische Bevölkerung gar nicht einmal so schlecht, denn die

17438

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Köstler

Bevölkerung hat ja Angst vor jeder Regierungsklausur, weil damit stets neue Belastungen verbunden sind.

Wenn ich jetzt nur kurz die Belastungen, was die Landwirtschaft betrifft, streife, so muß ich diese dreiteilen: in ein Gestern, Heute und Morgen. Die Belastungen für die Landwirtschaft begannen mit dem Einheitswert.

1970 erhöhten die Sozialisten die Einheitswerte in der Landwirtschaft um 11 Prozent, 1977 in einer außerordentlichen Erhöhung um 10 Prozent, 1980 wurden die Einheitswerte neuerlich um fast 20 Prozent angehoben, in vielen Fällen sogar um 50 und noch mehr Prozent. Mit 1. Jänner 1983 eine neuerliche Anhebung um 5 Prozent. Das sind die Tatsachen.

Interessant zu werden beginnt diese Materie dann, wenn man bedenkt, daß am 7. Oktober 1982 die Freiheitliche Partei in einem Entschließungsantrag die Rückführung der landwirtschaftlichen Einheitswerte auf die tatsächliche Entwicklung der Reinerträge gefordert hat. Herr Staatssekretär Bauer, darauf warten wir noch immer. Was die jetzigen Belastungen anbelangt, so möchte ich nur auf die Sozialversicherungsbeiträge hinweisen, die ab 1. Jänner 1984 um rund 13 Prozent angehoben wurden. Und hier, Herr Kollege Ceeh, doch vielleicht eine Bemerkung. Ich weiß, es ist ein Steckenpferd Ihrerseits, daß Sie immer darauf verweisen, wie das bei den Selbständigen gehandhabt wird.

Sie werden mir doch recht geben, daß die Selbständigen, auch die Landwirte, ja keinen Partner haben in dieser Beziehung. Jeder Arbeitnehmer hat einen Partner im Arbeitgeber. Daher ist es doch nur recht und billig, daß für die Selbständigen der Staat sozusagen die Rolle des Partners übernimmt. Sie können doch nicht die Augen davor verschließen, daß viele Tausende Menschen aus der Landwirtschaft in andere Berufszweige abgewandert sind, und dort ihre Versicherungsbeiträge bezahlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für das Jahr 1985 steht uns bereits wieder eine Beitragserhöhung ins Haus, man spricht von weiteren 10 Prozent, was die Landwirtschaft so ungefähr mit 200 Millionen Schilling treffen wird, das heißt, es wird das nächste Belastungspaket schon geschnürt. Dabei ist es bei der Landwirtschaft doch so — und das wissen Sie, Herr Kollege Ceeh —, daß gerade die Bauern zusätzliche Belastungen nicht auf die Preise überwälzen können, denn hier handelt es sich doch um weitestgehend politische

Preise und es besteht keine Ausweichmöglichkeit. *(Bundesrat Schachner: Sie müssen ohnehin das verkraften, was ihnen der grüne Riese aufzwingt!)*

Ich möchte im Zusammenhang mit der Landwirtschaft noch eine Bemerkung machen. Es freut mich, Herr Kollege Stepancik, daß Sie — gehe ich da recht in der Annahme? — zum jungen oder neuen Agrarsprecher Ihrer Fraktion geworden sind. Mich freut das deswegen, weil das den Intentionen des verstorbenen und von mir sehr geschätzten ehemaligen Landwirtschaftsministers Hartmann nahekommt, der gesagt hat: Landwirtschaft geht alle an. — Daher freut es mich, wenn sich auch Schuldirektoren mit Problemen der Landwirtschaft befassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur vielleicht eines noch dazu. Wenn man davon spricht, möchte ich nur die Tatsachen ganz kurz in das richtige Lot rücken. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wir sind uns einig, daß auf Grund von GATT und EG-Brief von 1972 die von Ihnen erwähnte Anzahl von Hektolitern Wein importiert werden muß. Darüber sind wir uns einig. Einig sind wir uns aber nicht in einem Punkt: daß jetzt zum Beispiel der Import von 98 000 Hektolitern freigegeben wurde. Hier handelt es sich nämlich um den Zeitpunkt. Voriges Jahr war der große Unterschied der, daß komischerweise vor den Nationalratswahlen keine Weinimporte freigegeben wurden, sondern man die Nationalratswahlen abgewartet hat.

Und dann noch etwas, was ich für entscheidend erachte: Bisher hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft immer die Praxis angewendet, mit dem zuständigen Ausschuß in der Präsidentenkonferenz Fühlung aufzunehmen und diese Dinge zu beraten. Und jetzt wird das gemacht, ohne daß mit der Präsidentenkonferenz die entsprechenden Beschlüsse herbeigeführt wurden. Das ist eine Realität, an der man einfach nicht vorbeigehen kann. *(Bundesrat Schachner: Französischen Landwein wollen Sie auch genießen!)*

Jetzt komme ich ganz kurz zu den Belastungen, die bevorstehen — wenn vielleicht im ersten Augenblick auch weder der Bundesminister für Finanzen noch der Staatssekretär für die Materie zuständig sind, indirekt sind sie es auf jeden Fall —, und zwar der künftige Entwurf zum Marktordnungsgesetz, wie er vom Landwirtschaftsminister vorgelegt

Köstler

wurde. Hier ergibt sich das Phänomen, daß der Bundesminister für Finanzen nicht nur einen Staatssekretär, sondern auch einen sehr guten Erfüllungsgehilfen in der Person des Landwirtschaftsministers hat. Das kommt nämlich dadurch zum Ausdruck, daß in dem bisher vorliegenden Entwurf zu den Marktordnungsgesetzen kein zusätzlicher Schilling aus dem Budget für die Bauern vorgesehen ist. *(Ruf bei der SPÖ: Es muß ja gespart werden!)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns einig und wollen gar nicht darüber reden, daß man hier bedenkenlos zustimmt, wenn es um Milliardenbeträge für andere Betriebe geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich nur daran denke, daß wir zusätzlich 2 Prozent bei der Milch benötigen würden, um so halbwegs dieses Problem in den Griff zu bekommen, was ungefähr 150 Millionen Schilling zusätzlich erfordern würde, so nimmt sich dieser Betrag lächerlich aus gegenüber Milliardenbeträgen, oder wenn man bedenkt, daß für die Getreidebauern, die den Export mit 600 Millionen Schilling selbst finanziert haben und der Staat auch 600 Millionen Schilling dazu gegeben hat, im jetzigen Entwurf nicht einmal ein Schilling vorgesehen ist.

Dieser Entwurf steht zwar — und das ist für mich ein Hoffnungsschimmer am politischen Horizont — im Gegensatz zu einigen Aussagen des Bundeskanzlers dieser Republik, die er anlässlich der Regierungsklausur in Steyr gemacht hat, wo ich mit ihm eine Diskussion in Anwesenheit von 300 Milchbauern aus den Problemgebieten abgeführt habe. Er hat wortwörtlich folgendes gesagt:

„Ich kann jetzt keine großen Versprechungen abgeben, aber ich verspreche Ihnen eines: daß der Arbeitsplatz Bauernhof bei mir den gleichen Stellenwert hat wie jeder andere Arbeitsplatz. Zweitens: daß die Landwirtschaft von mir aus gleichrangig betrachtet wird wie die übrige Wirtschaft.“ *(Bundesrat Ceeh: Komisch, daß Angestellte über die Bauern reden dürfen und Schuldirektoren nicht!)*

Wenn daher — und ich bitte, eines zur Kenntnis zu nehmen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion — die Belastungen der Landwirtschaft weiter so fortgeführt werden, dann haben die Bauern keine Möglichkeit mehr, in dem Ausmaß wie bisher zu investieren. Dadurch wird indirekt und später auch direkt eine Gefährdung der

Arbeitsplätze der Unselbständigen in der gesamten Industrie erfolgen. Die Bauern stehen derzeit, meine Damen und Herren, mit dem Rücken zur Wand. Ihre Geduld wird strapaziert. Ich glaube noch immer und bitte auch, Herr Staatssekretär, das den Regierungsmitgliedern zur Kenntnis zu bringen, ich glaube noch immer, daß die Vernunft bei den kommenden Marktordnungsverhandlungen siegen wird, denn zusätzliche Belastungen können und wollen wir einfach nicht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Weiters zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Suttner. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Suttner (SPÖ, Wien): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Ich habe schon einige Male betont, daß ich volles Verständnis dafür habe, daß die Opposition der Politik der Regierung kritisch gegenübersteht, daß sie Fragen stellt und daß auch ihre Argumentation — um es vornehm auszudrücken — nicht immer nur sachlich geführt wird. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, man dürfte doch erwarten, wenn man eine dringliche Anfrage hier im Hohen Haus einbringt, daß die Diskussion darüber mit dem gebotenen Ernst verfolgt wird. Ich habe noch viel Verständnis für die künstliche Erregung des Herrn Professor Schambeck hier *(Bundesrat Dr. Schambeck: Das sind konkrete Zahlen der Länder!)*, aber ich habe kein Verständnis, meine Damen und Herren, wenn man eine dringliche Anfrage einbringt und damit die Regierung mit den Problemen konfrontieren will, daß hier Zwischenreden und Zwischenrufe gemacht werden, die eher in einer Karnevalsgesellschaft als in das Parlament passen. *(Beifall bei der SPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Von der SPÖ-Seite!)*

Meine Damen und Herren! Man soll vor allem auch seitens der Opposition bei allem Recht der Kritik und bei allem Recht der Herausforderung der Regierung doch die Realität nicht ganz aus den Augen verlieren, vor allem dann, wenn sich herausstellt, daß die unsachliche Problematik oft schwerwiegende Folgen nach sich ziehen kann.

So wurde heute hier im Verlauf der Diskussion des Vormittags schon sehr viel über Steuermoral und Steuerverdrossenheit gesprochen, und es wurde eine, wie Sie meinen, ungebührlich hohe Staatsquote kritisiert. Es haben Medien im Zusammenhang mit dem sicherlich sehr tragischen Selbstmord dieses Gastwirts in Niederösterreich die Dinge so

17440

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Suttner

dargestellt, daß eben dieser Staatsdruck, dieser Steuerdruck den Bürger förmlich zwingt, zum Strick zu greifen. Ich darf hier das Zitat Horst Knapps aufgreifen: Dieser „Fiskalische Verfolgungswahn“ wird damit noch besonders gefördert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gerade in den letzten Tagen und Wochen sehr viele gehaltvolle Reden aus allen Lagern dieses Landes gehört, Reden, die an die Verantwortung für diesen Staat, der unser aller Staat ist, gemahnt haben. Bei all diesen Dingen war sehr erfreulich, daß vor allem die Jugend eine hohe Anteilnahme daran gezeigt und damit ihr Staatsbewußtsein unter Beweis gestellt hat.

Aber dieser Ernst und dieses hohe Maß an Staatsbewußtsein sollte nicht nur bei gelegentlichen Festakten, sondern auch bei der täglichen Arbeit in den parlamentarischen Körperschaften und darüber hinaus auch in der Betrachtung und Einschätzung der Situation, in der wir uns befinden, zutage treten.

Damit komme ich zu der dringlichen Anfrage von heute. Sie sprechen von der Fortsetzung der Belastungspolitik und stellen die Dinge so dar, als ob diese Regierung, nachdem sie nun 12 oder 13 Jahre das Geld sinn- und gedankenlos beim Fenster hinausgeworfen hätte, die Rettung darin sieht, daß sie dem Bürger nun die Gurgel zuschnürt. Ich erinnere mich, meine Damen und Herren, wie Sie Mitte der siebziger Jahre, als sich die beginnende Rezession weltweit abzuzeichnen begann, unsere Budgetpolitik auf das heftigste kritisierten und uns damals eine restriktive Budgetpolitik vorschlugen hinweisend auf Großbritannien und hinweisend auch auf die Bundesrepublik Deutschland mit der damals sozial-liberalen Regierung.

Und Sie haben damals auf die oft kurzfristigen Wirkungen der dort verfolgten restriktiven Budgetpolitik hingewiesen mit der augenblicklichen Senkung der Inflationsrate und haben immer wieder darauf verwiesen, daß sich nur durch eine Einschränkung des Budgets die Wirtschaft wieder beleben ließe. Und auch heute wurde dieses Argument neuerdings wieder vorgebracht.

Sie sprachen wiederholt vom Kurswechsel, von einer anderen Art von Politik. Aber inzwischen hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß diese monetaristische Hypothese, daß eine restriktive Budgetpolitik die Investitionstätigkeit belebt, in Wirklichkeit ja nicht aufgegangen ist. Da gibt es eine Übersicht über die

Investitionen des Unternehmenssektors in Prozent zum Bruttoinlandsprodukt, herausgegeben von der OECD. Nach dieser Übersicht von der OECD betrug in Österreich im Jahre 1970, also in jenem Zeitpunkt, wo wir die Regierungsverantwortung übernommen haben und wo unsere, nach Ihrer Auffassung, so verhängnisvolle Steuer- und Budgetpolitik begonnen hat, die Investitionsrate im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt 20,8 Prozent. Sie betrug im Jahre 1981 20,4 Prozent, also sie hat sich kaum merklich verändert.

Aber in der Bundesrepublik Deutschland, wo diese restriktive Budgetpolitik seit Mitte der siebziger Jahre verfolgt wurde, betrug die Investitionsrate 1970 23,2 Prozent und 1981 18,6 Prozent. In Großbritannien ist sie im gleichen Zeitraum von 12 Prozent auf 9,7 Prozent zurückgegangen, in Italien — sicher kein klassisches Beispiel — von 11,3 auf 8,3 Prozent. In Belgien, ein Land, das von der Struktur, von der Größe her durchaus vergleichbar ist mit Österreich, von 22,7 auf 17,9 Prozent und selbst in der Schweiz von 27,5 auf 24,2 Prozent.

Es wurde also, wie durch die OECD deutlich festgestellt wurde, wohl die Inflationsrate vorübergehend gesenkt, wobei man heute sagen muß, daß die Inflationsraten in all diesen Ländern ja noch immer höher sind als vergleichsweise in Österreich, aber das Ziel, die privaten Investitionen damit zu forcieren, und vor allem das Ziel, die Budgets zu sanieren, wurde damit nicht erreicht. Denn gerade diese restriktiven Strategien haben die Rezession deutlich verschärft, haben zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes geführt und vor allem zu einer starken Reduzierung der vorhandenen Arbeitsplätze.

Vielleicht ist am deutlichsten diese Entwicklung am Beispiel der so oft zitierten und als Beispiel hingestellten Schweiz darzulegen. Ab 1975 haben die Schweizer — und das wird uns ja immer wieder vor Augen geführt — ein nahezu ausgeglichenes Budget. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, während das reale Bruttoinlandsprodukt der europäischen OECD-Länder 1982 um 15 Prozent höher war als 1974, ist in der Schweiz das Bruttoinlandsprodukt in all diesen Jahren gleichgeblieben. Die Zahl der Arbeitsplätze hat in der Schweiz in dieser Zeit um 8,5 Prozent abgenommen. Meine Damen und Herren, die Schweizer spüren es nicht so deutlich, weil sie die Gastarbeiter nach Hause geschickt haben, wenngleich nicht mit den Methoden wie in Nigeria. Aber der Grundsatz war der gleiche: Man hat die Menschen rück-

Suttner

sichtslos aus dem Lande gejagt und sich damit eine Arbeitslosenrate gesichert, die natürlich vergleichsweise mit anderen Ländern nicht die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber wo das nicht möglich war, wo diese Vertreibung nicht möglich war, haben sich diese restriktiven Maßnahmen zwangsläufig bald ins Gegenteil verkehrt, weil eben diese Maßnahmen das Budget belastet haben. Von geringeren Steuereinnahmen bis zu höheren Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützungen hat sich der Teufelskreis zu drehen begonnen. Das typische Beispiel dafür ist doch Belgien.

Das gilt vor allem, Herr Bundesrat Sommer, für den Vergleich, in welcher Situation wir uns in Österreich befinden. Sie wissen doch, daß die Belgier nicht mehr in der Lage sind, die Gehälter der öffentlich Bediensteten überhaupt noch zur Auszahlung zu bringen, daß die Gebietskörperschaften dort nicht mehr in der Lage sind, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten, daß sie praktisch von der kleinsten Gemeinde bis hinauf zum Staat vor dem Konkurs stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unbestritten ist, daß die österreichische Finanz- und Budgetpolitik über eine weite Strecke all jene Erscheinungen von Österreich fernhalten konnte. Aber auch die jüngste Entwicklung zeigt die Richtigkeit dieser Politik in all diesen Jahren. Der Herr Staatssekretär hat schon zitiert aus den Monatsberichten des Wirtschaftsforschungsinstituts. Ich möchte es nicht wiederholen, ich habe es ursprünglich vorgehabt. Aber weil hier die Prognosen angezweifelt wurden, darf ich hier in Erinnerung rufen: Präsident des Wirtschaftsforschungsinstitutes ist Herr Präsident Rudolf Sallinger. Im Vorstand sind drinnen der Herr Dr. Iglar, der Herr Dr. Kehrer, Herr Prof. Koren, der Landeshauptmann Josef Krainer, Herr Dr. Lehner, Vorsitzender der Präsidentenkonferenz, also keine sozialistische Einrichtung und keine Einrichtung dieser Bundesregierung, sondern ein durchaus ernst zu nehmendes, objektives Institut, das diese Entwicklungen prognostiziert und das uns zeigt, daß wir auf dem richtigen wirtschaftspolitischen Kurs in diesem Lande sind.

Aber, meine Damen und Herren, diese Bundesregierung und auch vorher die sozialistische Alleinregierung hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß dieser expansiven Budgetpolitik, wie wir sie in Österreich zum Unterschied von anderen Ländern die Jahre hindurch

betrieben haben, daß dieser Politik natürliche Grenzen gesetzt sind. Daher haben wir als Sozialisten vor den Wahlen — ich möchte nochmals betonen: vor den Wahlen — in aller Klarheit und in aller Deutlichkeit gesagt, welche Maßnahmen wir, wenn wir wieder die Regierungsverantwortung zu tragen bekommen, in Aussicht stellen, weil wir die Wähler nicht vor unvollendete Tatsachen stellen wollten, weil wir die Wähler nicht im Unklaren lassen wollten, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Diese Maßnahmen, die nun von der Koalitionsregierung beschlossen wurden, sind nicht hundertprozentig mit dem identisch, was wir als Sozialistische Partei vor den Wahlen gesagt haben. Das ist eben das Ergebnis und der Ausfluß einer Koalition, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schätze mich glücklich, daß ich mich nicht mit Maßnahmen auseinandersetzen muß, die getroffen worden wären, wenn Sie dafür mit der Verantwortung zu tragen gehabt hätten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zur Belastung selbst, zu der sogenannten Staatsquote, die schon wiederholt zitiert wurde.

Nehmen Sie doch bitte internationale Vergleiche zur Hand. Österreich liegt mit der Staatsquote, also mit dem, was Bund, Länder, Gemeinden, was Sozialversicherung von dem Bürger insgesamt kassiert, knapp über Italien und Großbritannien; liegt gleich mit der Bundesrepublik Deutschland, liegt deutlich unter Frankreich, unter Belgien, unter Dänemark, unter den Niederlanden, unter Norwegen, unter Schweden. Lediglich in Japan, in den USA und in der Schweiz ist die Staatsquote niedriger als bei uns.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die öffentliche Verschuldung betrifft, also die Schuldenpolitik dieser Regierung anbelangt: In Relation zum Bruttosozialprodukt liegt Österreich im untersten Drittel mit knapp 40 Prozent — es wurde ja heute schon die Zahl genannt. Viel höher Verschuldungen haben Japan — das reiche Industrieland Japan! —, haben die Niederlande, hat die USA, hat Großbritannien, Dänemark, Italien, Schweden und Belgien. Das belegen Ziffern aus der OECD beziehungsweise Ziffern aus dem Finanzbericht des deutschen Bundesministeriums für Finanzen, auch eine Einrichtung, die nicht unbedingt unserer Reichshälfte zuzuzählen ist.

Suttner

Es gäbe eine Reihe weiterer Vergleiche hier aufzuzeigen, wie Österreich im Rahmen der Industrieländer dasteht, aber Sie haben ja alle diese Unterlagen, meine Damen und Herren, die stehen Ihnen ja zur Verfügung. Sie wollen sie nur absolut nicht wahrhaben.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil der Herr Bundesrat Schambeck so sehr das föderalistische System an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat: Wir alle wissen, wir haben in Österreich ein verbundenes Finanzsystem. Das heißt, die gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden zwischen dem Bund, den Ländern, den Gemeinden und den Fonds aufgeteilt. Der Herr Bundesrat hat da Zahlen gezeigt, ich weiß nicht, woher er sie hat. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Mit dem haben sich die Landeshauptleute beschäftigt!)*

Ich habe hier die Ziffern der Verbindungsstelle der Bundesländer, die von niemand angezweifelt werden, die sowohl vom Finanzministerium als auch von den Ländern und den Gemeinden anerkannt werden. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Variante 2! Lesen Sie die Variante 2 vor!)* Also die Variante ist die auch von den Landesfinanzreferenten akzeptierte, und nach dieser Variante werden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die durch das Maßnahmenpaket betroffen wurden, der Bund im Jahr 1984 voraussichtlich mit 7,7 Milliarden partizipieren, die Länder mit 2,4 Milliarden und die Gemeinden zu meinem größten Bedauern, wie ich sagen muß, nur mit 835 Millionen. Der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wird daraus 319 Millionen bekommen, eine ebensolche Größe der Wasserwirtschaftsfonds.

Aber, meine Damen und Herren, allein die Länder profitieren bei der Umsatzsteuer — und der Finanzminister bekommt dafür die Prügel! — mit 2,3 Milliarden. Aus der Kraftfahrzeugsteuer — die Sie hier sehr kritisch betrachten —, an der die Länder mit 50 Prozent beteiligt sind, fallen ihnen 650 Millionen in den Schoß, ohne daß einer der verantwortlichen Landespolitiker dafür geradestehen braucht.

Und was ich persönlich als so bedauerlich empfinde, ist, daß die Länder bei all dem noch mit 78 Millionen an dem ohnehin geringen Anteil der Gemeinden in Form einer erhöhten Landesumlage mitnaschen.

Aber, meine Damen und Herren, bei all den Gesprächen und bei all den Verhandlungen über diese Dinge hat man schon den Ein-

druck, daß die Herren Landeshauptleute und die Herren Landesfinanzreferenten gerade diesem Maßnahmenpaket sehr wohlwollend gegenübergestanden sind und damit in einem eklatanten Widerspruch zu Ihren heutigen Darlegungen hier stehen.

Der Herr Bundesrat Schambeck hat dann noch eine Reihe anderer Zahlen genannt und sich mit Fragen des Finanzausgleichs beschäftigt, mit Einnahmenezuwächsen, mit Schuldenstandzuwächsen. Es würde zu lange dauern, würde man sich hier mit diesen Dingen auseinandersetzen. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Lesen Sie das Papier der Landesfinanzreferenten! Dort steht das drinnen!)* Es ist auch hier nicht der Ort dazu, Herr Bundesrat, sondern es ist die Aufgabe der nun beginnenden Finanzausgleichsverhandlungen, sich über diese Dinge auseinanderzusetzen. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Was sagt Stadtrat Mayr dazu?)* Der Finanzausgleich wird sicherlich außerordentlich schwierig sein, darüber gebe ich mich keiner Täuschung hin. Aber ich hoffe doch inständig, daß es gelingen wird, den Interessenausgleich zwischen dem Bund und den Ländern, aber auch den Gemeinden zu finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluß ein Wort zu der Steuerreform, die ja letztlich auch einen wesentlichen Teil der heutigen dringlichen Anfrage darstellt.

Wer sich nur ein wenig mit steuerlichen Problemen zu beschäftigen hat — und das muß letztlich jeder von uns tun, wenn es um die Frage der Werbungskosten und der Sonderausgaben geht —, wird sich zweifellos schon wiederholt die Frage gestellt haben, ob das nicht doch ein wenig einfacher zu handhaben wäre, weil das System außerordentlich kompliziert ist. Die Lohnsteuer und die Einkommensteuer ist nur ein Bereich.

Es wird nun wieder einmal ein Anlauf zum Versuch einer Steuerreform gemacht. Ob dieser Versuch gelingt, meine sehr geehrten Damen und Herren, weiß ich nicht, und ich will hier absolut nicht Prophet spielen. Aber man soll doch die Kommission und man soll diejenigen, die damit befaßt sind, zunächst einmal in Ruhe arbeiten lassen. Man soll nicht diese schwierige Aufgabe von vornherein stören. Und man soll vor allem nicht den Herrn Finanzminister zum Feuerschutzheiligen erküren mit dem Flehen: Heiliger St. Florian, beschütze mein Privileg und greif mein' Nachbarn seines an! — Ich danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Weiters zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Kaplan. Ich erteile dieses.

Bundesrat Kaplan (ÖVP, Burgenland): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe dieser heutigen Debatte sehr aufmerksam zugehört. Ich kann trotz größtem Verständnis für die schwierige wirtschaftliche Lage unseres Landes den Argumenten meiner Vorredner, der sozialistischen Vorredner, nicht folgen, ich kann diese nicht verstehen und darf vielleicht einige Bemerkungen zu meinen Vorrednern tun.

Kollege Suttner hat uns hier Belehrungen in Wirtschafts- und Finanzpolitik gegeben. *(Bundesrat Köpf: Das ist schon notwendig!)* Herr Kollege Suttner! Wenn ich mich richtig erinnere, waren Sie Vorsitzender einer großen Firma, der Firma Bauring. Ich glaube, wenn Sie dort Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik verwirklicht hätten, wäre es dem Steuerzahler sehr, sehr billig gekommen. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Suttner: Etwas Gescheiteres fällt Ihnen nicht ein!)*

Der Herr Staatssekretär hat sich sehr bemüht, dieses Pressegespräch, das er geführt hat, zu verniedlichen. Herr Staatssekretär! Ich möchte Sie nur daran erinnern: Sie haben auch vor der Wahl versprochen, die Sparsbuchsteuer mit allen Mitteln zu verhindern. Daher kann ich Ihnen heute nur sagen: Nicht an ihren Worten, an ihren Taten sollt ihr sie erkennen! — Und daher sind wir etwas vorsichtig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie gemeint haben, die Österreichische Volkspartei sollte konstruktive Kritik üben und staatstragender hier im Haus arbeiten, so kann ich Ihnen nur sagen, Herr Staatssekretär: Lesen Sie doch Ihre Wortmeldungen als Parlamentarier, als Nationalrat. Ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie das lesen, werden Sie erst merken, wie konstruktiv wir, die Österreichische Volkspartei, wirklich sind! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Kollege Schachner hat gemeint, die Österreichische Volkspartei möge doch endlich ihre Pläne zur Steuerreform vorlegen. — Ja bitte, wie soll das gehen? Zunächst muß doch einmal die Regierung ihre Steuerreformpläne einbringen, und wir, die Opposition, werden dann diese Steuerreformpläne mit Ihnen diskutieren. Aber Sie können doch von uns nicht verlangen, die Pläne der Österrei-

chischen Volkspartei vorzulegen. *(Staatssekretär Dkfm. Bauer: Warum denn nicht?)*

Wir verlangen von der Regierung seit Wochen, seit Monaten ihre Pläne zur Steuerreform. Das wollen wir von Ihnen haben, und dann können wir in eine sinnvolle Diskussion eintreten. Es kann doch bitte nicht umgekehrt sein! *(Beifall bei der ÖVP. — Staatssekretär Dkfm. Bauer: Warum denn nicht? — Bundesrat Gargitter: Erklärung zur Lage der Nation!)*

Ich kann verstehen, daß Sie die Erklärung des Dr. Mock natürlich verunsichert, weil er dort die Wahrheit gesprochen hat und weil die Leute spüren, daß das der Weg ist, den wir in Zukunft zu gehen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann Ihre Verteidigung, ich kann Ihre absolute Verteidigung dieses Belastungsfeldzuges, den Sie seit Jahren führen, wirklich nicht verstehen. Nicht nur wir, die Volkspartei, verstehen das nicht, sondern es gibt auch sehr viele sozialistische Funktionäre, die diesen Feldzug vor allem gegen den Arbeitnehmer nicht verstehen.

Es ist schade, daß der Herr Finanzminister so fluchtartig das Hohe Haus verlassen hat. *(Bundesrat Dr. Müller: Er ist Tiroler und flüchtet nicht! Sie beleidigen uns! — Heiterkeit.)* Ich hätte ihm gerne den Antrag seiner Parteifreunde in der Tiroler Arbeiterkammer mitgeteilt, die in der Vollversammlung der Tiroler Arbeiterkammer am 18. Oktober zu diesem Maßnahmenpaket, wie Sie sagen, Belastungspaket, wie wir sagen, folgendes gemeint haben — ich zitiere hier wörtlich —:

„Die soziale Ausgewogenheit der vorgesehenen Maßnahmen ist nicht gewährleistet. Insbesondere die zu starke Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie von 13 auf 20 Prozent und des 8prozentigen Mehrwertsteuersatzes auf Grundnahrungsmittel und Güter des Täglichen Bedarfs auf 10 Prozent führt zu einer Belastung jener Gruppen unserer Bevölkerung, die bereits heute über nicht ausreichende Einkommen verfügen. Außerdem vermißt die Kammer bei der Zinsertragsteuer eine Differenz des Steuersatzes nach der Höhe der Spareinlagen oder die Schaffung entsprechender Freibeträge für niedrige Spareinlagen.“ Zitatende.

Das waren also die Sozialisten in der Tiroler Arbeiterkammer, weil sie wissen, daß es am 8. und 9. April in Tirol um etwas geht. Die können also nicht so eine Wischiwaschi-Stel-

17444

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Kaplan

lungnahme abgeben, sondern die haben sehr wohl erkannt, daß das nicht der richtige Weg ist, und haben daher dieses Belastungspaket abgelehnt.

Es ist dies ja bitte nicht das erste Belastungspaket, das auf uns niederprasselt. Ich darf Sie nur kurz erinnern: Im Jahre 1978 hat das Belastungspaket den Steuerzahler 14 Milliarden Schilling gekostet, 1980 4 Milliarden Schilling, 1981 8 Milliarden Schilling, 1982/83 3 Milliarden Schilling, und jetzt, mit 1. 1. 1984, hat das den Steuerzahler 30 Milliarden Schilling gekostet oder umgerechnet jedem Erwerbstätigen zirka 8 000 bis 9 000 S Einkommensverlust pro Jahr gebracht. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Wo haben Sie denn das her? — Bundesrat Köpf: Eine Lohnsteuerreform hat es auch gegeben mit 12 Milliarden!*)

Ich darf Ihnen noch einige andere Zahlen sagen: Zwischen 1979 und 1983 ist die Lohn- und Gehaltssumme brutto um 31 Prozent gestiegen, die Lohnsteuer um 48 Prozent. Diese unterschiedliche Entwicklung ergibt bei der Lohnsteuer einen kalten Progressionsgewinn von sage und schreibe 16 Milliarden Schilling für den Finanzminister.

Oder ein anderes Beispiel: Das Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Erwerbstätigem ergibt netto real im Vergleich 1979 zu 1982 ein Minus von 240 S. (*Bundesrat Köpf: Von wo ist denn das?*)

Ich bin gerne bereit, Ihnen nachher dann die Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Das hat Hand und Fuß.

Noch ein Beispiel: Beim Einkommen eines Industriearbeiters zeigt im Vergleich 1976 zu 1980, daß die reale Kaufkraft zu Preisen 1976 ein Minus von 425 S aufweist.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind die Fakten, und das spüren auch die Menschen draußen in den Betrieben. (*Bundesrat Suttner: Welche Quellen sind denn das, bitte?*)

Ich werde Ihnen gerne die Quellen nachher zur Verfügung stellen. Aber ich kann Sie natürlich in meiner dreißigminütigen Redezeit nicht hier genügend aufklären. (*Bundesrat Suttner: Sie müssen ja nur sagen, welche Quellen das sind!*) Das sind sehr stichhaltige Zahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Zahlen Sie nicht beirren, so kann

ich Ihnen sagen, daß den Menschen draußen in den Betrieben diese Politik, diese verfehlte Wirtschaftspolitik wehtut, daß sie mit Betroffenheit und Verbitterung diese Einkommenschmälerung diskutieren. Was sie so verärgert und was uns alle so verärgert ist die Tatsache, daß diese Opfer der Bevölkerung zu keiner sinnvollen, sinnhaften Kurskorrektur der sozialistischen Wirtschaftspolitik führen.

Die Antwort auf diese Opferbereitschaft ist nämlich nicht ein durchdachtes Investitionsprogramm, ein gezieltes Sparprogramm oder ein wirksames Sanierungsprogramm. Im Gegenteil: Die Antwort ist eine beklemmende Orientierungslosigkeit dieser sozialistischen Koalitionsregierung, ab und zu unterbrochen von stümperhaften Rettungsversuchen. Und diejenigen, die auf Hilfe hoffen, die Arbeitnehmer in Österreich, besonders natürlich jene in den Krisengebieten, werden diesen zermürbenden sozialistischen Wechselbädern ausgesetzt.

Und am Horizont, meine sehr geehrten Damen und Herren, zieht aus allen Himmelsrichtungen ein neues Belastungspaket heran. Die Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes wird von der SPÖ weiter zur Diskussion gestellt. Und Ihre Parteifreunde in der burgenländischen Arbeiterkammer, die Sozialisten dort, haben das sehr wohl verlangt. Sie haben die geringere Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes abgelehnt. Das heißt, die sind also für die höhere Besteuerung eingetreten. Die Überstundenbegünstigung soll eingeschränkt beziehungsweise aufgehoben werden. Abfertigungsbeiträge sollen höher besteuert werden. Die Leistungen aus der Sozial- und Pensionsversicherung soll gekürzt, Beiträge sollen erhöht werden.

Diese schweren Belastungen, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Bundesrat Köpf: Die spüren Sie schon jetzt!*) — das spüren die Arbeitnehmer und die Bevölkerung (*Bundesrat Köpf: Jetzt schon!*) —, und die Androhung neuer Belastungsschübe lassen immer mehr die Frage nach einer Sinnhaftigkeit dieser schweren finanziellen Opfer aufkommen. Wir werden uns bemühen, dies zu verhindern.

Ich darf heute dem Hohen Haus einen Entschließungsantrag vorlegen, und wenn Ihre Wortmeldungen ernst gemeint waren, dann müßten Sie eigentlich diesem Entschließungsantrag Ihre Stimme geben. Ich darf hier den Entschließungsantrag verlesen:

Kaplan**Entschließungsantrag**

der Bundesräte Kaplan und Genossen betreffend Beibehaltung der Steuerbegünstigungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, bei den Abfertigungen und den Überstunden.

Gegenüber der „Presse“ vom 22. Februar 1984 erklärte Staatssekretär Dkfm. Holger Bauer, daß er bei der Einführung höherer Steuern auf Überstunden und Abfertigungen kompromißbereit sei. Er schloß zwar eine höhere Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes aus. Was jedoch von solchen Versprechungen zu halten ist, beweist die Tatsache, daß trotz gegenteiliger Versprechungen von Spitzenpolitikern der beiden Regierungsparteien erst kürzlich eine Steuer auf Sparzinsen eingeführt und der Bevölkerung diverse sonstige Belastungen aufgebürdet wurden.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Da der Bundesrat der Auffassung ist, daß hinsichtlich der derzeit bestehenden begünstigten Besteuerung beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie bei den Überstunden und Abfertigungen keinerlei Verschlechterungen vorgenommen werden dürfen, wird der Bundesminister für Finanzen dringend aufgefordert, alle Maßnahmen zu unterlassen, die zu einer höheren Besteuerung dieser Bezüge und damit zu neuen Belastungen der Betroffenen führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für diese Regierung, die keinen Tritt und keinen Halt findet, ist natürlich — und das ist für mich als Arbeiterkammerfunktionär das Betrübliche — im besonders hohen Maße die sozialistische Mehrheitsfraktion in der Gewerkschaft und in der Arbeiterkammer mitverantwortlich. Sie haben sehr oft unsere Ideen, unsere Anträge, nur weil sie von der Österreichischen Volkspartei gekommen sind, niedergestimmt. Sie haben sehr oft nur aus diesem Grund unsere Anträge niedergestimmt. Die sozialistische Mehrheit trägt daher im besonderen Maße an dieser Politik Mitverantwortung. Die starke Macht der Gewerkschaftsfraktion in der SPÖ räumt der sozialistischen Mehrheitsfraktion daher besondere Rechte, aber auch eine besondere Verantwortung ein.

Und es zeigt sich dabei eines ganz klar: Die

sozialistischen Arbeitnehmervertreter verstehen sich immer mehr und mehr als Vertreter der sozialistischen Regierung und der Sozialistischen Partei denn als Vertreter der Arbeitnehmer. Sie sind es, die immer wieder der Regierung die Mauer machen und vor Kritik durch die Betroffenen abschirmen. Die Arbeiter, die Angestellten in den Betrieben spüren das sehr deutlich, sie sind verärgert. Eine sinkende Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern ist die Folge. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sinkt, leider müssen wir Gewerkschafter sagen, sehr deutlich. Das ist das sichtbare Zeichen für diese Verärgerung. *(Bundesrat Strutzenberger: Bei uns ist sie steigend!)*

Es gibt nur zwei Fachgewerkschaften, wo es zunehmende Mitgliederzahlen gibt. Eine davon führt der Kollege Sommer. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Strutzenberger: Bei uns ist es auch so!)* Bei allen anderen geht die Mitgliederzahl zurück.

Ich darf daher mit aller Dringlichkeit und mit aller Deutlichkeit die sozialistischen Arbeitnehmervertreter in Gewerkschaft und Arbeiterkammer auffordern, nicht anzukündigen, nicht zu verunsichern, keine Fortsetzung der verfehlten Kreisky-Politik zu dulden und zu betreiben, sondern endlich Verantwortung auszuüben, das heißt, die Regierung zu einer besseren Wirtschaftspolitik zu zwingen. Durch das Nichthandeln der Regierung, durch das Fehlen neuer zielführender Ideen wird die Solidaritätsgemeinschaft der Österreicher sehr stark belastet.

Während in Steyr noch die ganze sozialistisch-freiheitliche Bundesregierung ausrückte — ohne dem Arbeitnehmer bis heute klarzumachen, wie echt geholfen werden kann —, habe ich bis heute ähnliche Anstrengungen in meinem Bundesland vermißt. Wir im Burgenland haben derzeit eine Arbeitslosenrate von sage und schreibe 16,28 Prozent. *(Hört!-Hört!-Rufe bei der ÖVP.)* Von 16,28 Prozent! Im Burgenland muß jeder dritte Arbeitnehmer außerhalb des Landes zu seinem Arbeitsplatz gehen. *(Bundesrat Steinle: Das sind doch Bauarbeiter! Sagen Sie das! Und warum sie zu Hause sind: Sagen Sie das auch!)* Jeder dritte burgenländische Arbeitnehmer muß außerhalb des Landes seiner Arbeit nachgehen. Kreisky hat uns einen breiten Gürtel des Wohlstandes versprochen. Heute haben wir einen breiten Gürtel der Arbeitslosigkeit. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Bundeskanzler Sinowatz, der diese burgenländischen Verhältnisse bestens kennt, fährt

17446

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Kaplan

herum und erzählt, wie gut er es mit allen Menschen meint. — Na ja, wir Burgenländer sind ein freundliches Volk. Wir meinen es alle gut mit den Menschen. Wir brauchen aber keinen Bundeskanzler, der es gut mit den Menschen meint, sondern wir brauchen einen Bundeskanzler, der hilft. Und diese Hilfe fehlt uns! *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Uns ist es noch nie so gut gegangen! Das wissen die Burgenländer und bestätigen es durch die Wahlergebnisse!)*

Wenn diese Regierung daher nicht will oder nicht kann, dann müssen wir Arbeitnehmervertreter sie dazu zwingen. Arbeitnehmervertretung heißt nämlich auch die Arbeitnehmer gegenüber einem übermäßigen Staat zu vertreten, gegenüber der Ausbeutung durch den Staat zu vertreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir müssen die Regierung zu einer besseren Strukturpolitik drängen, denn immer deutlicher stellt sich heraus, daß eine Änderung der politischen Landschaft nicht mehr durch punktuelle Änderungen möglich sein wird. *(Bundesrat Dkfm. Hintschig: Nicht etwas rufen, sonst redet er noch eine halbe Stunde!)*

Ich weiß, Herr Kollege, es ist Ihnen unangenehm, das zu hören. Aber ich muß es sagen.

Diese sozialistische Politik, die durch Überschuldung wirtschaftliche Impulse setzen wollte, die ihre ganze Hoffnung in die Macht des Staates gesetzt hat, kann nur durch eine tiefgreifende Änderung unserer Politik korrigiert werden. Wenn diese Regierung diese Kursänderung nicht herbeiführen möchte, müssen wir Arbeitnehmervertreter sie dazu zwingen.

Die Arbeiterkammerwahl am 8. und 9. April — sie wurde heute schon erwähnt — ist eine Möglichkeit, diese Kurskorrektur herbeizuführen, eine Möglichkeit, diesen Belastungsfeldzug zu stoppen, eine wirksame Steuersenkung im Rahmen einer großen Steuerreform zu erzielen.

Wir verlangen daher von dieser Regierung, vom Bundeskanzler, von Salcher und Dallinger, daß sie den österreichischen Arbeitnehmern noch vor der Arbeiterkammerwahl sagen, wie ihre Pläne zur Steuerreform, zur Pensionsreform aussehen, welche Kosten und welche Auswirkungen zu erwarten sind, damit der Arbeitnehmer am 8. und 9. April weiß, worum es geht. Das wäre eine verantwortliche Politik! *(Bundesrat Heller: Das*

ist doch der Bundesrat und keine Wählerversammlung!)

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß Sie das nicht hören wollen! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich weiß schon, daß Sie das nicht hören wollen! *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Vorsitzender *(mit der Glocke läutend)*: Bitte etwas Ruhe! Der Redner hat das Wort!

Bundesrat Kaplan *(fortsetzend)*: Abschließend möchte ich sagen, daß dieser wirtschaftliche Weg ein Weg in die Sackgasse ist. Das Belastungspaket ist ein Paukenschlag in diese Richtung, denn hinter jedem Steuerschilling steht die Leistung, die Arbeitskraft, die Schaffenskraft jedes einzelnen Bürgers. Und die gilt es in Zukunft gegen die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung zu schützen!

Ich möchte mit einem Zitat des Herrn Staatssekretärs enden, der, als er noch im Nationalrat saß, bei einer Debatte des Nationalrates am 19. März 1981 über die Steuerreform gemeint hat — ich zitiere hier wörtlich —, „... daß diese Steuerreform der Bundesregierung, über die seit einiger Zeit diskutiert wird, ja letztlich nur darin besteht, daß man Ausschau danach hält, wo man den Steuerzahlern denn noch irgend etwas abzwacken könnte von ihrem ohnehin schon sehr stark mit Abgaben und Steuern belasteten Einkommen.“ Zitatende.

Ich kann das, was der damalige Nationalrat Bauer gesagt hat, nur unterstreichen, vielleicht mit dem Zusatz, daß nunmehr auch die Freiheitlichen gemeinsam mit der SPÖ Ausschau halten, und zwei sehen bekanntlich mehr als einer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Volkspartei wird sich aber gemeinsam mit den Bürgern gegen dieses ungeheuerliche Doppel, gegen diese ungeheuerliche Belastung in Zukunft zu wehren wissen! — Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Kaplan und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? *(Bundesrat Schipani: Ja!)* Bitte, Herr Bundesrat Schipani. Ich erteile dieses.

Bundesrat Schipani (SPÖ, Niederösterreich): Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten

Schipani

Damen und Herren! Unsere Fraktion ist jederzeit bereit, ernsthafte Anträge, falls sie erforderlich sind, mit zu unterstützen.

Aber heute haben Sie uns wieder den Beweis erbracht, wie unernst man sie eigentlich nehmen muß. Denn während hier ihr Sprecher und Antragsteller von uns verlangt, wir mögen seinen Antrag unterstützen, spricht im gleichen Atemzug der Bundessekretär seiner Organisation, nämlich des ÖAAB, zu lesen in den „Salzburger Nachrichten“, davon, daß man über die Überstundenbesteuerung reden könnte.

Aus diesem Grund sehen wir uns veranlaßt, diesen Antrag abzulehnen, denn wir lassen uns hier nicht pflanzen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender: Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Weiss zu Wort gemeldet.

Bevor ich das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß eine tatsächliche Berichtigung nach § 36 Abs. B der Geschäftsordnung die Dauer von 10 Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile nunmehr Herrn Bundesrat Jürgen Weiss zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort.

Bundesrat Weiss (ÖVP, Vorarlberg): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär: Hohes Haus! Sie haben, Herr Staatssekretär, unserem Hinweis auf einen Bericht der Tageszeitung „Die Presse“ in der Begründung unserer dringlichen Anfrage entgegengehalten, es liege in der Natur der Sache solcher Gespräche und Berichte, daß verkürzt werden müsse und der Output etwas anderes sei als das, was man hineingeben wollte in das Gespräch.

Diese Erklärung ist sicher richtig, das kann jeder aus eigener Erfahrung bestätigen.

Der Hinweis auf ein Mißverständnis wird allerdings Methode, wenn man liest, was in der „Tiroler Tageszeitung“ — also nicht in der „Presse“ — vom 31. Dezember gestanden ist. Dort wird das Gespräch eines Korrespondenten der „Tiroler Tageszeitung“ mit Herrn Staatssekretär Bauer wiedergegeben.

„Abfertigung: Begünstigung wackelt“, war

die Überschrift. Und dann wird der Herr Staatssekretär zitiert:

„Es stelle sich daher die Frage, ob das kleine Kraftfahrzeugpauschale noch gerechtfertigt sei. Auch die steuerliche Behandlung von Abfertigungen könne aus der Diskussion nicht ausgeschlossen werden.“

Es liegt also hier sicherlich keine Naturgesetzlichkeit des Mißverständnisses vor, sondern es steckt schon eine ganz klare Absicht dahinter. Das wollte ich hier richtigstellen.

Und ein Zweites. Herr Staatssekretär! Sie haben sich zu Beginn Ihrer Ausführungen in Zwischenrufen mit der Geschäftsordnung des Bundesrates beschäftigt und sind dann bei Neuerungen gelandet, die es auch hier im Bundesrat geben müsse und sicherlich auch geben kann.

Ich möchte hier nur eines feststellen: Neuerungen in der Geschäftsordnung, und sei es auch in der ungeschriebenen, gehen von den hier vertretenen Fraktionen — und ich spreche hier in der Mehrzahl: von den hier vertretenen Fraktionen —, keinesfalls aber von der Regierungsbank aus. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat C e e h: Das war eine tatsächliche Berichtigung?*)

Ich berichtige. Wenn der Herr Staatssekretär hier unter Außerachtlassung der bisherigen Übung in diesem Hause auf die Buchstaben der Geschäftsordnung pocht, können wir dem folgendes entgegenhalten: „§ 43 Punkt C: Die Mitglieder der Bundesregierung können in den Sitzungen des Bundesrates und der Ausschüsse auch zu wiederholten Malen, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen.“ — Ich danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Holger Bauer. Ich erteile dieses.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. Bauer: Herr Vorsitzender! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Bundesrates! Ich möchte mich jetzt hier in keine Geschäftsordnungsdebatte einlassen. Ich bin auch sicherlich nicht der Berufenste dazu, weil mir der juristische Sachverstand dazu fehlt. Ich habe allerdings einen gesunden Hausverstand, bilde ich mir ein.

Und wenn Sie das zitiert haben, Herr Bun-

17448

Bundesrat — 443. Sitzung — 1. März 1984

Staatssekretär Dkfm. Bauer

desrat, dann scheint es mir doch so zu sein, daß es heißt: Ein Regierungsmitglied kann jederzeit das Wort ergreifen, ohne allerdings einen Debattenredner zu unterbrechen. Das heißt bitte nicht, daß ich keinen Zwischenruf machen darf, sondern daß nicht der seine Rede unterbrechen muß und ich drankomme. Also bitte sehr, Herr Bundesrat! *(Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Dr. Schambeck: Sie werden bei uns keine neuen Geschäftsordnungspraktiken einführen!)*

Herr Bundesrat Schambeck! Noch mehr Bescheidenheit können Sie doch von einem Regierungsmitglied gar nicht verlangen, als ich sie hier an den Tag lege und sage: Mir fehlt der juristische Sachverstand, ich bemühe meinen Hausverstand dazu. Und Ihre Reaktion zeigt mir, daß Sie, der Sie diesen Sachverstand besitzen, mir innerlich recht geben müssen. Das ist Ihnen unangenehm, daß Ihr Kollege hier offensichtlich ein bißchen danebengehaut hat mit dieser Wortmeldung. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Solche Beurteilungen stehen Ihnen gar nicht zu, Herr Staatssekretär! — Bundesrat Dkfm. Dr. Pisec: Das ist unglaublich!)*

Vorsitzender (das Glockenzeichen gebend): Der Herr Staatssekretär hat das Wort, bitte!

Staatssekretär Dkfm. Bauer (fortsetzend): Entschuldigen Sie: Er hat ja Schlußfolgerungen gezogen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Bundesrat Dr. Schambeck: Kein Benehmen als Staatssekretär! — Bundesrat Dkfm. Dr. Pisec: Das ist eine grundsätzliche Frage! Das kann noch einmal passieren! — Bundesrat Dkfm. Hintischig: Reden vom Pult aus!)*

Vorsitzender (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Bitte, der Herr Staatssekretär hat das Wort! Wenn nicht eine Beruhigung eintritt, unterbreche ich die Sitzung noch!

Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Dkfm. Bauer (fortsetzend): Bitte. Aber wenn ich schon am Worte bin und neuerlich eben apostrophiert worden bin und damit die Debatte neuerlich eröffnet worden ist zum gegenständlichen Thema, nämlich Frage Steuerreform, allfällige Besteuerung von Abfertigungen, Überstunden oder 13. und 14. Monatsgehalt, dann möchte ich in dem Zusammenhang folgende Klarstellung vornehmen:

Ich habe schon versucht und um Verständnis geworben, ich wollte also nicht Sie weiter

reizen, sondern ganz im Gegenteil, sie besänftigen, ich verstehe nicht, warum ich immer eine gegenteilige Wirkung beim Herrn Bundesrat Schambeck erziele, ich habe das wirklich so gemeint, aber bitte sehr, es war auch hier, Herr Bundesrat, was Sie hier gebracht haben, kein Interview. Ich habe hier ein Interview aus der Zeitung der „Industrie“, also es besteht sicherlich nicht der Verdacht, daß ich eine Parteizeitung der FPÖ oder ein sonstiges besonders regierungsfreundliches Organ zitiere, und hier kommt meine Meinung wortwörtlich zum Ausdruck, zu der stehe ich.

Hier heißt es: Die Steuersenkung wird davon abhängen, wie viel an Ausnahmen und Privilegien fallen. Ich glaube nicht, daß ein Äquivalent für 5 Prozent Tarifsenkung möglich ist, das meint nämlich Ihr Bundesparteiobmann Dr. Mock. Ich zitiere nunmehr weiter: Wenn es zu 3 Prozent reicht, wäre das ein Riesenerfolg. Das geht nur, wenn wir die politisch maximalen Streichungen Überstunden, sonstige Begünstigungen, Sonderausgaben, Abfertigungen schaffen sollten. Aber daran glaube ich nicht. — Ende des Zitats.

Und ich habe nun, was die Besteuerung der Abfertigung betrifft, mit dem Herrn Finanzminister gesprochen. Er hat mit seiner Fraktion Kontakt aufgenommen, ich mit meiner. Es wird also von beiden Regierungspartnern dieser Antrag, diese Vorstellung, im Zuge der Steuerreform, der Beratung um die Steuerreform, nicht releviert werden. Das heißt, es wird niemand verlangen. Sie können es daher als Wahlkampfmunition für die Arbeiterkammerwahlen endgültig aus Ihrem Repertoire streichen. Es wird keine höhere Besteuerung der Abfertigungen geben, weil es weder die freiheitliche Fraktion noch die sozialistische Fraktion fordern wird. Es sei denn, Sie fordern es. Dann werden wir es aber trotzdem nicht machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt noch einige Worte zum Entschliessungsantrag. Was es also mit den Abfertigungen auf sich hat, habe ich versucht darzulegen. Daß die höhere Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes aus der Diskussion ist, geben Sie ja indirekt sogar in diesem Antrag zu.

Es bleibt also noch die Frage der höheren Besteuerung von Überstunden. Und da bin ich elektrisiert aufgesprungen und habe gebeten, mir die „Salzburger Nachrichten“ zu bringen, als ich das gelesen habe. Ich meinte mich nämlich zu erinnern, daß der Herr Generalsekretär des ÖAAB, der Herr Heinzinger, in den „Salzburger Nachrichten“ heute gemeint

Staatssekretär Dkfm. Bauer

habe, man könne über die höhere Besteuerung der Überstunden reden, und mein Gedächtnis hat mich nicht getrogen.

Hier heißt es: Der österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund ist bereit, mit Sozialminister Alfred Dallinger über eine höhere Besteuerung der Überstunden zu reden, erklärte ÖAAB-Generalsekretär Walter Heinzinger.

Also bitte, ich weiß daher nicht, was es mit diesem Entschließungsantrag sein Bewenden haben sollte. 13. und 14. ist außer Diskussion, höhere Besteuerung der Abfertigung wird es auf Grund von Erklärungen bei den Regierungspartner nicht geben und den Entschließungsantrag bezüglich der allfälligen höheren Besteuerung von Überstunden würde ich bitten, dem Herrn Generalsekretär zuzuleiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist nun endgültig geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Bundesräten Kaplan und Genossen eingebrachten Entschließungsantrag

betreffend Beibehaltung der Steuerbegünstigung bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld bei den Abfertigungen und Überstunden.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Handzeichen. — Es ist dies Stimmenmehrheit. Der Entschließungsantrag ist somit **a n g e n o m m e n**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 15. März 1984, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorbereitungen sind für Dienstag, den 13. März 1984, ab 16 Uhr vorgesehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 55 Minuten